

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Polizei
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

20. Dezember 2017

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 haben Sie uns eingeladen, unsere Position zum Vorentwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG) darzulegen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Grundsätzlich ist der Regierungsrat mit der Übernahme der geänderten Waffenrichtlinie einverstanden, weil aus Sicht der kantonalen Polizei- und Migrationsbehörden die Schengen-Dublin-Assoziierung der Schweiz unentbehrlich ist. Für die Umsetzung müssen die Möglichkeiten für pragmatische und unbürokratische Lösungen vollumfänglich genutzt werden. Die Änderungen der Waffenrichtlinie sind auf kantonaler Ebene grundsätzlich vollziehbar. Allerdings ist mit einem gewissen personellen Mehraufwand und möglicherweise mit zusätzlicher Infrastruktur für die kantonalen Waffenbüros zu rechnen. Zur Reduktion des Aufwands und zugunsten einer schlanken Umsetzung weisen wir insbesondere auf folgende Punkte hin:

1.

Die Bearbeitung von Ausnahmegewilligungen für Faustfeuerwaffen mit Magazinen von mehr als 20 Patronen und Handfeuerwaffen von mehr als 10 Patronen verursacht einen zusätzlichen Aufwand. Diese Waffenart bedarf bisher keiner Ausnahmegewilligung. Die Festlegung dieser Magazin-grössen ist nicht nachvollziehbar. In Sportkreisen sind Magazine dieser Grössenordnung weit verbreitet. Als nicht ganz einleuchtendes Faktum sei hier noch Folgendes erwähnt: Der Waffenbesitzer, welcher ein Gewehr, auch Sturmgewehr, mit einem 10-Schuss-Magazin erwirbt, benötigt dazu einen Waffenerwerbsschein. Beschafft er dieselbe Waffe mit einem 20-Schuss-Magazin bedarf es einer Ausnahmegewilligung. Nachdem Magazine nicht als wesentliche Waffenbestandteile gelten, ist die Beschaffung eines 20-Schuss-Magazins bewilligungsfrei möglich. Es ist zu befürchten, dass in diesem Bereich grosser Missbrauch betrieben wird.

Antrag

Diese Regelung kann ersatzlos gestrichen werden. Wegen der Missbrauchsgefahr ist kein Sicherheitsgewinn zu erwarten.

2.

Die in Art. 28c vorgeschlagene Regelung, wonach Sportschützen Faustfeuerwaffen mit einer Ausnahmebewilligung unter Angabe von achtenswerten Gründen beschaffen können, ist nachvollziehbar. Den Vorschlag, dass die Sportschützen nicht einem Verein angehörig sein müssen, erachten wir als zweckmässig. Die Vorgabe, wonach Sportschützen den kantonalen Behörden nach fünf und zehn Jahren einen Nachweis ihrer Vereinszugehörigkeit und dem regelmässigen Schiesstraining zu erbringen haben, bringt wiederum gewisse personelle Aufwendungen mit sich. Die kantonalen Waffenbüros haben dazu ein Register zu führen, säumige Waffenbesitzer zu mahnen, allenfalls die Abberkennung der Bewilligung sicherzustellen und den Einzug der Waffen zu vollziehen.

Antrag

Die vorgeschlagene Regelung sollte so umgestaltet werden, dass keine unnötigen administrativen Tätigkeiten durchgeführt werden.

3.

In Art. 28e ist neu auch die Sammlertätigkeit erwähnt. Was unter "Sammler" genau gemeint ist, geht aus diesem Gesetzesartikel nicht klar hervor.

Antrag

Es sollte eine Regelung/Definition gefunden werden, die den administrativen Aufwand verhältnismässig umsetzt.

4.

Art. 21 beschreibt die Buchführungspflicht der Waffenhändler. Diese sind verpflichtet, den zuständigen kantonalen Behörden über die Beschaffung, Verkauf oder sonstigen Vertrieb an einen Erwerber in der Schweiz innerhalb von 10 Tagen elektronisch Meldung zu erstatten. Dies bedeutet, dass beispielsweise im Kanton Aargau tätige Waffenhändler den Ankauf von Neuwaffen (Lagerbestände) der Fachstelle SIWAS melden müssen. Wenn sie die Waffen in einen anderen Kanton (Waffenhändler oder Private) verkaufen, muss dies der SIWAS wiederum gemeldet und im System bearbeitet werden. Anschliessend ist dies dem anderen Kanton mitzuteilen, der wiederum eine Registrierung vornehmen muss. Für die zusätzliche Registrierung ist mit einem grösseren Aufwand zu rechnen. Zudem muss je nach Art der verlangten elektronischen Meldung mit einer zusätzlichen EDV-Infrastruktur gerechnet werden.

Antrag

Die Buchführungspflicht gemäss Art. 21 sollte so abgeändert werden, dass der Aufwand für die kantonalen Waffenbüros möglichst gering ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- stab-rd@fedpol.admin.ch



Bundesamt für Polizei
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. Dezember 2017

Eidg. Vernehmlassung; Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinien (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zum eingangs erwähnten Entwurf Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat vertritt die Meinung, dass die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie kaum zur Verhinderung von Straftaten beitragen wird. Insbesondere terroristische Anschläge mit Feuerwaffen, die oftmals minutiös geplant werden, dürften durch das angestrebte Regelwerk nicht verhindert werden können. Die vorgesehene Übernahme der EU-Waffenrichtlinie dürfte damit vor allem zu erhöhtem bürokratischem Aufwand und vermehrten Kosten bei geringstem zu erwartenden Ertrag führen. Es liegt eine Scheinlösung auf dem Tisch, die den legalen Waffenbesitzer unverhältnismässig einschränkt, aber beispielsweise keine Massnahmen gegen den gefährlichen Handel mit illegalen Waffen enthält. Die bestehenden Gesetze reichen aus – würden sie konsequent angewendet. Eine wirklich pragmatische Lösung wäre deshalb gewesen, wenn der Bundesrat die EU-Waffenrichtlinie zwar akzeptiert hätte, anschliessend aber zum Schluss gekommen wäre, dass das bestehende Schweizer Waffenrecht die Ziele der Richtlinie, Waffenmissbrauch im Umfeld des internationalen Terrorismus einzudämmen, bereits mehr als genügend erfüllt. So sind beispielsweise bereits heute Serief Feuerwaffen und zu halbautomatischen Feuerwaffen umgebaute Serief Feuerwaffen verboten und benötigen eine Ausnahmewilligung.

Die Heimabgabe der persönlichen Waffe während der Zeit der Einteilung in der Armee stellt einen wesentlichen Bestandteil des Schweizer Milizwesens dar. Zum Verständnis unseres Milizwesens gehört auch die Entscheidung darüber, ob man die Ordonnanzwaffe nach der Entlassung aus der Armee behalten kann; und zwar ohne Einschränkung. Darüber hinaus wird das Recht auf den Erwerb von Waffen – auch halbautomatischen – von grossen



Teilen der Bevölkerung als Ausdruck persönlicher Freiheit und staatsbürgerlicher Mündigkeit verstanden. Dieses Recht widerspiegelt das traditionelle Verhältnis zwischen Staat und Bürger in der Schweiz. Indem der Staat nachweisen muss, dass der Bürger schuldig ist und nicht der Bürger dem Staat zu beweisen hat, dass er unschuldig ist, wird ein Vertrauensbeweis erbracht. Diesem Umstand wird im vorliegenden Entwurf der Änderung des Waffengesetzes vom 20. Juni 1997 zu wenig Rechnung getragen.

Das Kernstück der vorgeschlagenen Richtlinie besteht im Erwerbsverbot halbautomatischer Waffen. Damit könnte sich der Regierungsrat grundsätzlich einverstanden erklären. Die Durchsetzung der entsprechenden Ausnahmen entspricht allerdings nicht seinen Vorstellungen. Die Neukategorisierung der Waffen bedeutet zudem – da das Sturmgewehr 57 und das Sturmgewehr 90 neu in die Kategorie der verbotenen Waffen fallen –, dass hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, die im Besitz solcher Waffen sind, von einem Tag auf den andern von legalen Waffenbesitzern zu Haltern einer verbotenen Waffe würden. Es würde auch bedeuten, dass beim Erwerb eine Ausnahmegewilligung nötig wird, die vom Wohlwollen der kantonalen Behörde abhängig und heute anerkannten Sammlern vorbehalten ist. Das ist inakzeptabel.

Nach Ansicht des Regierungsrates verfügt die Schweiz mit dem gültigen Waffengesetz über eine ausreichende Handhabe, um die Ziele der EU-Waffenrichtlinie zu erfüllen. In den Kantonen wurden die entsprechenden gesetzlichen Regelungen mit einem beträchtlichen Aufwand umgesetzt. So lassen sich heute die meisten Waffen identifizieren und zurückverfolgen. Der Regierungsrat ist daher überzeugt, dass das geltende Schweizer Waffengesetz zwar hinsichtlich der Neuklassifizierung der halbautomatischen Waffen angepasst werden muss. Im Übrigen aber ist die Umsetzung pragmatisch vorzunehmen. In diesem Sinne ist eine Überarbeitung des Anhangs zum vorliegenden Entwurf des Bundesbeschlusses zu fordern.

2. Bemerkungen einzelnen Artikeln

Ad Art. 4 (Ladevorrichtung mit hoher Kapazität)

Im Artikel 4 werden erstmals im Gesetz die Begriffe Handfeuerwaffen und Faustfeuerwaffen verwendet, ohne diese je definiert zu haben. Aus Sicht der Polizei ist eine Definition zu den Begriffen Hand- und Faustfeuerwaffen zwingend, ansonsten bleibt in den verschiedenen im Gesetz aufgeführten Fällen unklar, wann von einer Faust- oder Handfeuerwaffe gesprochen werden kann.

Vorschlag:

Feuerwaffen mit Schulteranschlag sind Handfeuerwaffen.

Ad Art. 18a Abs. 1 (Markierungspflicht)

Die Feuerwaffe und die dazugehörigen Waffenbestandteile müssen eine identische Nummer aufweisen, da ansonsten die Registrierung legaler Waffen und eine Ausschreibung einer gesuchten Waffe verunmöglicht werden.

Vorschlag:

...einzeln und unterschiedlich mit einer identischen Nummer markieren.

Ad Art. 21 Abs. 1bis Ziff. 2 (Buchführung und Meldepflicht)

Die Beschaffung ist Sache der Waffenhändler und übersteigt bei einer Meldepflicht die Kapazitäten der kantonalen Waffenbüros.

Vorschlag:

... zuständigen kantonalen Behörde über Beschaffung, Verkauf oder sonstigen Vertrieb an einen Erwerber oder eine Erwerberin...



Ad Art. 28c Abs. 2 lit. c (Ausnahmebewilligungen Sammler)

Der Begriff ‚Sammlertätigkeit‘ ist zu definieren.

Ad Art. 28d Abs. 3 (Ausnahmebewilligungen Sportschützen)

Der Regierungsrat plädiert grundsätzlich dafür, dass der Nachweis der Vereinsmitgliedschaft alle 5 Jahre zu erbringen ist. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es auch Schützen gibt, die keine Lizenz besitzen und nicht in einem Schützenverein Mitglied sind, aber dennoch an Schiessanlässen (z.B. Feldschiessen, Obligatorisches) teilnehmen und somit regelmässig schiessen. Gelegenheitsschützen, die keinem Verein angehören, dürfen nicht in eine Zwangsmemberschaft gedrängt werden, wenn sie den Schiessnachweis nicht erbringen können. Eine Zwangsmemberschaft widerspricht Art. 23 der Bundesverfassung. Den Schützenvereinen kann auch nicht die Verantwortung über Zwangsmemberschaften aufgebürdet werden.

Der Aufwand der Überprüfung aller Schützen übersteigt einen allfälligen Nutzen. Ausserdem würde die Einführung der regelmässigen Kontrolle eine EDV-Lösung erfordern mit der Möglichkeit der Agendierung der Schützen. Zudem ergeben sich viele Umsetzungsfragen: Was ist mit Schützen, die infolge Krankheit, Ausbildung oder Auslandabwesenheit die Schiesspflicht nicht erfüllen? Was passiert bei einer Erbschaft; werden die Waffen eingezogen? Wer entschädigt die Besitzer?

Ad Art. 28e Abs. 2 lit. b (Ausnahmebewilligung Sammler und Museen)

Die Einschränkung „nach Artikel 5 Absatz 1“ ist ersatzlos zu streichen. Es sollen alle Feuerwaffen erfasst werden.

Vorschlag:

...ein Verzeichnis führen, das alle in ihrem Besitz befindlichen Feuerwaffen nach Artikel 5 Absatz 1 umfasst und das stets aktuell zu halten ist.

Ad Art. 32c Abs. 3bis WG (Datenaustausch DEBBWA)

Die Verweigerung eines Waffenerwerbsscheingesuchs oder einer Ausnahmebewilligung sollen auf Anfrage an andere Schengen-Staaten automatisiert weitergeleitet werden. Diesen Austausch erachtet der Regierungsrat aus Datenschutzgründen als heikel. In der Botschaft wird dazu ausgeführt, dass es in der Schweiz selten zu entsprechenden formellen Verweigerungen von Bewilligungen kommen dürfte. Personen, welche u.a. Einträge wegen mehrfach begangener Verbrechen oder Vergehen im Strafregisterauszug aufweisen, werden angeblich – im Wissen um diese Umstände – in der Regel gar kein Gesuch zum Erhalt einer Bewilligung einreichen. Diese Umschreibung ist nach den Erfahrungen nicht zutreffend. Im Kanton Appenzell Ausserrhoden zählen Einträge im Strafregister zu den häufigsten Ablehnungsgründen.

Ad Art. 42b WG (Übergangsbestimmungen)

Wer beim Inkrafttreten der Änderung bereits im Besitze einer Feuerwaffe nach Artikel 5 Absatz 1 lit. b - d WG ist, muss den rechtmässigen Besitz dieser Feuerwaffe innerhalb von zwei Jahren von der zuständigen Behörde des Wohnsitzkantons bestätigen lassen. Nach Absatz 2 ist keine Bestätigung erforderlich, wenn die Feuerwaffe bereits in einem kantonalen Informationssystem über den Erwerb von Feuerwaffen registriert ist.

Diese Nachregistrierungspflicht wird in der Praxis zu einem Ansturm von Anfragen (insbesondere auch von Sportschützen) führen. Die Pflicht zur Nachregistrierung wurde überdies vom Volk bereits 2011 verworfen und 2015 vom Parlament abgelehnt. Die Unsicherheiten des Besitzers über eine bestehende Registratur werden nicht nur zu einer Flut von Bürgeranfragen beim kantonalen Waffenbüro führen. Das kantonale Waffenbüro wird auch aufwändige Abklärungen vornehmen müssen. Zudem wird die Nachregistrierung einen weiteren nicht mit den bestehenden personellen Mitteln tragbaren Aufwand auslösen.



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Appenzell, 20. Dezember 2017

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des oben erwähnten Vorentwurfs zukommen lassen.

Die Standeskommission nimmt dazu wie folgt Stellung:

Das Schengener Assoziierungsabkommen (SAA) erleichtert seit 2008 nicht nur den Reiseverkehr zwischen der Schweiz und der EU, indem die Personenkontrollen an den Binnengrenzen aufgehoben sind, sondern verbessert auch die internationale Justiz- und Polizeizusammenarbeit. Mit der Assoziierung an Schengen hat sich die Schweiz aber auch verpflichtet, die Weiterentwicklungen des Schengen-Rechtsrahmens zu übernehmen. Dies schränkt die Möglichkeit zur Selbstbestimmung ein.

Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie wird voraussichtlich nicht zur Verhinderung von Straftaten beitragen. Insbesondere terroristische Anschläge mit Feuerwaffen, die oftmals minutiös geplant werden, dürften mit dem angestrebten Regelwerk nicht verhindert werden können. Die vorgesehene Übernahme der EU-Waffenrichtlinie dürfte damit vor allem zu einem erhöhten bürokratischen Aufwand und zu vermehrten Kosten bei geringstem zu erwartendem Ertrag führen. Kriminelle Personen, welche einen Anschlag durchführen wollen, kommen trotz der Verschärfung der Waffengesetze ohnehin zu ihren Waffen, solange innerhalb der EU keine und an der EU-Aussengrenze mangelhafte Grenzkontrollen stattfinden.

Die Heimabgabe der persönlichen Waffe während der Zeit der Einteilung in der Armee stellt einen wesentlichen Bestandteil des Schweizer Milizwesens dar. Zum Verständnis unseres Milizwesens gehört auch die Entscheidung darüber, ob man die Ordonnanzwaffe nach der Entlassung aus der Armee behalten kann, und zwar ohne Einschränkung. Darüber hinaus wird das Recht auf den Erwerb von Waffen und auch von halbautomatischen Waffen von grossen Teilen der Bevölkerung als Ausdruck persönlicher Freiheit und staatsbürgerlicher Mündigkeit verstanden. Dieses Recht widerspiegelt das traditionelle Verhältnis zwischen Staat und Bürger in der Schweiz. Indem der Staat nachweisen muss, dass der Bürger schuldig ist und nicht der Bürger dem Staat zu beweisen hat, dass er unschuldig ist, wird ein Ver-

trauensbeweis erbracht. Diesem Umstand wird im vorliegenden Entwurf der Änderung des Waffengesetzes vom 20. Juni 1997 zu wenig Rechnung getragen. Im Gegenteil, der Schweiz wird weitere Eigenständigkeit entzogen, und auch die Freiheit wird einmal mehr eingeschränkt. Aufgrund der bisherigen Vorgehensweise werden weitere Einschränkungen folgen, bis der Wehrmann entwaffnet ist.

Das Kernstück der vorgeschlagenen Richtlinie besteht im Erwerbsverbot halbautomatischer Waffen. Die Durchsetzung der entsprechenden Ausnahmen entspricht nicht unseren Vorstellungen. Die Schweiz verfügt mit dem gültigen Waffengesetz über eine ausreichende Handhabe, um die Ziele der EU-Waffenrichtlinie zu erfüllen. In den Kantonen wurden die entsprechenden gesetzlichen Regelungen (Registrierung usw.) mit einem beträchtlichen Aufwand umgesetzt. So lassen sich heute die meisten Waffen identifizieren und zurückverfolgen. Zwar kann das geltende Schweizer Waffengesetz hinsichtlich der Neuklassifizierung der halbautomatischen Waffen angepasst werden, der Anhang zum vorliegenden Entwurf des Bundesbeschlusses muss jedoch überarbeitet werden.

Die heute kaum abschätzbare Mehrarbeit im Vollzug hat zweifelsohne Auswirkungen auf die Ressourcen der kantonalen Polizeikorps. Die Kantonspolizei Appenzell I.Rh. rechnet mit einem Ausbau um 25 bis 50 Stellenprozente, bei einem Vollbestand von rund 2'800 Stellenprozenten. Die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone wegen der Beschaffung von technischen Hilfsmitteln und der Beteiligung an Datenbanken sind derzeit nicht bezifferbar.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme, bitten um Berücksichtigung unserer Anliegen und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- stab-rd@fedpol.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

Sicherheitsdirektion BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bern
stab-rd@fedpol.admin.ch

Liestal, 9. Januar 2018

Vernehmlassung

zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft bedankt sich für die Einladung zur Stellungnahme. In seinem Auftrag teilen wir Ihnen zum erwähnten Geschäft Folgendes mit:

Nach unserer Beurteilung ist die weitere Mitwirkung der Schweiz am Schengener Acquis unverzichtbar, um die innere Sicherheit in unserem Land gewährleisten zu können. In diesem Sinn unterstützen wir die übergeordneten Zielsetzungen der Vorlage (Bekämpfung des Waffenmissbrauchs, Verbesserung der öffentlichen Sicherheit). In der jetzigen Form würde sie jedoch den Kantonen einen beträchtlichen Zusatzaufwand verursachen (zusätzlicher Personalaufwand im kantonalen Waffenbüro, Mehrkosten im Informatikbereich). Ein solcher ist nicht zwingend nötig, um die erwähnten Zielsetzungen zu erreichen. Wir sind der Ansicht, verschiedene Neuregelungen für die Waffenhändler und die Waffenbesitzenden¹ gehen über das Mass hinaus, das für die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie unabdingbar ist.

Weiter lehnen wir das Ansinnen ab, den Kantonen die Registrierungs- und Meldepflicht für Waffentransaktionen vom Ausland in die Schweiz aufzuerlegen. Weil die Erteilung von Einfuhrbewilligungen ausschliesslich in der Zuständigkeit des Bundes liegt (Zentralstelle Waffen, fedpol), muss auch die Erfassung der vollzogenen "Waffenimporte" direkt durch die Bundesstelle erfolgen.

¹ Zum Beispiel die Pflicht zur Deklaration des Zwecks einer Waffensammlung (Artikel 28e Waffengesetz) oder die wenig praxistaugliche 10-tägige Meldepflicht für gewerbmässige Waffentransaktionen (Artikel 21 Absatz 1^{bis} Waffengesetz).

Zusammengefasst sind wir der Meinung, dass der unterbreitete Revisionsentwurf Verbesserungspotenzial hat und im Interesse einer möglichst schlanken innerstaatlichen Umsetzung des EU-Rechts zu überdenken ist. Entsprechend ist zu klären, wieweit die Regelungen im geltenden Waffengesetz nicht bereits die Anforderungen der geänderten EU-Richtlinie abdecken. Wo dies nicht zutrifft, sollen möglichst pragmatische und unbürokratische Lösungen gewählt werden. Wir verweisen auf die begründeten Anliegen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD; Stellungnahme vom 5.1.2018), denen wir uns anschliessen. Gestützt darauf sollten die Revisionsbestimmungen im Rahmen der Vorgaben der EU-Richtlinie nochmals systematisch auf Möglichkeiten zur Reduktion des Administrativaufwands bei Behörden und Privaten überprüft werden. Zu diesem Zweck bot die KKJPD bereits an, kantonales Expertenwissen zur Verfügung zu stellen. Dessen Nutzung erachten wir als zielführend.

Wir hoffen, Ihnen mit unserer Meinungsäusserung dienen zu können, und bedanken uns nochmals für die Gelegenheit dazu.

Freundliche Grüsse
SICHERHEITSDIREKTION



Isaac Reber
Regierungsrat

Beilage: Schreiben als Word-Datei



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), fedpol

per Email an:
stab-rd@fedpol.admin.ch

Basel, 13. Dezember 2017

Präsidialnummer: P171462

Regierungsratsbeschluss vom 12. Dezember 2017

Vernehmlassung zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes)

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes) zukommen lassen.

Die mit der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagene Lösung zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie wird vom Kanton Basel-Stadt begrüsst, da Sie den bestehenden Spielraum ausschöpft und der Tradition des schweizerischen Schiesswesens Rechnung trägt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

EJPD
Bundesamt für Justiz
3003 Bern

stab-rd@fedpol.admin.ch

20. Dezember 2017

RRB-Nr.: 1403/2017
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Unser Zeichen: 2017.POM.671
Ihr Zeichen:
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes: Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG); (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat die Vernehmlassungsunterlagen zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend der Übernahme der Richtlinien (EU) 2017 / 853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie zur Kenntnis genommen. Die übergeordneten Zielsetzungen – die Bekämpfung des Waffenmissbrauchs und die Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – werden vom Regierungsrat unterstützt. Ebenso die Prämisse einer pragmatischen Umsetzung des für die Schweiz grundsätzlich verbindlichen Schengen-Rechtsakts.

Da es sich um eine Richtlinie und damit keinen direkt anwendbaren Rechtsakt handelt, ist der innerstaatliche Umsetzungsspielraum vergleichsweise hoch. Die vorgeschlagenen Änderungen im Waffengesetz erscheinen dem Regierungsrat in wesentlichen Punkten noch nicht ausgereift. Der vorhandene Spielraum, um die versprochene pragmatische Lösung zu erreichen, wird seines Erachtens noch nicht vollständig ausgeschöpft. Insbesondere ist die hohe administrative Mehrbelastung der Kantone durch den stark erhöhten Verwaltungs- und Kontrollaufwand als unverhältnismässig zu bezeichnen und im Rahmen der Überarbeitung der Bundesvorlage spürbar zu reduzieren.

Im Wesentlichen werden die folgenden anvisierten neuen Massnahmen einen beträchtlichen und dauerhaften Mehraufwand für die Kantone zur Folge haben und bedürfen daher einer eingehenden Überprüfung:

- Das vorgesehene Prüfsystem für Sammler und Sportschützen;
- die regelmässige Überprüfung von Bewilligungen;
- die explizite Vorgabe eines Überwachungssystems für die Einhaltung der Voraussetzungen für den Besitz von Feuerwaffen Kat. B.

Der erhoffte Gewinn an Sicherheit im Umgang mit Waffen und der dadurch zusätzlich entstehende administrative Aufwand müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

1 Anträge

1.1 Zu Artikel 21 Abs. 1^{bis} WG (Buchführung und Meldepflicht für Waffenhändler)

Waffenhändler sollen verpflichtet werden, der zuständigen kantonalen Behörde über Beschaffung, Verkauf oder sonstigen Vertrieb von Waffen etc. innerhalb von 10 Tagen elektronisch Meldung zu erstatten. Die kantonalen Waffenbüros müssten diese Meldungen in ihren Waffenregistern verarbeiten. Aus der Botschaft geht hervor, dass unter sonstigem Vertrieb auch die gewerbsmässige Verbringung ins schweizerische Staatsgebiet fällt.

Diese Regelung erachtet der Regierungsrat als unverhältnismässig. Waffenhändler sind gemäss geltendem Waffengesetz bereits verpflichtet, Übertragungen unter Waffenhändlern der Behörde zu melden. Der Verkauf einer Waffe etc. wird bereits heute durch den Waffenhändler der Behörde gemeldet. Die Einfuhren aus dem Ausland werden durch die zuständige Bundesbehörde in der Waffeninformationsplattform ARMADA erfasst. Nach der neuen WG-Regelung müssten die Waffenhändler die Einfuhren auch noch dem kantonalen Waffenbüro melden, welches wiederum die gemeldeten Einfuhren im Waffenregister erfassen müsste. Im Endergebnis würde die exzessive Registrierung auf kantonaler Ebene der Buchführungspflicht des Waffenhändlers entsprechen (da alle Waffenvorgänge gemeldet werden müssten). Dieser Aufwand ist unverhältnismässig und den kantonalen Waffenbüros nicht zumutbar.

Des Weiteren ist mit dem neuen WG sicherzustellen, dass keine Meldungen mehr in Papierform möglich sind. Um den Aufwand für die Kantone zu minimieren, ist eine Verpflichtung der Waffenhändler unerlässlich, ein vom Bund finanziertes und zur Verfügung gestelltes elektronisches Erfassungssystem zu verwenden, welches mit den relevanten behördlichen Systemen verlinkt ist. In der Botschaft wird ein solches System angedeutet, aber noch nicht hinreichend konkretisiert.

1.2 Zu Artikel 28d lit. 2 WG (Besondere Voraussetzungen bei Sportschützen)

Ausnahmebewilligungen sollen nur an Sportschützen erteilt werden, die das sportliche Schiessen auch tatsächlich praktizieren. Als Beleg diene einerseits die Mitgliedschaft in einem Schiessverein. Diese sei aber nicht Pflicht. Könne die betreffende Person auf andere Art und Weise, bspw. mittels einer Bestätigung des mehrfachen Besuches in einem privaten Schiesskeller, nachweisen, dass sie das sportliche Schiessen regelmässig praktiziert, sei dies ebenfalls ausreichend. Der Nachweis sei nicht einmalig, sondern nach fünf und zehn Jahren erneut zu erbringen.

Diese Änderung wird ebenfalls hinterfragt. Im Kanton Bern verfügen schätzungsweise 12'000 Personen über eine schiesssportliche Lizenz. Der Berner Schiesssportverband hat ca. 30'000 Mitglieder. Darunter nicht aufgeführt sind Schützen, die keine Lizenz besitzen und nicht in einem Schützenverein Mitglied sind, aber dennoch an Schiessanlässen (z.B. Feldschiessen, Obligatorisches) teilnehmen und somit regelmässig schiessen. Der Aufwand übersteigt einen allfälligen Nutzen. Ausserdem würde die Einführung der regelmässigen Kontrolle eine EDV-Lösung, mit der Möglichkeit der Agendierung der Schützen, erfordern. Zudem ergeben sich viele Umsetzungsfragen: Was ist mit Schützen, die infolge Krankheit, Ausbildung oder Auslandsaufenthalt die Schiesspflicht nicht erfüllen? Was passiert bei einer Erbschaft; werden die Waffen eingezogen? Wer entschädigt die Besitzer?

Mit dem jetzigen Personalbestand des kantonalen Waffenbüros wird die Kontrolltätigkeit über das regelmässige Schiessen nicht möglich sein. Der Verwaltungsaufwand zur Kontrolle von Sportschützen ist äusserst personal- und kostenintensiv.

1.3 Zu Artikel 28e WG (Besondere Voraussetzungen für Sammler)

Die Sammler müssten darlegen, welchen Zweck sie mit der Sammlung verfolgen und nachweisen, dass sie angemessene Vorkehrungen zur sicheren Aufbewahrung der Sammlung getroffen haben.

Sammler von Seriefeuerwaffen werden bereits heute periodisch von der Kantonspolizei Bern vor Ort überprüft. Die sichere Aufbewahrung der Waffen steht dabei u.a. im Mittelpunkt. Der Zweck der Sammlung ist u.E. nicht wesentlich und diesen darzulegen wird von der Richtlinie auch nicht explizit verlangt.

1.4 Zu Artikel 32c Abs. 3bis WG (Datenaustausch DEBBWA)

Die Verweigerung eines Waffenerwerbsscheingesuchs oder einer Ausnahmegewilligung sollen auf Anfrage an andere Schengen-Staaten automatisiert weitergeleitet werden.

Diesen Austausch erachten wir aus Datenschutzgründen als heikel. In der Botschaft wird dazu ausgeführt, dass es in der Schweiz selten zu entsprechenden formellen Verweigerungen von Bewilligungen kommen dürfte. Personen, welche u.a. Einträge wegen mehrfach begangener Verbrechen oder Vergehen im Strafregisterauszug aufweisen, würden angeblich – im Wissen um diese Umstände – in der Regel gar kein Gesuch zum Erhalt einer Bewilligung einreichen. Diese Umschreibung ist nach den Erfahrungen im Kanton Bern nicht zutreffend. Im Kanton Bern zählen Einträge im Strafregisterauszug zu den häufigsten Ablehnungsgründen.

1.5 Zu Artikel 42b WG (Übergangsbestimmungen)

Wer beim Inkrafttreten der Änderung bereits im Besitz einer Feuerwaffe nach Artikel 5 Absatz 1 lit. b - d WG sei, müsse den rechtmässigen Besitz dieser Feuerwaffe innerhalb von zwei Jahren von der zuständigen Behörde des Wohnsitzkantons bestätigen lassen.

Nach Absatz 2 sei keine Bestätigung erforderlich, wenn die Feuerwaffe bereits in einem kantonalen Informationssystem über den Erwerb von Feuerwaffen registriert ist.

Diese Nachregistrierungspflicht wird in der Praxis zu einem Ansturm von Anfragen (insbesondere auch von Sportschützen) führen. Die Kantonspolizei Bern führt erst seit 2005 ein eigenes, auf das Waffengesetz (WG) des Bundes gestütztes Waffenregister. Waffen, die vor diesem Datum erworben und von der früher zuständigen Behörde erfasst worden sind, sind darin

nicht aufgeführt. Die Unsicherheiten der Besitzer über eine bestehende Registratur werden zu einer Flut von Bürgeranfragen beim kantonalen Waffenbüro führen. Das kantonale Waffenbüro wird aufwändige Abklärungen vornehmen müssen. Zudem wird die Nachregistrierung einen weiteren nicht mit den bestehenden personellen Mitteln tragbaren Aufwand auslösen.

1.6 Ladevorrichtungen mit hoher Kapazität

Grundsätzlich gilt es zu beachten, dass Magazine mit einer Kapazität von 10 Patronen für Handfeuerwaffen auf dem Markt kaum erhältlich sind. Von den bisher verwendeten Magazinen mit grösserer Ladekapazität sind in der Schweiz vermutlich mehrere zehntausend Stück im Umlauf. Der Besitz dieser Magazine würde dann – ohne entsprechend bewilligte Waffe – verboten. Paradoxiertweise ist der Erwerb dieser Magazine im Waffengesetz nicht geregelt.

2 Fazit

Die EU-Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG) und die Änderungen im eidg. Waffengesetz wären nach dem aktuellen Vorschlag des Bundesrats für die Kantone nur mit der Schaffung eines grossen Kontroll- und Verwaltungsapparates umsetzbar. Der Regierungsrat des Kantons Bern geht davon aus, dass das kantonale Waffenbüro personell bedeutend verstärkt werden müsste. Prima vista müsste eine personelle Aufstockung von mindestens fünf Mitarbeitenden in Betracht gezogen werden. Darüber hinaus würde die ebenfalls notwendige Beschaffung von technischen Mitteln der Informatik (darunter Datenbanken) Kosten auslösen, die derzeit noch nicht abschätzbar sind, aber in der Gesamtbetrachtung nicht vernachlässigt werden dürfen. Eine solche personelle Aufstockung, verbunden mit der Beschaffung neuer technischer Mittel, würde in Anbetracht der finanziellen Lage des Kantons Bern kaum realisierbar sein. Es bedarf daher weiterer Anstrengungen des Bundesrats, eine schlanke und pragmatische Umsetzung mit minimalen administrativen Zusatzaufwänden zu gewährleisten.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Bernhard Pulver

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

Verteiler:

- Polizei- und Militärdirektion
- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de justice et police
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Document PDF et Word à :
stab-rd@fedpol.admin.ch

Fribourg, le 19 décembre 2017

Approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes; (Développement de l'acquis de Schengen) - Consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation mentionnée en objet, qui a retenu la meilleure attention du Conseil d'Etat du canton de Fribourg. Nous vous remercions de nous avoir consulté et dans le délai impart, nous nous déterminons comme suit.

De manière générale, le Conseil d'Etat fribourgeois soutient les buts poursuivis par la modification de la directive de l'UE sur les armes suite aux attentats terroristes de 2015 à Paris, soit la lutte contre le terrorisme et l'utilisation abusive d'armes. Toutefois, le Conseil d'Etat fribourgeois relève que les mesures supplémentaires découlant de cette modification n'apportent pas de plus-value évidente par rapport au but poursuivi. En revanche, la reprise de la directive UE 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes accroît de manière significative les processus administratifs pour les autorités d'exécution cantonales, ce que nous déplorons (cf. ci-dessous, point 2).

1. Reprise de l'arme d'ordonnance

Le Conseil d'Etat relève que la reprise de la directive UE 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes compliquera de manière substantielle la reprise de l'arme d'ordonnance en possession privée, dès lors que cette reprise sera soumise à une autorisation exceptionnelle. Cette autorisation impliquera des conditions plus lourdes et implicitement des émoluments plus élevés. Il y aura, en conséquence, moins de tireurs aux tirs en campagne et aux tirs obligatoires et, partant, une diminution des membres des sociétés de tir. Les sociétés de tir devront faire face à une diminution des ressources (cotisations) tout en devant continuer à proposer des séances de tir obligatoires pour les militaires astreints au tir comme le leur impose la loi.

Aussi, le Conseil d'Etat fribourgeois propose de maintenir la réglementation actuelle relative à la reprise de l'arme d'ordonnance en propriété privée lors de la libération de l'obligation de servir.

Cette réglementation actuelle impose au propriétaire, hormis la transformation technique de l'arme (aux frais du propriétaire), le dépôt d'une demande pour l'obtention d'un permis d'acquisition ainsi que la preuve de son activité de tir, à savoir deux tirs obligatoires et deux tirs en campagne durant les trois dernières années d'incorporation. Cette réglementation tient compte du rapport particulier que le soldat de milice de l'armée suisse entretient avec le tir, activité ancestrale et particulièrement développée en Suisse.

2. Nouvelle classification des catégories d'armes

La reprise de la directive UE 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes implique un durcissement des conditions d'acquisition, respectivement de détention de certaines armes (extension de la liste des armes à feu « interdites » - catégorie A). Du point de vue de la mise en œuvre au plan cantonal, le Conseil d'Etat fribourgeois relève les points suivants :

- > Le travail administratif augmentera de manière considérable en raison du nombre plus important d'autorisations exceptionnelles à établir.
- > Le nombre de contrôles liés aux conditions des autorisations exceptionnelles va augmenter de manière importante (contrôle du nombre de tirs sportifs avec les armes interdites – vérifications de l'entreposage réglementaire – contrôle plus approfondi du requérant à une autorisation exceptionnelle).
- > Les contrôles de la régularité au tir avec les armes de sport interdites lors des tirs IPSC seront à effectuer par les autorités cantonales d'exécution.
- > Des vérifications plus approfondies devront être effectuées pour déterminer les motifs valables d'acquisition d'armes interdites.
- > Les armes d'ordonnance remises en propriété privée seront soumises aux conditions de l'autorisation exceptionnelles, ce qui engendrera un travail administratif supplémentaire pour les autorités cantonales d'exécution.
- > Les autorités cantonales d'exécution devront s'astreindre à des travaux de vérification concernant les tireurs sportifs (tirs dans les délais fixés soit 5 ans pour les tirs IPSC et 10 ans pour les membres de sociétés de tir). Ces contrôles impliquent pour notre canton d'introduire un système de rappel sur notre banque de données portant sur les titulaires des carnets de contrôles. **Il convient de relever d'emblée que la gestion de ces contrôles sera difficilement réalisable.**
- > Les dispositifs de chargement (supérieurs à 20 cartouches pour armes de poing et supérieurs à 10 cartouches pour armes à épauler) ne sont actuellement pas munis de numéros de série et ne sont pas considérés comme des accessoires d'armes au sens de la loi sur les armes (LArm ; RS 514.54). Actuellement, ces dispositifs de chargement peuvent être acquis sans autorisation. A l'avenir, il s'agira d'inscrire un numéro de série sur ces dispositifs de chargements afin de les identifier, ce qui engendrera un travail supplémentaire d'enregistrement.
- > Il faut s'attendre à une augmentation importante des enquêtes pénales et administratives en raison du passage de certaines armes au statut d'armes interdites.
- > Les contrôles portant sur les collectionneurs et les musées augmenteront de manière considérable.
- > Lors de l'exécution des nouvelles dispositions de la LArm, il faut s'attendre à ce que les autorités cantonales d'exécution soient davantage sollicitées par les propriétaires d'armes, en

particulier pour établir les diverses attestations de possession, respectivement les attestations confirmant l'acquisition légale d'armes interdites.

Ainsi, le Conseil d'Etat fribourgeois est d'avis que la mise en œuvre pragmatique voulue par le Conseil fédéral est irréalisable. Le travail administratif et la gestion de banque de données augmentera de manière importante pour notre autorité cantonale d'exécution, le Bureau des armes et explosifs de la Police cantonale.

A ce stade du projet, nous estimons **qu'un EPT (équivalent plein temps), chiffré à environ 80 000 francs par année, sera nécessaire** pour supporter la charge supplémentaire de travail induite par la reprise de cette directive.

3. Conditions particulières pour les musées

Notre canton dispose d'une vaste collection d'armes documentant ainsi les métiers militaires très importants dans l'histoire de notre canton (mercenariat) et le marqueur social essentiel constitué par la chasse. Nous relevons que nos institutions muséales seront en mesure de mettre en œuvre les nouvelles dispositions issues de la reprise de la directive UE 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes.

Nous vous remercions de l'attention portée à la présente et nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :



Maurice Ropraz
Président

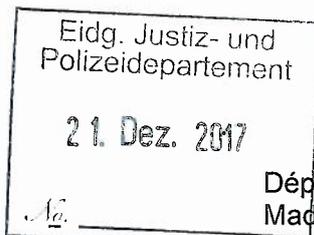


Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 20 décembre 2017

Le Conseil d'Etat
6283-2017



Département fédéral de justice et police
Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Concerne : approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la lettre que vous avez adressée, le 29 septembre 2017, aux gouvernements cantonaux concernant la procédure de consultation visée en titre, ce dont nous vous remercions. Après avoir examiné les documents que vous nous avez fait parvenir, nous sommes présentement en mesure de vous faire part de notre détermination.

D'une manière générale, nous saluons la révision proposée, qui tend à limiter au maximum les adaptations de la loi fédérale actuelle et maintenir à un niveau réaliste les nouvelles tâches à accomplir par les cantons. Elle vise également à préserver les tireurs sportifs, les collectionneurs ainsi que les possesseurs d'armes d'ordonnance suisse libérés de leurs obligations militaires.

Nous partageons en effet le point de vue selon lequel il est nécessaire de mettre en œuvre de manière pragmatique les dispositions de la directive modifiée sur les armes et de conserver, dans la mesure du possible, le droit actuel tout en tenant compte des exigences de la directive, des spécificités nationales ainsi que de la charge administrative. A cet égard, les mesures écartées sont effectivement inutiles et se seraient révélées inapplicables en pratique (cf. rapport explicatif, chiffre 4.1).

D'une manière générale, nous constatons que les dispositions supplémentaires découlant de la directive européenne n'apportent aucune plus-value par rapport au but proposé, qui est de lutter contre le terrorisme et l'utilisation abusive des armes. Les modifications portant sur les aspects décrits ci-après seront difficilement réalisables et mal comprises par les citoyens :

- la réglementation des conditions d'acquisition et de possession (articles 28c à 28e de la Loi fédérale sur les armes, les accessoires d'armes et les munitions, ci-après : LArm);
- la confirmation de la possession légale de ces armes (article 31; alinéas 2bis et 42b LArm);
- les modalités d'acquisition et de possession de chargeurs de grande capacité adaptés aux armes semi-automatiques à percussion centrale;

- les prescriptions en matière de marquage;
- l'introduction des obligations de déclarer pour les armuriers et les courtiers par rapport à leurs transactions.

L'intégration des armes à feu semi-automatiques dans la liste des armes à feu interdites (article 5 LArm) est à considérer comme un assouplissement malvenu des conditions d'octroi de ce type d'autorisations par rapport à la Loi fédérale sur les armes en vigueur. Elle fait perdre le caractère exceptionnel des autorisations actuellement délivrées pour ce type d'armes, dites interdites (full-auto). En effet, ces nouvelles conditions d'obtention, notamment pour les armes semi-automatiques à percussion centrale de type "fusils d'assaut" (Fass 57, Fass 90, armes d'ordonnance suisses démilitarisées, ainsi que les armes dotées d'une crosse rétractable), feront qu'il sera quasiment impossible de refuser ces futures autorisations exceptionnelles qui perdront ainsi tout leur sens.

Nous approuvons la proposition traitant de l'échange d'informations transfrontalier ayant lieu dans le cadre de l'entraide administrative étendu aux cas de refus d'autorisation d'acquisition pour des raisons de sécurité, ainsi que la renonciation à l'obligation de passer un test psychologique et médical pour pouvoir acquérir et posséder une arme.

Cependant, nous nous interrogeons sur les moyens importants et coûteux à mettre en œuvre par les cantons ainsi que par les armuriers et les courtiers.

Cette loi impliquera des adaptations importantes dans le domaine informatique ainsi qu'une augmentation des ressources en personnel. D'après les estimations fournies par l'autorité cantonale compétente, l'effectif actuel du service des armes et dédié à la gestion du domaine des armes, qui est actuellement de 6 collaborateurs (2 policiers, 2 ASP et 2 administratifs), devra être renforcé à hauteur de 50% pour les missions opérationnelles de contrôles et d'enquêtes. Cet effectif devrait passer à 9 collaborateurs (3 policiers, 3 ASP et 3 administratifs).

Pour le surplus, nous vous invitons à vous référer au document annexé, dans lequel nous formulons différentes remarques et propositions complémentaires concernant l'objet de cette consultation.

Au regard de l'enjeu politique lié à cette modification législative, il nous apparaît dès lors que le projet devrait être revu sur le fond et la marge de manœuvre à disposition de la Suisse pour la transposition de la directive européenne exploitée au maximum. Il est notamment exagérément risqué de présenter un projet qui impose, de manière indirecte, l'enregistrement rétroactif des armes, alors que ce sujet a été refusé par le Peuple en 2011 et rejeté par le Parlement en 2015.

Nous vous remercions de l'attention que vous prêterez à la prise de position de notre canton et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyder Guelpa

Le président :



François Longchamp

**PROCÉDURE DE CONSULTATION PORTANT SUR L'APPROBATION ET LA MISE EN ŒUVRE DE
L'ÉCHANGE DE NOTES ENTRE LA SUISSE ET L'UE CONCERNANT LA REPRISE DE LA
DIRECTIVE (EU) 2017/853 MODIFIANT LA DIRECTIVE DE L'UE SUR LES ARMES.**

Remarques et propositions complémentaires formulées par le Conseil d'Etat genevois

1. Réexamen périodique des autorisations :

Le risque principal posé par ce projet serait l'instauration d'une durée de validité limitée des autorisations délivrées sur la base de la loi fédérale sur les armes ainsi que la preuve des conditions particulières à l'octroi d'autorisations exceptionnelles renouvelables au bout de cinq et dix ans. En effet, il serait impossible de mettre en œuvre un tel contrôle périodique qui concernerait la plus grande partie des ménages suisses. Or, une loi inappliquée cesse d'être utile. Le maintien de l'institution du séquestre d'armes permet d'atteindre le but poursuivi ici. Appliquée en continu, à la faveur des interventions quotidiennes de la police, cette mesure permet de contrôler que les conditions liées à la possession d'armes sont ou non remplies en permanence.

2. Expertises médicales et psychologiques :

Il est exclu de procéder à des expertises psychiatriques systématiques. Ces expertises doivent être conformes à la déontologie médicale, étant précisé que leur coût serait à la charge du requérant. La jurisprudence admet par ailleurs que les autorités statuent sur la base du seul état de fait, sans expertise (Cour de droit administratif et public du Tribunal cantonal vaudois, GE2016.0016).

3. Elargissement du catalogue d'armes (article 5) :

Le transfert de certaines armes à feu classées jusqu'ici dans la catégorie B (armes soumises à autorisation) à la catégorie A (armes interdites soumises à autorisation exceptionnelle) cible majoritairement des armes couramment possédées en Suisse. Cette proposition fait perdre le caractère exceptionnel des autorisations actuellement délivrées pour des armes de type full-auto, qui sont à considérer comme étant extrêmement dangereuses. Nous perdrons dès lors le contrôle systématique et précis de l'octroi d'autorisations exceptionnelles. De plus, dans sa version actuelle, l'article 5 de la Loi fédérale sur les armes, les accessoires d'armes et les munitions (ci-après : LArm) soumet à autorisation cantonale exceptionnelle l'usage d'une arme de catégorie A. En droit européen, seules l'acquisition et la détention de telles armes sont soumises au régime de l'interdiction. Le tir en stand des armes de catégorie A6 à A8 ne devrait donc pas être soumis à autorisation comme le précise actuellement l'article 5, au vu de l'ampleur de celui-ci.

La modification de l'article 5, interdisant l'acquisition d'armes à feu semi-automatiques à percussion centrale lorsqu'elles sont équipées d'un chargeur de grande capacité ainsi que les armes à feu à épauler semi-automatiques pouvant être raccourcies à moins de 60 cm à l'aide de leur crosse pliable ou télescopique ou sans autre moyen, induira l'obligation de contrôler la plupart des ménages suisses. En effet, les armes concernées sont extrêmement courantes.

De plus, il sera la plupart du temps impossible de refuser la délivrance de ces autorisations exceptionnelles. Les armes de tir sportif ainsi que les armes militaires d'ordonnance suisse ne devraient en aucun cas être visées par cette modification. Seul le chargeur de grande capacité ainsi que la crosse rétractable devraient être visés par cette interdiction afin d'en faciliter la mise en œuvre et d'en limiter le coût. Seuls ces objets devraient être catégorisés comme "accessoires d'armes interdits".

4. Communications relatives aux transactions de commerce d'armes (article 21) :

L'adaptation des outils informatiques, la création d'un système permettant de réceptionner les communications relatives aux transactions des armuriers et des courtiers, ainsi que l'enregistrement de ces informations dans le fichier cantonal des armes, auront un impact concret sur les ressources en personnel et informatique. Le mode de transmission (électronique) importe peu du moment que la transmission des informations et le délai de transmission sont respectés par les professionnels. Le mode de communication n'a pas à être précisé dans un texte de rang légal au sens formel. Il paraît inutile de contraindre un commerçant à envoyer un document immédiatement disponible sous forme papier. En outre, l'autorité récipiendaire devra de toute manière contrôler les données transmises par le titulaire de patente et les saisir ensuite dans ses propres bases de données cantonales. Imposer au canton et aux commerçants un investissement en développement informatique, par essence lourd, paraît disproportionné en regard de la plus-value toute relative apportée par cette exigence.

5. Conditions particulières (article 28) :

L'analyse des conditions particulières pour les tireurs sportifs, ainsi que l'examen tous les cinq et dix ans de la preuve de l'appartenance à une société de tir et de l'exercice régulier du tir, sont impossibles à mettre en œuvre, au-delà d'être irréaliste au regard du libéralisme du droit suisse de l'association. De plus, le but poursuivi ici n'est pas clair. Vu le très grand nombre de cas concernés, l'autorité n'aura pas la possibilité de procéder systématiquement aux relances nécessaires auprès des particuliers. La dérogation accordée à l'alinéa 4 de l'article 28d, concernant l'arme d'ordonnance acquise en toute propriété à la fin des obligations militaires ne prend pas en compte l'acquisition du même type d'arme par donation ou héritage. Il est inadmissible qu'un héritier soit considéré comme un acquéreur ordinaire et soit soumis aux mêmes contraintes.

6. Traçabilité des armes à feu :

En l'état, toutes les armes sont identifiables par leur numéro de série, apposé par le fabricant. Seules les armes non numérotées sont référencées au moyen d'un numéro imposé par l'Etat. Imposer le marquage de toutes les armes à feu n'aurait ici aucune plus-value. L'expérience a déjà prouvé qu'une multiplication des numéros apporte la confusion.

En outre, la mise à jour rétroactive des bases de données cantonales existantes sera particulièrement complexe. Seules les accessoires d'armes interdits de type chargeurs à grande capacité et crosse rétractable devraient faire l'objet d'une numérotation supplémentaire en corrélation avec l'arme concernée. Cette gravure intervient déjà dans le cadre des "DARUE" (numéro OCA attribué à chaque armurier, article 18a LArm).

7. Dispositions transitoires (article 42b) :

La mise en œuvre de l'article 42b, traitant de la confirmation de la possession légitime des armes à feu de catégorie B qui seront classées dans les catégories A6 à A8 (armes interdites) devant être confirmées dans les conditions futures, aura un impact important sur les ressources en personnel des cantons et nuira ainsi à des actions plus prioritaires. L'influence négative sera également visible au niveau du délai d'octroi des autorisations et de l'enregistrement des données. Il mettra en danger tout le traitement des activités courantes des bureaux concernés au vu de l'ampleur de la mission. En effet, c'est uniquement depuis le 12 décembre 2008 que le droit suisse prévoit une obligation générale de déclarer toute acquisition d'armes à feu; c'est donc uniquement depuis cette date que l'on peut estimer que ces armes sont enregistrées dans les registres cantonaux. L'alinéa 1^{er} de l'article 42b impose cette démarche dans un délai de deux ans.

Dès lors, tout citoyen devra demander la confirmation de la possession légitime de ce type d'armes auprès de l'autorité cantonale compétente et toutes les informations devront être saisies dans le registre cantonal lors de l'établissement de la confirmation. L'arrêté visant à modifier la Loi fédérale sur les armes n'indique pas expressément la possibilité donnée à l'autorité compétente de dénoncer pénalement cette infraction, elle cite uniquement des mesures de séquestre et confiscation.

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Glarus, 19. Dezember 2017
Unsere Ref: 2017-212

Vernehmlassung zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir sind der Meinung, dass die Übernahme der eingangs genannten EU-Waffenrichtlinie kaum zur Verhinderung von Straftaten beitragen wird. Insbesondere terroristische Anschläge mit Feuerwaffen, die oftmals minutiös geplant werden, dürften durch das angestrebte Regelwerk nicht verhindert werden können. Die vorgesehene Übernahme der EU-Waffenrichtlinie dürfte damit vor allem zu erhöhtem bürokratischem Aufwand und vermehrten Kosten bei geringstem zu erwartendem Ertrag führen. Die Heimabgabe der persönlichen Waffe während der Zeit der Einteilung in der Armee stellt zudem einen wesentlichen Bestandteil des Schweizer Milizwesens dar. Zum Verständnis unseres Milizwesens gehört auch die Entscheidung darüber, ob man die Ordonnanzwaffe nach der Entlassung aus der Armee behalten kann; und zwar ohne Einschränkung. Darüber hinaus wird das Recht auf den Erwerb von Waffen von grossen Teilen der Bevölkerung als Ausdruck persönlicher Freiheit und staatsbürgerlicher Mündigkeit verstanden. Diesem Umstand wird im vorliegenden Entwurf der Änderung des Waffengesetzes vom 20. Juni 1997 zu wenig Rechnung getragen.

Unserer Meinung nach verfügt die Schweiz mit dem gültigen Waffengesetz über eine ausreichende Handhabe, um die Ziele der EU-Waffenrichtlinie zu erfüllen. In den Kantonen wurden die entsprechenden gesetzlichen Regelungen (Registrierung usw.) mit einem beträchtlichen Aufwand umgesetzt. So lassen sich heute die meisten Waffen identifizieren und zurückverfolgen. Wir sind daher der Überzeugung, dass das geltende Schweizer Waffengesetz zwar hinsichtlich der Neuklassifizierung der halbautomatischen Waffen angepasst werden muss. Sonst aber ist die Umsetzung pragmatisch vorzunehmen. In diesem Sinne fordern wir eine Überarbeitung des vorliegenden Entwurfs des Bundesbeschlusses.

Insgesamt würde eine Umsetzung der vorliegenden Gesetzesnovelle einen erheblichen Verwaltungsaufwand und damit Mehrkosten für den Kanton Glarus nach sich ziehen. Dies trifft insbesondere für die vorgesehenen Nachregistrierungen zu. Wer seine Waffe gestützt auf geltendes Recht erworben hat, sollte denn auch nicht nochmals von sich aus eine Bescheinigung über den rechtmässigen Besitz einholen müssen. In der Schweiz befinden sich

viele Waffen in den privaten Haushalten, die bisher legal besessen wurden. Auch mit Blick hierauf wird deshalb von uns die Überarbeitung der Vorlage gefordert.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

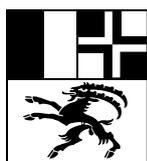


Rolf Widmer
Landammann

Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: stab-rd@fedpol.admin.ch

versandt am: **20. Dez. 2017**



Sitzung vom

19. Dezember 2017

Mitgeteilt den

21. Dezember 2017

Protokoll Nr.

1089

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an: stab-rd@fedpol.admin.ch

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG); Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung befürwortet die Übernahme der EU-Richtlinie 2017/853 und insbesondere den zentralen Punkt des Erwerbsverbots halbautomatischer Waffen. Wir sind jedoch der Auffassung, dass mit dem gültigen Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz; WG; SR 514.54) eine ausreichende Handhabe besteht, um die Ziele der EU-Richtlinie zu erfüllen und bestenfalls geringe Anpassungen notwendig sind.

I. Allgemeine Bemerkungen

Das Schengener Assoziierungsabkommen (SAA) erleichtert seit 2008 nicht nur den Reiseverkehr zwischen der Schweiz und der EU durch die Aufhebung von Personenkontrollen an den Binnengrenzen, sondern verbessert auch die internationale Justiz- und Polizeizusammenarbeit. Mit der Assoziierung an Schengen hat sich die Schweiz verpflichtet, die Weiterentwicklungen des Schengen-Rechtsrahmens zu

übernehmen. Dies schränkt die Möglichkeit zur Selbstbestimmung ein. Aus unserer Sicht überwiegen jedoch bisher die Vorzüge der Mitgliedschaft im SAA den Nachteil einer automatischen Übernahme der Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes. Die Regierung befürwortet daher die Übernahme der EU-Richtlinie 2017/853.

Wir vertreten allerdings die Meinung, dass die Übernahme der titelerwähnten EU-Richtlinie kaum zur Verhinderung von Straftaten beitragen wird. Insbesondere terroristische Anschläge mit Feuerwaffen, die oftmals minutiös geplant werden, dürften durch das angestrebte Regelwerk nicht verhindert werden können. Die vorgesehene Übernahme der EU-Richtlinie dürfte damit vor allem zu erhöhtem bürokratischem Aufwand und vermehrten Kosten bei geringem zu erwartenden Ertrag führen. Insbesondere die kantonalen Waffenbüros werden mit einem erheblichen Mehraufwand konfrontiert sein. Die finanziellen und personellen Auswirkungen können aktuell nicht abschliessend abgeschätzt werden, da Erfahrungswerte fehlen. Es wird jedoch von einem Mehraufwand von mindestens 30% ausgegangen.

Das Kernstück der vorgeschlagenen EU-Richtlinie besteht im Erwerbsverbot halbautomatischer Waffen. Wir befürworten dieses grundsätzlich. Nach unserer Ansicht verfügt die Schweiz mit dem gültigen Waffengesetz jedoch bereits über eine ausreichende Handhabe, um die Ziele der EU-Richtlinie zu erfüllen. In den Kantonen wurden die entsprechenden gesetzlichen Regelungen (Registrierung usw.) mit einem beträchtlichen Aufwand umgesetzt. So lassen sich heute die meisten Waffen identifizieren und zurückverfolgen. Wir sind daher der Überzeugung, dass das geltende Schweizer Waffengesetz zwar hinsichtlich der Neuklassifizierung der halbautomatischen Waffen angepasst werden muss. Ansonsten ist die Umsetzung jedoch pragmatisch vorzunehmen. In diesem Sinne fordert die Regierung eine Überarbeitung des Anhangs zum vorliegenden Entwurf des Bundesbeschlusses. Mit der in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Umsetzung dürften verschiedene Gruppierungen, so etwa die Sportschützen und Sammler, das Referendum ergreifen. Durch einen negativen Volksentscheid würde das SAA gefährdet und im schlimmsten Fall gekündigt. Das kann sicherheitspolitisch nicht im Interesse der Schweiz sein.

II. Anmerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Falls die Anpassung des Waffengesetzes an die EU-Richtlinie dennoch auf Grundlage der Vernehmlassungsvorlage vollzogen werden sollte, haben wir folgende Anmerkungen zu den einzelnen Bestimmungen anzubringen:

Art. 4 Abs. 2^{bis} lit. a und b WG

Bis anhin verwendet das Waffengesetz für Faustfeuerwaffen und Handfeuerwaffen den allgemeinen Begriff "Feuerwaffen". Bei einer Änderung des Waffengesetzes müssten diese beiden Waffenarten neu definiert werden.

Art. 11 Abs. 2 lit. d WG

Im Vertrag müssen die Art und Nummer des amtlichen Ausweises eingetragen werden. Mit der Überprüfung des Ausweises über das EJPD SSO Portal / ISA werden die Personalien durch die zuständige Stelle automatisch kontrolliert. Das Beilegen einer Ausweiskopie zum Vertrag wird als überflüssig und nicht sinnvoll erachtet. Erfahrungsgemäss sind die Kopien von amtlichen Ausweisen nämlich regelmässig nicht lesbar und somit unbrauchbar.

Art. 18a Abs. 1 WG

Die Feuerwaffen und dazugehörige Waffenbestandteile müssen zwingend eine identische (gleiche) Nummer aufweisen und dürfen nicht wie in der neuen Bestimmung festgehalten, unterschiedlich markiert sein. Nur durch eine einheitliche Markierung können die Feuerwaffen einheitlich in den EDV-Systemen registriert werden. So kann insbesondere auch bei einer Ripol-Ausschreibung klar definiert werden, welche Waffe gesucht wird bzw. ausgeschrieben ist. Hätte eine Feuerwaffe vier verschiedene Nummern, müsste klar definiert werden, welche Nummer für deren Registrierung bzw. welche für Ripol-Ausschreibungen verwendet werden soll.

Art. 21 Abs. 1bis WG

Inhaber und Inhaberinnen einer Waffenhandelsbewilligung müssen über jeden Eingang und Ausgang einer Feuerwaffe Buch führen. Die Beschaffung, der Verkauf und der sonstige Vertrieb von Feuerwaffen kann von den zuständigen Behörden anhand der Kontrolle von Lieferscheinen, der Buchführung und des Bestands überprüft werden. Bis anhin betrug die Meldefrist 30 Tage. Diese Frist hat sich bewährt. Eine Kürzung der Meldefrist auf zehn Tage wird als nicht sinnvoll bzw. zweckmässig erachtet. Da es noch immer Inhaber und Inhaberinnen einer Waffenhandelsbewilligung gibt, die keine EDV Anlage besitzen, wird eine elektronische Meldepflicht in der Praxis schwer durchsetzbar sein.

Art. 28c Abs. 2 WG

Bis anhin kennt das Waffengesetz den Begriff "Sammler" nicht. Dieser Begriff müsste im Gesetz klar definiert werden.

Art. 28d WG

Dieser Artikel ist aus folgenden Gründen ersatzlos zu streichen: Es wird als ausreichend erachtet, wenn beim Erwerber kontrolliert wird, ob keine Hinderungsgründe für den Erwerb einer solchen Waffe vorliegen und somit eine Ausnahmegewilligung erteilt werden kann. Die Erbringung eines Nachweises der Vereinsmitgliedschaft und des regelmässigen Schiessens nach fünf und zehn Jahren stellt einen enormen Verwaltungsaufwand dar. Zudem ist nicht ersichtlich, weshalb dieser Nachweis nur nach fünf und zehn Jahren zu erbringen ist. Schliesslich entspricht diese Bestimmung nicht der Vorgabe in der EU-Richtlinie.

Bei der Kantonspolizei Graubünden, Fachstelle Waffen, sind zurzeit 1'604 Waffen (482 Stück Stgw 57 und 1'122 Stück Stgw 90) registriert, bei welchen der Waffenbesitzer diesen Nachweis erbringen müsste. Wie viele der übrigen Waffen, welche im Register der Fachstelle Waffen erfasst sind, unter diese Norm fallen würden, kann anhand der nur unvollständig vorhandenen Angaben nicht ausgewiesen werden. Weiter ist festzuhalten, dass es noch immer Waffenbesitzer gibt, die solche Waffen im Eigentum haben, welche nicht im Register der Fachstelle erfasst sind. Das in Art. 28d WG geregelte Vorgehen für die Erteilung von Ausnahmegewilligungen für Sportschützen würde einen enormen Verwaltungsaufwand bewirken, welcher mit dem Ziel der "pragmatischen Umsetzung" nicht vereinbar wäre.

Art. 28e WG

Vgl. Bemerkungen zu Art. 28c Abs. 2

Abschliessend bedanken wir uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Par email : stab-rd@fedpol.admin.ch

Delémont, le 5 décembre 2017

Approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (EU) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes (directive 91/477/CEE) (Développement de l'acquis de Schengen)

Avant-projet d'arrêté fédéral de septembre 2017

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier du 29 septembre 2017 concernant l'approbation et la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes, en tant que développement de l'acquis de Schengen. Il vous remercie de l'avoir consulté et prend position comme suit :

En préambule, le Gouvernement salue l'effort de la Confédération pour limiter au maximum les adaptations de la loi fédérale sur les armes, les accessoires d'armes et les munitions (ci-après LArm) et maintenir à un niveau réaliste les nouvelles tâches à accomplir par les cantons. Il apparaît ainsi que les mesures qui ont été écartées (cf. rapport explicatif, ch. 4.1 p. 9 et 10) sont effectivement inutiles et se seraient révélées inapplicables en pratique. Cela étant, le Gouvernement est d'avis que les mesures supplémentaires découlant de la directive européenne ne servent pas de manière évidente le but poursuivi par celle-ci qui est de mieux lutter contre le risque terroriste et l'utilisation abusive d'armes. En revanche, celles-ci vont engendrer du travail administratif supplémentaire pour un bénéfice très minime.

De l'avis du Gouvernement, la modification prévue dans l'avant-projet et ayant le plus gros impact pour les citoyens et pour les Bureaux des armes cantonaux consiste sans aucun doute en l'élargissement du catalogue d'armes interdites (intégration des armes à feu semi-automatiques des catégories A6 à A8 dans la liste des armes à feux interdites). Certaines armes à feu classées jusqu'ici dans la catégorie B (armes soumises à autorisation) sont donc transférées dans la catégorie A (armes interdites soumises à autorisation exceptionnelle). Or, les armes concernées par cette modification sont extrêmement courantes en Suisse. Il sera la plupart du temps impossible de refuser les autorisations demandées pour ces armes, car les conditions fixées à l'art. 28c de l'avant-projet seront remplies, notamment en ce qui concerne les justes motifs (ex. tir sportif). Dans le canton du Jura, actuellement moins de dix autorisations exceptionnelles sont délivrées chaque année par le Bureau des armes. La nouvelle classification des armes augmentera considérablement ces autorisations qui, par conséquent, n'auront plus rien d'exceptionnel.

D'autre part, les armes à feu semi-automatiques à percussion centrale ne seront interdites, et donc soumises à autorisations exceptionnelles, que si elles sont équipées d'un chargeur de grande capacité (plus de 20 ou 10 cartouches selon l'arme). En revanche, non utilisées avec un chargeur de grande capacité, ces armes resteront classées dans la catégorie B (armes soumises à autorisation). Le Gouvernement estime que cette distinction, à savoir le fait de lier l'arme à la capacité du chargeur pour l'application du régime d'interdiction, sera difficile à mettre en pratique pour le citoyen (qui n'identifiera pas la capacité du chargeur) et également facilement contournable. En effet, celui-ci pourra aisément acquérir ces armes sans chargeurs de grande capacité sur la base d'un simple permis d'acquisition (armes soumises à autorisation) et ensuite les équiper avec de tels chargeurs qu'il aurait déjà en sa possession (en Suisse, les chargeurs de grande capacité sont courants et de nombreuses personnes en possèdent).

Selon le Gouvernement, une solution pragmatique serait d'interdire purement et simplement l'aliénation, l'acquisition, le courtage et l'introduction sur le territoire suisse des chargeurs de grande capacité, de les numéroter et de les classer dans les accessoires d'armes interdits (au même titre que les silencieux et les dispositifs de visée nocturne ou laser). Des autorisations exceptionnelles d'acquisition pourraient alors être accordées pour certains tirs, notamment dans le cadre du tir sportif où il est plus pratique de disposer de chargeurs de grande capacité car cela évite de devoir recharger l'arme en cours de tir.

En ce qui concerne l'art. 15 al. 1 de l'avant-projet et sans tenir compte de la proposition qui précède, le Gouvernement est d'avis que cette disposition porte à confusion. En effet, à sa lecture, on peut comprendre que quelqu'un ayant obtenu formellement un simple permis d'acquisition peut, pour l'arme ayant fait l'objet de ce permis, acheter ensuite les objets énumérés et notamment un chargeur grande capacité. Il faudrait ainsi clairement préciser les conditions d'acquisition de ces chargeurs.

Une autre modification prévue ayant impact sur les Bureaux des armes cantonaux réside à l'art. 28d de l'avant-projet. Il est ainsi prévu, pour les tireurs sportifs, que la preuve de l'appartenance à une société de tir ou de l'exercice régulier du tir sportif doit être apportée pour l'obtention de l'autorisation exceptionnelle, puis conformément à l'al. 3, renouvelée au bout de 5 et 10 ans. Or, pour le canton du Jura, cela représenterait plusieurs centaines de personnes à contrôler tous les 5 ans. Avec l'effectif en personnel actuel (à savoir une personne à temps plein), cela apparaît difficilement réalisable. Vu le grand nombre de cas concernés, l'autorité compétente n'aura pas la possibilité de procéder systématiquement aux relances nécessaires auprès des particuliers.

De plus, cela nécessitera la modification de la base de données sur les armes « INFOPOL » de la police cantonale afin de pouvoir catégoriser différemment les armes, ainsi que répertorier les personnes ayant le statut de tireur sportif. Enfin, concernant l'art. 28d al. 4 de l'avant-projet, le Gouvernement est d'avis, par mesure de simplification, qu'on ne devrait pas distinguer des autres l'arme d'ordonnance privatisée personnelle du détenteur.

En dernier lieu, le Gouvernement propose l'introduction d'une disposition supplémentaire qui autoriserait les autorités compétentes en matière d'armes à communiquer aux responsables de stands de tir l'identité des personnes se trouvant sous le coup d'un séquestre d'armes ou d'un refus d'acquisition d'armes (à savoir ne remplissant pas les conditions de l'art. 8 LArm). Cela est justifié par le fait que l'on constate parfois que ces personnes continuent malgré tout à fréquenter des stands de tir et à y faire usage d'arme, ce qui est illicite. Or, à l'heure actuelle, l'autorité compétente ne dispose pas des bases légales permettant expressément de faire ce genre de communication. Il en va de même s'agissant de communiquer ces éléments aux titulaires de patentes de commerce d'armes, pour éviter que des personnes dangereuses continuent d'aller acquérir des armes.

Au vu de ce qui précède, il est certain que les modifications de la LArm prévues par l'avant-projet vont entraîner une hausse massive du travail administratif pour l'autorité jurassienne compétente en matière d'armes et qui sera effectué au détriment d'autres tâches plus pertinentes en matière de protection de l'intérêt public. Par ailleurs, ces modifications nécessiteront l'engagement de personnel supplémentaire et pour le canton du Jura, la création d'un poste de travail à temps plein sera nécessaire.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Zustellung an:
stab-rd@fedpol.admin.ch

Bundesamt für Polizei fedpol

Luzern, 19. Dezember 2017

Protokoll-Nr.: 1420

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie. Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. September 2017 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Umsetzung des Notenaustausches betreffend die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir der Übernahme der Schengen-Weiterentwicklung im Waffenrecht zustimmen. Ob mit dieser Verschärfung des Waffenrechts das damit verfolgte Ziel, die missbräuchliche Verwendung von Waffen und den Terrorismus zu bekämpfen, effektiv erreicht werden kann, wird sich weisen. Als Schengen-Mitgliedstaat ist die Schweiz verpflichtet, die EU-Richtlinie zu übernehmen und im nationalen Recht umzusetzen. Anderenfalls könnte dies in letzter Konsequenz zu einer Beendigung der Schengen-Zusammenarbeit respektive zu einem Ausschluss der Schweiz aus den Assoziierungsabkommen zu Schengen und Dublin führen. Damit wäre die Schweiz namentlich nicht mehr Teil des Informationsaustausches. Die Negativfolgen einer Ablehnung der Änderungen im Waffenrecht sind jedoch dermassen einschneidend, dass sich die Schweiz dies nicht leisten kann.

Mit der Umsetzung wird versucht, die wesentlichen Anliegen der Schweiz mit ihrem föderalistischen System, ihrer Milizarmee und den Schützenvereinen weitgehend zu berücksichtigen und den Bedürfnissen der betroffenen Kreise so weit als möglich Rechnung zu tragen. Die Änderungen bedingen jedoch aufwändige systemtechnische Anpassungen. Zudem ist mit einem erheblichen personellen Mehraufwand seitens der Kantone zu rechnen.

Das Kernstück der vorgeschlagenen Richtlinie besteht im Erwerbsverbot halbautomatischer Waffen. Damit sind wir grundsätzlich einverstanden. Die Durchsetzung der entsprechenden Ausnahmen entspricht allerdings nicht unseren Vorstellungen. Unserer Meinung nach verfügt die Schweiz mit dem gültigen Waffengesetz über eine ausreichende Handhabe, um die Ziele der EU-Waffenrichtlinie zu erfüllen. In den Kantonen wurden die entsprechenden gesetzlichen Regelungen (Registrierung usw.) mit einem beträchtlichen Aufwand umgesetzt. So lassen sich heute die meisten Waffen identifizieren und zurückverfolgen. Wir sind daher der Überzeugung, dass das geltende Schweizer Waffengesetz zwar hinsichtlich der Neuklassifizierung der halbautomatischen Waffen angepasst werden muss, im Übrigen aber pragmatischer vorgegangen werden soll, als es im Entwurf gemacht wird. Insgesamt schlagen wir eine integrale Digitalisierung des Lebensweges einer Waffe und der Legitimation des Besitzes im Kreditkartenformat vor. Konkret bemängeln wir zudem folgende Regelungen:

Artikel 5 Verbotene Waffen

Ein Kategorienwechsel einer Waffe von B (bewilligungspflichtig) zu A (verboten) nur aufgrund der Magazingrösse erachten wir als unverhältnismässig.

Artikel 21 Buchführung und Meldepflicht

Alternativ zur vorgeschlagenen Lösung empfehlen wir die Beibehaltung der aktuellen Regelung einer periodischen Kontrolle der Bücher der Waffenhändler.

Artikel 28b ff. Ausnahmewilligungen

Eine Ausnahmewilligung soll unter klaren Voraussetzungen ohne weitere Abklärungen erteilt werden können. Dafür braucht es eine Definition verschiedener Begriffe (z. B. Sammler, Waffenarten etc.). Zudem ist auf die Überprüfung von Waffen der Kategorie B zu verzichten.

Artikel 31 Beschlagnahme

Einerseits lehnen wir eine nachträgliche Frist von drei Monaten zum Nachholen der versäumten Melde- oder Gesuchsfrist ab. Andererseits sollte im Gesetz die Tatsache einer fehlenden Bewilligung oder eines fehlenden Gesuchs unter bestimmten weiteren Voraussetzungen zu einer Einziehung führen. Ferner sollten die Einziehungsgründe klarer definiert werden, zum Beispiel:

- Verstoss gegen die Bestimmungen des Waffengesetzes,
- strafrechtliche Verurteilung wegen Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte sowie verschiedene Vergehen und Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit, die sexuelle Integrität etc. oder
- Verfügungen des Zwangsmassnahmengerichts wegen häuslicher Gewalt.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat

DÉPARTEMENT DE LA JUSTICE,
DE LA SECURITE ET DE LA CULTURE
LE CONSEILLER D'ETAT
CHEF DE DEPARTEMENT

stab-rd@fedpol.admin.ch
Une version Word et une PDF

Neuchâtel, le 7 décembre 2017

**Approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE
concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur
les armes**

Madame, Monsieur,

Donnant suite à la procédure de consultation du 29 septembre dernier du Département fédéral de justice et police relative à l'objet susmentionné, je vous prie de bien vouloir trouver ci-après la prise de position du canton de Neuchâtel.

En préambule, je tiens à saluer l'effort de la Confédération pour limiter au maximum les adaptations de la loi fédérale sur les armes (LArm) et maintenir à un niveau réaliste les nouvelles tâches à accomplir par les cantons.

D'une manière générale, on relèvera que les mesures supplémentaires découlant de la directive européenne n'apportent aucune plus-value évidente par rapport au but proposé, qui est de lutter contre le terrorisme et l'utilisation abusive d'armes.

Considérant l'impact notable sur les autorités compétentes en matière d'armes, les bureaux des armes romands se sont réunis afin de rédiger une prise de position commune que vous trouverez jointe à la présence et auquel je me rallie dans son intégralité.

A noter que malgré les adaptations de la Confédération, les mesures envisagées seront extrêmement contraignantes pour la Suisse et plus particulièrement pour les cantons. La lourdeur administrative induite est inacceptable. Le canton de Neuchâtel estime que le bureau des armes de la police neuchâteloise devra idéalement s'étoffer de 5 EPT pour assurer les nouvelles charges.

En vous remerciant de nous avoir associés à la procédure de consultation, je vous prie de d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Alain Ribaux


Conseiller d'Etat

Annexe : ment.

Consultation fédérale

Approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes; (Développement de l'acquis de Schengen)

1. Commentaire général

Il convient de saluer l'effort de la Confédération pour limiter au maximum les adaptations de la LArm et maintenir à un niveau réaliste les nouvelles tâches à accomplir par les cantons.

A cet égard, les mesures écartées (rapport explicatif, ch. 4.1 pp. 9 et 10) sont effectivement inutiles et se seraient révélées inapplicables en pratique.

D'une manière générale, on relèvera que les mesures supplémentaires découlant de la directive européenne n'apportent aucune plus-value évidente par rapport au but proposé, qui est de lutter contre le terrorisme et l'utilisation abusive d'armes.

En particulier, le contrôle de l'inscription dans une société de tir pose problème (cf. commentaire ad 28d ci-dessous).

Le GT Armes romand propose ici quelques mesures de simplification administrative supplémentaires.

2. Commentaire par articles

Art. 5

Al. 1 litt. a et b : sans changement par rapport au texte actuel.

Al. 1 litt. c

Il est entendu que les armes de poing en soi ne sont pas concernées, mais seulement les chargeurs.

Ce système paraît viable pour les transactions par l'intermédiaire d'un titulaire de patente de commerce d'armes. En revanche, il présente une difficulté s'agissant de la vente entre particuliers au moyen d'un permis d'acquisition d'armes (PAA) : il est à prévoir que les parties n'identifieront pas couramment la capacité du chargeur.

Principalement :

Modification proposée :

« c. de chargeurs de grandes capacité au sens de l'art. 4 al. 2bis. »

Subsidiairement :

Il s'agirait d'adapter la formule de demande de PAA pour la rendre mixte : « PAA ou autorisation exceptionnelle », avec notamment l'indication à fournir par le

demandeur de la capacité des chargeurs. En d'autres termes, c'est à l'autorité de définir quelle autorisation (PAA ou exceptionnelle) est requise, sur la base des indications que le demandeur fournit. Pour cela, il faut une formule générale, à remplir par le demandeur, sur laquelle la mention des précisions utiles est prévue. Ici : « capacité du chargeur = ... ». Dans ce cas, l'émolument, qui est aujourd'hui couramment payé d'avance dans la plupart des cantons, devra aussi être unifié pour éviter des mouvements financiers, complexes et coûteux, postérieurs à la définition du type d'autorisation à retenir.

Al. 1 litt. d

Il appartiendra au vendeur des crosses en question d'informer l'acquéreur sur la longueur à respecter pour déterminer le type d'autorisation. Devra être prévue une information aux titulaires de patente de commerce d'armes.

Al. 1 litt. e et f : sans changement.

Al. 2 litt. d = art. 5 al. 1 litt. g actuel, sans changement.

Al. 4 et 5 = actuel art. 5 al. 3 litt. c, sans changement.

Al. 6 = art. 5 al. 4 actuel, sans changement.

Al. 7 = art. 5 al. 5 actuel, sans changement.

Suppression de l'al. 6 actuel de l'art 5 (exception en faveur des armes d'ordonnance suisses) : cette exception aurait dû être maintenue. Sa suppression causera de vastes problèmes de gestion, en raison du nombre extrêmement élevé de telles armes actuellement détenues légalement en Suisse. Voir ci-dessous ad art. 28d al. 4.

Art. 11

Al. 2 litt. 2 : pas de remarques.

Al. 3 : sans commentaire.

Art. 15

Al. 1 : Cette disposition signifie que quelqu'un ayant obtenu formellement un PAA peut, pour l'arme ayant fait l'objet de ce PAA, acheter ensuite les objets énumérés ici. Mais il faut préciser que, pour les chargeurs, la personne en question doit ensuite, en plus de ce PAA existant, demander l'autorisation exceptionnelle.

Proposition :

« ¹ Seules les personnes autorisées à acquérir une arme peuvent acquérir des munitions et des éléments de munition.

² Elles peuvent également acquérir des chargeurs de grande capacité mais doivent, à cette fin, obtenir en sus l'autorisation prévue à l'art. 5 al. 6. »

Art. 16a

Proposition d'al. 2 : « Les dispositions concernant le séquestre et la confiscation d'armes sont réservées. »

A défaut, des personnes dangereuses en possession de ces objets pourraient s'estimer à tort, par la seule lecture du texte brut de l'art. 16a, légitimées à les conserver sur la base de cet article.

Art. 18a

Al. 1 : sans commentaire.

Art. 19

Al. 1 = art. 19 al. 1 actuel.

Al. 2 : sans commentaire.

Al. 3 = art. 19 al. 2 actuel.

Al. 4 = art. 19 al. 3 actuel.

Art. 21

Al. 1 = texte actuel, avec ajout des chargeurs.

Al. 1bis : à mettre en relation avec l'art. 9c LArm, qui prévoit un délai de 30 jours. Cette nouvelle disposition signifie, à la lettre, qu'un délai plus bref (10 jours) serait prévu quand l'arme est acquise par un acquéreur suisse auprès d'un titulaire de patente de commerce d'armes. On peut se poser la question de l'utilité d'une telle distinction, qui n'apparaît pas évidente.

Le mode de transmission (électronique) importe peu à cet égard, du moment que le délai est respecté, et n'a pas à être précisé dans un texte de rang légal au sens formel. Il paraît à cet égard absurde d'obliger un commerçant, par exemple, à scanner et à envoyer par e-mail un document par ailleurs immédiatement disponible sous forme papier. En outre, l'autorité récipiendaire devra de toute manière contrôler les données transmises par le titulaire de patente et les confirmer ou les saisir ensuite elle-même dans ses propres bases de données, qui sont aujourd'hui en principe toujours électroniques. Imposer aux commerçants un investissement en développement informatique, par essence lourd, paraît par ailleurs disproportionné en regard de la plus-value toute relative apportée par cette exigence.

Al. 1ter : norme sans portée réelle. De fait, cela existe déjà au sein des polices cantonales.

Art. 28b

Cette disposition correspond au texte actuel.

Art. 28c

Al. 2 litt. a : de fait, il est peu probable qu'une de ces activités justifie la détention de telles armes (ultima ratio).

Art. 28d

Al. 1 : sans commentaire.

Al. 2 : « régulièrement » = en principe deux fois par an au minimum. A préciser, comme exemple, dans le rapport explicatif.

Al. 3 :

- Même remarque qu'à l'al. 2, pour « régulier ».
- Cela signifie deux contrôles ultérieurs au maximum (aucun contrôle ne sera plus opéré ensuite, p. ex. à 15 ans).
- Vu le très grand nombre de cas concernés, l'autorité n'aura pas la possibilité de procéder systématiquement aux relances nécessaires auprès des particuliers. Une solution pourrait donc consister à responsabiliser les sociétés de tir. Quoi qu'il en soit, le suivi intégral de cette exigence paraît pour le moins aléatoire, voire utopique.

Al. 4 :

Il convient de distinguer ici la remise de l'arme militaire au militaire en fin de service, d'une part, et d'autre part le changement ultérieur de détenteur d'anciennes armes d'ordonnances suisses en général.

- La remise de l'arme à une personne à la fin de ses obligations militaires est réglée par le droit militaire et la LArm ne s'y applique pas. A cet égard, il est souhaitable qu'un militaire qui désire acquérir son arme à la fin des obligations militaires continue à devoir respecter la procédure actuelle prévue par le droit militaire et, sous réserve du respect de celle-ci, obtienne au final l'arme privatisée sur la base d'un simple permis d'acquisition.
- Nombre d'anciennes armes d'ordonnance suisses ont été privatisées à l'origine, selon la procédure militaire, mais ne se trouvent plus forcément, depuis, en possession de celui dont elles étaient l'arme d'ordonnance. Cette circonstance est au demeurant impossible à déterminer aisément de cas en cas. Par mesure de simplification, il paraît donc opportun d'exempter ces armes d'ordonnance suisse, anciennes, du régime de l'autorisation exceptionnelle, comme le fait l'art. 5 al. 6 actuel. Toutes les armes d'ordonnance suisses devraient donc être mises au bénéfice de la dérogation prévue par le projet à l'al. 4 de l'art. 28d. A défaut, il est à prévoir que la vérification des conditions prévues aux al. 2 et 3 deviendra ingérable.

Rédaction proposée pour l'art. 28d al. 4 :

"⁴ Sous réserve du respect des dispositions prévues à ce sujet par le droit militaire, les al. 2 et 3 ne s'appliquent pas à la conservation en toute propriété de l'arme d'ordonnance à la fin des obligations militaires. Les al. 2 et 3 ne s'appliquent pas non plus aux transactions portant sur des armes d'ordonnance suisses privatisées."

Il s'agit quoi qu'il en soit de prévoir, dans l'ordonnance, un émolument maintenu à fr. 50.-, pour ne pas prêter les sociétés de tir.

Art. 28e

Cette précision est bienvenue. Cela se pratique de fait déjà aujourd'hui. En relation avec cette disposition, il est proposé de compléter l'art. 27 al. 4 litt. b LArm : « ...historiques ou dans le cadre d'événements culturels. Sont réservées les décisions cantonales ou communales en matière de manifestations ou spectacles. » En effet, il n'est pas toujours aisé de déterminer si les personnages ou événements décrits dans une pièce de théâtre ou dans un film de cinéma sont historiques ou non et, de ce fait, ces cas sont mis au bénéfice, par analogie, de l'exception prévue par la LArm. Cependant, il convient aussi de réserver

expressément ici la compétence du canton et des communes dans le cadre de l'autorisation ou de l'interdiction de certaines manifestations ou spectacles.

Art. 31

Al. 1 litt. f : sans commentaire.

Al. 2 : sans commentaire (= texte actuel adapté).

Al. 2bis :

- Proposition : « Si l'autorité saisit ou constate la possession des chargeurs ... ».
- En fonction du contexte, une saisie ne s'avérera en effet pas toujours opportune.
- Il serait incitatif de pouvoir dispenser la personne de l'émolument dans ce cas.

Al. 3 : sans commentaire.

Il est proposé ici l'introduction d'une disposition supplémentaire, qui autorise les autorités compétentes en matière d'armes à communiquer aux responsables de stands de tir l'identité des personnes se trouvant sous le coup d'un séquestre d'armes ou d'un refus d'acquisition d'armes, c'est-à-dire ne remplissant pas les conditions de l'art. 8 LArm liées à la dangerosité. En effet, on constate parfois que ces personnes continuent néanmoins, de manière par ailleurs illicite, à fréquenter des stands de tir et à y faire usage d'armes. Or l'autorité compétente ne dispose à l'heure actuelle pas d'une base légale permettant expressément de faire ce type de communication. Elle ne peut y procéder que sur la base de la légitime défense d'autrui (art. 15 CP), ce qui est pour le moins inadéquat. Il en va de même s'agissant de communiquer ces éléments aux titulaires de patentes de commerce d'armes, pour éviter que des personnes dangereuses continuent d'aller acquérir des armes.

Une telle communication n'interviendrait que de manière sporadique, en fonction des cas, ce qui accentue sa conformité au principe de proportionnalité du point de vue de la protection des données. Les autorités cantonales d'application de la LArm détermineront également si les informations seront transmises à tous les stands de tir ou uniquement au(x) stand(s) de tir dans le(s)quel(s) la personne concernée s'entraîne, en fonction des informations connues de l'autorité.

Parallèlement, il faudra également déterminer s'il découle ou non de cette transmission une obligation pour les stands de tir de tenir une liste des personnes faisant l'objet d'un séquestre d'armes ou d'un refus d'acquisition d'armes et de vérifier que les personnes pratiquant dans leur stand ne le font pas de manière illicite (notamment en cas de nouvel utilisateur). Il sera nécessaire d'informer les responsables des stands de tir recevant ces données personnelles qu'elles doivent être rendues accessibles à un minimum de collaborateurs, qu'elles doivent être utilisées uniquement dans le but prévu par la loi, qu'elles ne doivent en aucun cas être divulguées et qu'elles doivent être détruites dès qu'elles ne sont plus utiles. Les informations transmises devront par ailleurs être mises à jour régulièrement conformément au principe d'exactitude.

Les personnes concernées devront également être informées de la transmission, à moins qu'il soit expressément prévu dans la loi que tel ne sera pas le cas.

Art. 32a et art. 32b : sans commentaire.

Art. 32c al. 3bis

Le droit européen ne semble pas imposer une transmission des données par le biais d'une procédure automatisée. Il pourrait être préférable, comme le

mentionne le rapport explicatif (p. 14), que l'Office central des armes puisse se déterminer sur chaque demande émanant d'autres Etats Schengen et, le cas échéant, qu'il obtienne du canton concerné des clarifications supplémentaires. Cela permettrait notamment de s'assurer de l'exactitude des données transmises à d'autres Etats.

Art. 42b

Sans commentaire.



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

A-POST

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 19. Dezember 2017

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 29. September 2017 eingeladen zu oben genannter Vorlage Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Mitwirkung und lassen uns gerne wie folgt vernehmen.

Wir erachten das Verhandlungsergebnis der Schweizer Delegation für die Sammler, Museen und Sportschützen sowie hinsichtlich der Übernahme der Ordonnanzwaffe nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst als eindeutig zu wenig weitreichend. Diese Bestimmungen berücksichtigen die nationalen Besonderheiten und Traditionen des Wehr- und Schiesswesens zu wenig. Obwohl für materielle Änderungsvorschläge offenbar nur wenig Platz ist, erwartet der Regierungsrat, dass ehemalige Angehörige der Schweizer Armee analog der heutigen schweizerischen Gesetzgebung ihre Ordonnanzwaffe, ohne zusätzliche Auflagen im Sinne der EU-Waffenrichtlinie, übernehmen und behalten dürfen.

Die vorgesehene Umsetzung der neuen Bestimmungen (insbesondere die 5-jährliche Überprüfung der Waffenbesitzer mittels medizinischen und psychologischen Kriterien), würde zu einem grossen personellen Mehraufwand bei den Kantonen führen – im Kanton Nidwalden müssten wir mit mindestens einer Vollzeitstelle rechnen. Obwohl kein nationales Bedürfnis diese Gesetzesänderung ausgelöst hat, erachten wir die Vorlage als unglücklich und lehnen sie somit ab. Sofern der Vorentwurf trotzdem unverändert bleibt, erwarten wir, dass der Bund die Kantone bei einer pragmatischen Umsetzung der Bestimmungen unterstützt.

Wir danken Ihnen, wenn Sie diese Überlegungen bei Ihren weiteren Arbeiten berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Yvonne von Deschwanden
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- stab-rd@fedpol.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement

per Mail:
stab-rd@fedpol.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.2998

Sarnen, 11. Dezember 2017

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit der Stellungnahme zum Vorentwurf zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie danken wir Ihnen.

Das Recht auf den Erwerb von Waffen – auch halbautomatischen – wird von grossen Teilen der Bevölkerung als Ausdruck staatsbürgerlicher Mündigkeit verstanden. Dieses Recht widerspiegelt das traditionelle Verhältnis zwischen Staat und Bürger in der Schweiz. Indem der Staat nachweisen muss, dass der Bürger schuldig ist und nicht der Bürger dem Staat zu beweisen hat, dass er unschuldig ist –, wird ein Vertrauensbeweis erbracht. Diesem Umstand wird im vorliegenden Entwurf der Änderung des Waffengesetzes vom 20. Juni 1997 zu wenig Rechnung getragen.

Die vorgeschlagenen Änderungen des Waffengesetzes zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie 2017/853 sind insgesamt nicht praxistauglich und dienen damit auch nicht der angestrebten höheren Sicherheit. Zudem würde die Umsetzung bei den Kantonen zu einem erheblichen administrativen Aufwand führen. Wir lehnen die Änderungen in der vorgeschlagenen Form ab und die Vorlage ist nochmals zu überarbeiten.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Maya Büchi-Kaiser
Landammann



Dr. Stefan Hossli
Landschreiber



Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 22. Dezember 2017

**Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 29. September 2017 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Vorentwurf zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) ein.

Die Einbindung der Schweiz in die Schengen-Zusammenarbeit ist namentlich für die Polizeioperation der Schweiz mit den europäischen Partnerbehörden und damit für die innere Sicherheit der Schweiz unentbehrlich. Die Beendigung des Schengen-Assoziierungsabkommens hätte auch erhebliche volkswirtschaftliche Folgen, zumal die Schweiz damit zu einer Schengen-Aussengrenze mit entsprechend verschärften Grenzkontrollen der Nachbarstaaten (übrigens auch des Fürstentums Liechtenstein) würde. Der Kanton St.Gallen als Grenzkanton wäre davon überdurchschnittlich betroffen. Beim Wegfall der Dublin-Zusammenarbeit könnte die Schweiz insbesondere nicht verhindern, dass Asylsuchende mit einem hängigen oder abgewiesenen Asylgesuch in anderen europäischen Staaten in der Schweiz erneut ein Asylgesuch stellten, was zu einem Anstieg der Anzahl nationaler Asylverfahren und einem erheblichen Mehraufwand bei der Durchführung der Verfahren auch für die Kantone und Gemeinden führen würde. Die Regierung des Kantons St.Gallen unterstützt daher bei der Umsetzung der geänderten EU-Waffenrichtlinie im Grundsatz die Ausnützung des rechtlichen Spielraums zugunsten eines liberalen Waffenrechts, soweit die internationale Zusammenarbeit von Schengen und Dublin nicht gefährdet wird.

Die Heimabgabe der persönlichen Waffe während der Zeit der Einteilung in der Armee stellt einen wesentlichen Bestandteil des Schweizer Milizwesens dar. Zum Verständnis unseres Milizwesens gehört auch die Entscheidung darüber, ob man die Ordonnanzwaffe



nach der Entlassung aus der Armee behalten kann, und zwar ohne Einschränkung. Darüber hinaus wird das Recht auf den Erwerb von Waffen von grossen Teilen der Bevölkerung als Ausdruck persönlicher Freiheit und staatsbürgerlicher Mündigkeit verstanden. Dieses Recht widerspiegelt das traditionelle Verhältnis zwischen Staat und Bürger in der Schweiz. Diesem Umstand wird im vorliegenden Vorentwurf zu wenig Rechnung getragen.

Es besteht schon heute eine enge Verknüpfung von auf der Jagd eingesetzten Waffenteilen, die nicht nur jagdrechtlich, sondern auch waffenrechtlich geregelt sind. Von der Umsetzung der geänderten Waffenrichtlinie werden auch die eidgenössische Jagdverordnung (SR 922.0) und als Folge in der Umsetzung auch die Kantone in ihrer Bewilligungspraxis betroffen sein. Dies könnte eine weitere Einschränkung oder zunehmende Administration für die kantonalen Jagd- und Waffenbehörden bedeuten. Die Umsetzung der geänderten Waffenrichtlinie darf nicht dazu führen, dass den (kantonalen) Jagdbehörden der Handlungsspielraum für jagdrechtliche Ausnahmebewilligungen genommen wird. Wir regen daher an, die Änderungen hinsichtlich der jagdrechtlichen Konsequenzen zu überprüfen.

Abschliessend weisen wir zudem darauf hin, dass der Gesetzesentwurf des Bundesrates zu einem beträchtlichen Mehraufwand bei den Kantonen (kantonale Waffenbüros) führen wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Fredy Fässler
Präsident



Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
stab-rd@fedpol.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail:
stab-rd@fedpol.admin.ch

Schaffhausen, 5. Dezember 2017

**Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG
betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenricht-
linie; Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegen-
heit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen befürwortet die Übernahme der EU-Richtlinie
2017/853. Bisher überwiegen die Vorzüge der Mitgliedschaft im Schengen-Assoziierungsab-
kommen gegenüber dem Nachteil einer automatischen Übernahme der Weiterentwicklungen
des Schengen-Besitzstandes.

Das Kernstück der EU-Richtlinie 2017/853 besteht im Erwerbsverbot halbautomatischer Waffen.
Wir sind daher damit einverstanden, dass der Erwerb der sogenannten «verbotenen» Feuer-
waffen gemäss der vorgesehenen Änderung des Waffengesetzes vom 20. Juni 1997 in der
Schweiz künftig nur noch in abschliessend umschriebenen Fällen zulässig sein soll und können
der Umkategorisierung von bisher «genehmigungspflichtigen» Waffen zu «verbotenen» Waffen
(automatische Feuerwaffen, die zu halbautomatischen Feuerwaffen umgebaut wurden sowie
gewisse weitere halbautomatische Faust- und Handfeuerwaffen) folgen. Ansonsten ersuchen
wir jedoch darum, die EU-Richtlinie im nationalen Recht möglichst pragmatisch umzusetzen. Die
vorgesehene Umsetzung würde im Kanton Schaffhausen einen Mehraufwand von schätzungs-

weise 50'000 Franken pro Jahr verursachen. Insbesondere generieren die Erteilung der erforderlichen Ausnahmegewilligungen wie auch die periodischen Kontrollen der Ausübung des regelmässigen Schiesssportes in einem Schiessverein massive Mehraufwände. In diesem Sinne ersuchen wir Sie um eine Überarbeitung der vorgeschlagenen Änderung des Waffengesetzes.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Rosmarie Widmer Gysel".

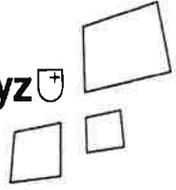
Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Dr. Stefan Bilger".

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat des Kantons Schwyz

kantonschwyz 6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD

elektronisch an: stab-rd@fedpol.admin.ch

Schwyz, 5. Dezember 2017

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantonsregierungen ein, zur oberwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 5. Januar 2018 Stellung zu nehmen. Überdies ersucht das EJPD um eine Einschätzung, wie hoch der zusätzliche Ressourcenbedarf wäre, welcher mit der Umsetzung der geänderten Waffenrichtlinie und den damit verbundenen neuen Aufgaben auf die Stände zukäme.

1. Ausgangslage

Beeinflusst durch die Pariser Terroranschläge vom 13. November 2015 sowie basierend auf die bereits vorbereiteten Reformanliegen legte die Europäische Kommission am 18. November 2015 einen Vorschlag für eine Anpassung der geltenden EU-Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen [EU-Waffenrichtlinie, EUR-Lex 31991L0477]) vor. Dieser wurde in der Folge in verschiedenen Gremien und Institutionen der Europäischen Union (EU) diskutiert und teilweise überarbeitet. Am 17. Mai 2017 haben das Europäische Parlament und der Rat der EU die Richtlinie (EU) 2017/853 (EU-Richtlinie, EUR-Lex 32017L0853) zur Änderung EU-Waffenrichtlinie verabschiedet und der Schweiz am 31. Mai 2017 als Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands notifiziert.

Im Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der EU und der Europäischen Gemeinschaft (EG) über die Assoziierung der Schweiz bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands vom 26. Oktober 2004 (Schengener-Assoziierungsabkommen, SAA, SR 0.362.31) hat sich die Schweiz verpflichtet, den Schengen-Besitzstand und dessen Weiterentwicklungen grundsätzlich zu übernehmen (Art. 2 Abs. 3 und Art. 7 SAA). Vorliegend handelt es sich

um die 194. Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Gemäss Art. 7 Ziff. 2.b des SAA hat die Schweiz ab Notifikation der Richtlinie durch die EU zwei Jahre Zeit, um das innerstaatliche Genehmigungs- bzw. Gesetzgebungsverfahren abzuschliessen, vorliegend somit bis zum 31. Mai 2019. Für den Fall, dass die Schweiz eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands nicht übernimmt, wird das SAA gemäss dessen Art. 7 Ziff. 4 als beendet angesehen, es sei denn, der Gemischte Ausschuss beschliesse innerhalb von 90 Tagen „nach sorgfältiger Prüfung der Möglichkeiten zur Fortsetzung des Abkommens etwas anderes“. Eine Beendigung des SAAs würde drei Monate nach Ablauf der Frist von 90 Tagen rechtswirksam und auch eine Beendigung der Beteiligung der Schweiz am Dublin-Assoziierungsabkommen (DAA) zur Folge haben (Art. 14 Ziff. 2 des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags, SR 0.142.392.68).

2. Erwägungen

2.1 Sportschützen

Gemäss Ziff. 19 der EU-Richtlinie werden bestimmte halbautomatische Feuerwaffen von der Kategorie B „genehmigungspflichtige Feuerwaffen“ in die Kategorie A „verbotene Feuerwaffen“ verschoben. Damit werden u.a. die Sturmgewehre (Stgw) 57 und 90 offiziell zu verbotenen Waffen. Das geltende Waffengesetz macht bezüglich dieser Feuerwaffen noch eine Ausnahme, indem „zu halbautomatischen Feuerwaffen abgeänderte schweizerische Ordonnanz-Serief Feuerwaffen“ nicht als verbotene Waffen gelten (Art. 5 Abs. 6 des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 20. Juni 1997 [WG, SR 514.54]). Diese Bestimmung soll gemäss Entwurf ersatzlos gestrichen werden. Sportschützen, die mit diesen (verbotenen) Feuerwaffen ihren Sport ausüben wollen – und nicht bereits aufgrund ihrer (ehemaligen) Armeezugehörigkeit im Besitz eines Stgw 57 bzw. 90 sind – müssen eine Ausnahmegewilligung beantragen. Eine solche wird nur erteilt, wenn die gesuchstellende Person einen Waffenerwerbsschein besitzt (Art. 8 WG), Mitglied eines Schiessvereins ist (Art. 28d Abs. 2 Bst. a des Entwurfs zur Änderung des Waffengesetzes [E-WG]) oder auf andere Art nachzuweisen vermag, dass sie ihre Feuerwaffe regelmässig für das sportliche Schiessen nutzen wird (Art. 28d Abs. 2 Bst. b E-WG). Dieser Nachweis ist gegenüber den zuständigen kantonalen Behörden nach fünf bzw. zehn Jahren erneut zu erbringen (Art. 28d Abs. 3 E-WG).

Aus Sicht des Regierungsrates tragen diese neuen Vorschriften in keiner Art und Weise zu mehr Sicherheit bei, was eigentlich Sinn und Zweck der Waffengesetzgebung sein müsste. Vielmehr führen die oberwähnten Bestimmungen auf Seiten des Kantons zu zusätzlichen Kontrollaufgaben und Kosten und für die Sportschützen zu schikanösen Massnahmen. Unklar ist auch, was unter „regelmässig“ (Art. 28d Abs. 2 Bst. b und Abs. 3 E-WG) zu verstehen ist. Allenfalls wird der Bundesrat dies in der Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 2. Juli 2008 (WV, SR 514.541) definieren. Wird eine zu häufige Schiesspflicht verordnet, dürften viele Schützen einem Verein beitreten wollen. Mitglieder eines Schiessvereins sind gesetzlich aber nicht verpflichtet, regelmässig zu schiessen. Die Schützenvereine dürften aber kein Interesse daran haben, Mitglieder aufzunehmen, welche mit dem Beitritt lediglich das Ziel verfolgen, in den Besitz einer Waffe zu kommen. Der Gesetzgeber könnte sich alsdann veranlasst sehen, den Schützenvereinen Melde- und Aufsichtspflichten bezüglich ihrer Mitglieder aufzuerlegen. Was die vorgeschlagene Regelung im Kern bezwecken soll, ist unklar. Sollen Sportschützen einem Verein beitreten und damit eine Ausnahmegewilligung erhalten oder sollen Sportschützen möglichst oft ihre Feuerwaffe zum Schiessen benutzen? Ergänzend sei erwähnt, dass die Schiessstände in der Regel nur für Disziplinen mit Armeewaffen vorgesehen bzw. bewilligt sind. Es stellt sich deshalb die Frage, wie die Ausnahmegewilligung erfüllt werden kann, wenn um die Bewilligung halbautomatischer Gewehre anderer Typen der Kategorie A ersucht wird. Da das schweizerische Recht keine Waffenbesitzkarte kennt, verzichtet der Bundesrat zu Recht darauf, für eine einmal erteilte Bewilligung – namentlich von Waffen der Kategorie B – in regelmäßigen Abständen eine Überprüfung vorzusehen (Bericht Seite 10, „Periodische Überprüfung der Bewilligungsvoraussetzungen“). Darauf ist der Bundesrat zu beharren.

2.2 Sammler und Museen

Art. 28c Abs. 1 E-WG umschreibt die Voraussetzungen zur Erlangung einer Ausnahmegewilligung für die Übertragung, den Erwerb, den Besitz [redaktioneller Hinweis: im Gesetzestext sollte nach „Besitz“ ein „Komma“ eingefügt werden], das Vermitteln an Empfänger im Inland und das Einführen in die Schweiz von verbotenen Feuerwaffen im Sinne von Art. 5 Abs. 1 E-WG. Liegen u.a. achtenswerte Gründe vor (Art. 28c Abs. 1 Bst. a E-WG), namentlich eine Sammlertätigkeit (Art. 28c Abs. 2 Bst. c E-WG), kann eine Ausnahmegewilligung erteilt werden. Art. 28e Abs. 1 E-WG führt für Sammler und Museen ergänzende besondere Voraussetzungen auf. So kann eine Ausnahmegewilligung aus Gründen der Sammlertätigkeit nur erteilt werden, wenn die betroffene Person oder Institution nachweisen können, dass sie angemessene Vorkehrungen zur sicheren Aufbewahrung der Sammlung getroffen haben. Ergänzend dazu müssen diese darlegen, welchen Zweck sie mit der Sammlung verfolgen (Art. 28e Abs. 2 Bst. a E-WG) und ein Verzeichnis führen, das alle in ihrem Besitz befindlichen Feuerwaffen nach Art. 5 Abs. 1 E-WG umfasst und stets aktuell ist (Art. 28e Abs. 2 Bst. b E-WG). Der erläuternde Bericht des Bundesrates spricht bezüglich der Aufbewahrungspflicht gar von einem „Sicherheitskonzept“. Das kantonale Waffenbüro habe sich der Angemessenheit dieser Massnahmen zu überzeugen (Seite 14, Zeile 4/5 zu Artikel 28e).

Der Regierungsrat erachtet diese Massnahmen als nicht angemessen. Wie weit die Behörden im Rahmen der Überprüfung der sicheren Aufbewahrungsart gehen werden, ist unklar. Die gesetzlichen Bestimmungen lassen es beispielsweise zu, vor Ort die privaten Räumlichkeiten zu überprüfen und allenfalls Auflagen zu machen (Einbau einer Alarmanlage, bauliche Massnahmen zum Einbruchschutz etc.). Museen erfüllen überdies diese Voraussetzungen auch ohne staatliche Kontrolle. Bereits aus versicherungstechnischen Überlegungen gäben solche Institutionen kaum Anlass zur Beanstandung. Offenbar zielt die Vorlage hier darauf ab, „kleine“ Sammler zu vergrämen und zu schikaniaieren. Art. 26 Abs. 1 WG bestimmt bereits, dass Waffen, wesentliche Waffenbestandteile, Waffenzubehör, Munition und Munitionsbestandteile sorgfältig aufzubewahren und vor dem Zugriff unberechtigter Dritter zu schützen sind. Diese Bestimmung ist absolut ausreichend. Davon geht im Bericht grundsätzlich auch der Bundesrat aus (Seite 10, letztes Alinea), verstrickt sich mit seinen Ausführungen zu Artikel 28e jedoch in Widersprüche. Unklar ist weiter, welchen Zweck private Sammler als Grund angeben sollten, um ihre Sammlung zu rechtfertigen. Sammlungen sind in der Regel mit der Freude am entsprechende Objekt begründet und erfüllen keinen weiteren Zweck und oft auch kein Sammlerziel, was im Bericht ergänzend dazu gefordert wird (Seite 14, 2. Absatz, 2. Zeile zu Artikel 28e). Der Bericht verlangt an dieser Stelle überdies, dass in der Praxis jeder Sammler zu jeder Feuerwaffe gemäss Art. 5 Abs. 1 E-WG aufzuführen hat, zu welchem Zweck er diese erwerben will. Offenbar reicht es nicht einmal aus, dass ein Sammler seine Sammlung als Ganzes begründet, vielmehr muss er dies Stück für Stück tun. Auch die Pflicht zur Führung eines Verzeichnisses ist nicht nachvollziehbar, nachdem jeder Kanton ein elektronisches Informationssystem über den Erwerb und den Besitz von Feuerwaffen führt (Art. 32a Abs. 2 WG). Was überhaupt einen Sammler ausmacht, dürfte der Bundesrat in der WV regeln. Dies zu definieren dürfte allerdings schwierig sein. Unklar ist weiter, wie verhindert werden kann, dass die Eigenschaft als „Sammler“ missbräuchlich als Erwerbsgrund angegeben wird, damit ein allfälliger Schiessnachweis oder eine Mitgliedschaft in einem Schiessverein hinfällig werden.

2.3 Übergangsbestimmungen/Nachregistrierung

Seit dem 12. Dezember 2008 wird jeder legale Erwerb einer Feuerwaffe von den kantonalen Waffenbüros des Wohnsitzkantons im kantonalen Waffenregister erfasst. Meldepflichtige Waffen wurden im Rahmen der Schengen-Anpassung des Waffenrechts (Bundesblatt, BBl, 2004 7149) innerhalb eines Jahres nach Inkraftsetzung nachregistriert; es bestand eine entsprechende Nachregistrierungspflicht. Art. 42b Abs. 1 E-WG sieht nun – ergänzend zu der oberwähnten Schengen-Anpassung – eine Nachregistrierung für „verbotene Waffen“ vor, wobei Feuerwaffen (oder wesentliche Bestandteile), die vom Inhaber einer Waffenhandelsbewilligung erworben wurden (Art. 42b Abs. 2 Bst. a E-WG)

und Ordonnanzwaffen, die von der Militärverwaltung seinerzeit zu Eigentum abgegeben wurden (Art. 42b Abs. 2 Bst. b E-WG), von einer Nachmeldung ausgenommen sind. Der Regierungsrat lehnt jede Nachregistrierung ab. Besitzer bewilligungspflichtiger Waffen (bzw. aller Feuerwaffen) wollte der Bundesrat bereits im Rahmen des Bundesgesetzes über Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen (BBI 2014 303) zur Nachregistrierung binnen zweier Jahre verpflichtet. Der Nationalrat lehnte dies in der Sondersession 2015 mit 106 zu 84 Stimmen ab (Vorlage 13.109). Die nun vorgeschlagenen Bestimmungen gehen in die gleiche Richtung und sind als untauglich und unnötig abzulehnen. Es erstaunt, dass der Bundesrat erneut eine Vorlage vorlegt, die in dieselbe Richtung geht, nachdem die Mehrheitsverhältnisse im Parlament in dieser Frage heute noch klarer sind als in der letzten Legislatur. Offensichtlich versucht der Bundesrat nun im Rahmen einer Schengener Weiterentwicklung eine Nachregistrierung zu erreichen. Aus Sicht des Regierungsrates sollte das Parlament im Rahmen der Umsetzungsgesetzgebung auf seiner bisherigen Linie bleiben und derzeitige Besitzer von einer Feuerwaffe nach Art. 5 Abs. 1 Bst. b-d E-WG von einer Nachregistrierung befreien. Ein Mehrwert von Nachregistrierungen ist grundsätzlich zu bezweifeln. Der damit verbundene Aufwand ist enorm und der Nutzen in der Praxis bescheiden. Eingetragene Waffen schützen vor Missbrauch nicht. Auch die Polizei darf bei ihren Einsätzen nicht abschliessend auf irgendwelche Einträge in Registern vertrauen, sondern ist jeweils auf alle Situationen vorbereitet. Schliesslich ist auch hinlänglich bekannt, dass Waffen selbstverständlich nicht eingetragen werden, wenn diese für ein geplantes Delikt (illegal) beschafft werden.

3. Kantonaler Ressourcenbedarf

Hinsichtlich des Ressourcenbedarfs ist zwischen einmaligen und wiederkehrenden Aufwendungen zu unterscheiden. Für die Nachregistrierung von Feuerwaffen nach Art. 5 Abs. 1 Bst. b-d E-WG innerhalb von zwei Jahren – unter Berücksichtigung von Art. 42b Abs. 2 E-WG – und die Aufwendungen für die Einziehung nicht bewilligter Waffen ist mit einem einmaligen Aufwand von etwa 310 Arbeitstagen (entspricht ungefähr 1.5 Vollzeitstellen während eines Jahres) zu rechnen. Hinsichtlich der wiederkehrenden Aufwendungen fällt ins Gewicht, dass das Waffenrecht (WG und WV) in den vergangenen Jahren in mehreren Schritten abgeändert wurde. Mit jeder Revision wurden die gesetzlichen Bestimmungen detaillierter und unübersichtlicher. Mit der geplanten Umsetzung der EU-Richtlinie werden die Bestimmungen abermals verschärft und verkompliziert. Bestehende Vollzugsprobleme können damit nicht gelöst werden, vielmehr würden die neuen Bewilligungsverfahren und (periodischen) Kontrollpflichten (Art. 28d und e E-WG) und die Zunahme von telefonischen und schriftlichen Verständnisfragen zu zusätzlichen wiederkehrenden Aufwendungen führen. Im Kanton Schwyz müsste der für diese Aufgabe zuständige Dienst „Waffen und Sprengstoffe“ von 1.4 Vollzeitstellen auf 3 Vollzeitstellen ausgebaut werden, was mehr als einer Verdoppelung entspricht.

4. Fazit

Der Regierungsrat lehnt aus den gemachten Überlegungen eine Genehmigung der EU-Richtlinie und eine Anpassung des Waffengesetzes ab. Es ist davon auszugehen, dass der Gemischte Ausschuss nach Abwägung aller Interessen zum Schluss kommen wird, das SAA dennoch fortzusetzen. Die Schweiz mit ihrem Dienstpflichtsystem und der langen Schiesstradition ist ein Sonderfall. Dieser Tatsache wird vorliegend nicht genügend Rechnung getragen. Der Regierungsrat ist überdies überzeugt, dass die vorgesehenen Änderungen des Waffenrechts nicht geeignet sind, terroristische Anschläge zu verhindern. Missbräuche von Waffen lassen sich durch Registrierungen, Schiess- bzw. Vereinspflichten nicht verhindern. Die nächste Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands ist bereits in Arbeit. Bis 14. September 2018 erlässt die Kommission Rechtsakte, um den systematischen Austausch von Informationen auf dem elektronischen Weg zu ergänzen. Neue Vorschriften lösen keine Probleme. Sie bringen vielmehr weitere Unklarheiten und verursachen Kosten, ohne damit einen zusätzlichen Gewinn an Sicherheit zu bewirken.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:


Othmar Reichmuth, Landammann




Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie z.K.:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Polizei fedpol
Direktionsbereich Dienste
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

19. Dezember 2017

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 haben Sie uns eingeladen, zu den Ausführungen im erläuternden Bericht und zum Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellung zu nehmen. Ausserdem bitten Sie um Einschätzung des zusätzlichen Ressourcenbedarfs zur Erfüllung der neuen Aufgaben, welche die Kantone zu übernehmen haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und nehmen wie folgt Stellung:

1. Vorbemerkungen

Die Bekämpfung des Waffenmissbrauchs und die Erhöhung der öffentlichen Sicherheit sind für uns von zentraler Bedeutung. Zur Gewährleistung der Sicherheit trägt auch der automatische Informationsaustausch bei, von dem die Schweiz als Schengenstaat seit 2008 profitiert. Infolgedessen begrüssen wir grundsätzlich die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (nachfolgend Richtlinie). Auch diese Richtlinie ist nicht direkt anwendbar, sondern im nationalen Recht umzusetzen. Es besteht dabei ein vergleichsweise hoher innerstaatlicher Umsetzungsspielraum. Diesen Spielraum gilt es auf pragmatische Weise zu nutzen, denn die vorliegenden Umsetzungsvorschläge überzeugen nicht. Diesbezüglich besteht unseres Erachtens Verbesserungspotential. Gewisse Bestimmungen erweisen sich als unverhältnismässig (vgl. Bemerkung zu Art. 21 Abs. 1^{bis} des Waffengesetzes, nachfolgend WG), andere Regelungen erachten wir als wenig ausgereift (z.B. Art. 28d Abs. 1 WG). Nicht nachvollziehbar ist ausserdem, dass Verpflichtungen, welche einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung des Waffenmissbrauchs leisten würden, fehlen (siehe unter: Zusätzliche Anregungen).

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 5 Absatz 1 Bst. c WG

Unter Berücksichtigung des erheblichen Gefahrenpotentials begrüssen wir das Verbot halbautomatischer Zentralfeuerwaffen ausdrücklich.

Zu Artikel 21 Absatz 1^{bis} WG

Waffenhändler sollen verpflichtet werden, der kantonalen Vollzugsbehörde über Beschaffung, Verkauf oder sonstigen Vertrieb von Waffen (bspw. gewerbsmässiges Verbringen in das schweizerische Staatsgebiet) innerhalb von 10 Tagen elektronisch Meldung zu erstatten. Die kantonale Vollzugsbehörde hat die Meldung anschliessend im kantonalen Waffenregister zu verarbeiten. Diese Meldepflicht führt zu keiner relevanten Zusatzinformation für den Empfänger. Demzufolge ist von der Bestimmung keine Erhöhung der Sicherheit zu erwarten. Regelungen, welche keine Beitrag zum Erreichen des Gesetzeszwecks leisten, sind abzulehnen und daher zu streichen.

Sollte an der Bestimmung dennoch festgehalten werden, ist zumindest die Meldefrist von 10 Tagen auf ein vernünftiges Mass zu erstrecken: Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb nicht die für Privatpersonen geltende Frist von 30 Tagen analog gelten sollte. Ausserdem muss zumindest in den Erläuterungen die Art der elektronischen Meldung konkretisiert werden. Meldungen per E-Mail etwa sind aus zwei Gründen abzulehnen: Erstens ist damit keine Aufwandreduzierung zu erreichen, da die kantonale Vollzugsbehörde die Angaben wie bei einer ordentlichen Meldung per Brief in das kantonale Waffenregister einzutragen hätte. Ausserdem sind E-Mails erfahrungsgemäss anfälliger für fehlerhafte und unvollständige Meldungen, womit entsprechende Nachfragen durch die kantonalen Vollzugsbehörden nötig werden.

Eine elektronische Meldung ist lediglich sinnvoll, wenn die Waffenhändler die nötigen Angaben direkt in das System eintragen können, welches die kantonalen Vollzugsbehörden benutzen. Der erläuternde Bericht deutet ein solches System zwar an, bleibt indessen zu vage. Insbesondere die Finanzierungsfrage ist vorab zwingend zu klären. Wir erachten die Finanzierung einer solchen Schnittstelle als Bundesaufgabe.

Zu Artikel 28d Absatz 1 WG

Die Beschränkung auf die tatsächlich zu diesem Zweck benötigten Feuerwaffen (und weiteren Gegenständen) ist zu begrüssen.

Eine Ausnahmegewilligung soll Sportschützen nur erteilt werden, sofern sie das sportliche Schiessen auch tatsächlich praktizieren (Abs. 2). Als Beleg dient die Mitgliedschaft in einem Schiessverein. Eine solche soll jedoch nicht Pflicht sein. Vielmehr soll der Nachweis der regelmässigen Nutzung für sportliches Schiessen genügen, beispielsweise mittels Bestätigung eines privaten Schiesskellers. Dieser Nachweis sei nicht einmalig, sondern nach fünf und zehn Jahren erneut zu erbringen. In den Erläuterungen fehlen wesentliche Informationen für den Vollzug. So ist festzuhalten, was unter "Regelmässigkeit" zu verstehen ist. Im Sinne der Rechtssicherheit ist auch festzuhalten, ob der Sportschütze den erneuten Nachweis von sich aus zu erbringen hat oder ob die kantonale Vollzugsbehörde ihn aufzufordern hat. Nicht geklärt ist ferner, welche Folgen die Nichterfüllung der Schiesspflicht (etwa bezüglich Einziehung und Entschädigungsanspruch) nach sich zieht. Mit dem jetzigen Personalbestand des kantonalen Waffenbüros wird die Kontrolltätigkeit über das regelmässige Schiessen nicht möglich sein. Der Verwaltungsaufwand zur Kontrolle von Sportschützen ist personal- und kostenintensiv.

Zu Artikel 28e WG

Neu sollen Waffensammler und Museen darzulegen haben, welchen Zweck ihre Sammlung verfolgt. Ausserdem ist der Nachweis angemessener Vorkehrungen zur sicheren Aufbewahrung der Sammlung erforderlich. Der Zweck der Sammlung ist unseres Erachtens nicht wesentlich und diesen darzulegen wird von der Richtlinie auch nicht explizit verlangt. Hingegen ist die zweite Voraussetzung zu begrüssen. Sie bedeutet jedoch einen erheblichen Zusatzaufwand für die kantonalen Vollzugsbehörden. Nach geltendem Recht haben diese einzig die sichere Aufbewahrung von Serief Feuerwaffen periodisch und vor Ort zu überprüfen.

Zu Artikel 31 Absätze 2^{bis} und 2^{ter} WG

Die Einräumung einer dreimonatigen Nachmeldefrist bei Feststellung einer Pflichtverletzung ist zu streichen. Unabhängig von der Frist dürfte die Bestimmung zu einer Zunahme von Beschlagnahmen führen. Dementsprechend wird sich der Aufwand für die kantonalen Vollzugsbehörden erhöhen.

Zu Artikel 32c Absatz 3^{bis} WG

Verweigerungen eines Waffenerwerbsscheins oder einer Ausnahmebewilligung sollen auf Anfrage an andere Schengenstaaten weitergeleitet werden. In den Erläuterungen wird dazu ausgeführt, dass es in der Schweiz selten zu solchen Verweigerungen kommt. Denn Personen, deren Strafregisterauszug Einträge wegen mehrfach begangener Verbrechen oder Vergehen aufweisen, würden – im Wissen um diese Umstände – in der Regel gar kein Gesuch um Erhalt einer Bewilligung einreichen. Dies trifft nach unseren Erfahrungen nicht zu. Vielmehr gehören relevante Einträge im Strafregister zu den häufigsten Verweigerungsgründen. Im Übrigen erscheint uns die Weitergabe solch besonders schützenswerter Personendaten zumindest als heikel.

Zu Artikel 42b WG

Wer bei Inkrafttreten der Änderung bereits im Besitz einer Feuerwaffe nach Artikel 5 Absatz 1 Bst. b - d WG ist, soll den rechtmässigen Besitz dieser Feuerwaffe innerhalb von zwei Jahren von der zuständigen Behörde des Wohnsitzkantons bestätigen lassen. Eine Bestätigung soll nicht erforderlich sein, wenn die Feuerwaffe bereits in einem kantonalen Informationssystem registriert ist. Hingegen unterliegt der Nachregistrierungspflicht, wer die Übernahme einer Feuerwaffe aus den Beständen der Militärverwaltung nicht in seinem Dienstbüchlein eintragen liess. Diese Nachregistrierungspflicht dürfte in der Praxis zu einem Ansturm von Anfragen (insbesondere von Sportschützen) führen. Auch vorliegend sind andere pragmatische Lösungen zu finden.

Zusätzliche Anregungen

Waffen in Privathaushalten sind besser vor dem Zugriff durch Unberechtigte (Kinder, Hausgenossen, bei denen ein Hinderungsgrund vorliegt, Einbrecher etc.) zu schützen. Andere Waffengesetze kennen sachgerechte Verpflichtungen zur Aufbewahrung in klassifizierten Waffenschränken. Das WG ist entsprechend zu ergänzen.

Weshalb grosskalibrige Jagdwaffen ohne Waffenerwerbsschein (WES) erworben werden können, ist unter Berücksichtigung des Missbrauchspotentials nicht nachvollziehbar. Eine widerspruchsfreie Gesetzgebung fordert die Bewilligungspflicht für alle Feuerwaffen.

Mit einem WES sollte bloss eine Feuerwaffe erworben werden dürfen. Die geltende Bestimmung (Art. 16 WV), wonach ein WES zum Erwerb von drei Feuerwaffen berechtigt, ist zu streichen. Ohne Sanktionsmöglichkeiten besteht die Gefahr, dass den Verpflichtungen nicht im gebotenen Mass nachgelebt wird. Wir regen an, sowohl für Private wie auch für Waffenhändler angemessene Sanktionen für die Verletzung von Meldepflichten gesetzlich vorzusehen. Dieselbe Forderung stellen wir für das wiederholte Nichtnachkommen der Schiesspflicht.

Weiterer Klärungsbedarf

Ausserdem regen wir aus Gründen der Rechtssicherheit an, in den Materialien bestimmte Begriffe zu definieren (insb. Hand- und Faustfeuerwaffen, Regelmässigkeit) sowie wichtige Vollzugsfragen zu klären (bspw: Wie kann der Nachweis für die Teilnahme an Schiessanlässen erbracht werden? Sind bei Nichterfüllen der Schiesspflicht alle gleichartigen Feuerwaffen einzuziehen? Wie kann ein bisheriger Waffenbesitzer feststellen, ob seine Waffe bereits registriert ist?).

3. Zusammenfassung - der geschätzte Mehraufwand für die kantonale Vollzugsbehörde

Die Änderungen würden einen erheblichen Mehraufwand für die kantonale Vollzugsbehörde nach sich ziehen. Dabei handelt es sich nicht bloss um einen Initialaufwand, sondern um dauerhaft zu erfüllende Zusatzaufgaben für den Kanton. Dies gilt insbesondere für die folgenden Neuerungen: das vorgesehene Prüfsystem für Sammler und Sportschützen, die periodische Überprüfung der Bewilligungsvoraussetzungen, die ausdrückliche Vorgabe eines Überwachungssystems für die Einhaltung der Voraussetzungen für den Besitz von Feuerwaffen der Kategorie B sowie der erweiterte Katalog für kantonale Ausnahmebewilligungen. Auch der Aufwand für die regelmässig durchzuführenden Waffenhandelskontrollen würde zunehmen (Art. 18a Abs. 1 WG).

In Zeiten knapper Finanzen ist nicht mit dem nötigen Verständnis dafür zu rechnen, zumal die Vorlage heute noch nicht abschätzbare Kosten für technische Beschaffungen nach sich ziehen dürfte.

Wir unterstützen sinnvolle Massnahmen zum Schutz vor missbräuchlicher Verwendung von Waffen, sofern der von den Kantonen zu erbringende zusätzliche Vollzugsaufwand in einem angemessenen und zumutbaren Verhältnis steht. Die EU-Waffenrichtlinie (91/477/EWG) und die Änderungen im eidgenössischen Waffengesetz wären nach dem aktuellen Vorschlag des Bundesrates nur mit der Schaffung eines Kontroll- und Verwaltungsapparates umsetzbar. Im Kanton Solothurn wären die Bestimmungen nicht ohne entsprechende Pensenerhöhung von ca. 100%-150% zu bewältigen. Eine solche Aufstockung, verbunden mit der Beschaffung neuer technischer Mittel, würde in Anbetracht der finanziellen Lage des Kantons Solothurn nur schwer realisierbar sein. Es bedarf daher weiterer Anstrengungen des Bundesrates eine pragmatische Umsetzung mit minimalen administrativen Zusatzaufwendungen zu gewährleisten. Sofern dieser Aufwand, vor allem im personellen Bereich nicht massgeblich reduziert werden kann, erwarten wir finanzielle Leistungen des Bundes, damit wir den Vollzug garantieren können.

Gerne sind wir bereit, bei der Überarbeitung der Vorlage und der Suche nach pragmatischen Lösungen mitzuarbeiten.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Dr. Remo Ankli
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 19. Dezember 2017

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Genehmigung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie sowie der damit verbundenen Revision des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz, WG; SR 514.54) und teilen Ihnen mit, dass wir die Vorlage in der aktuellen Fassung ablehnen.

Zwar unterstützen wir die übergeordneten Zielsetzungen der Vorlage, mit der die Bekämpfung des Waffenmissbrauchs und die Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angestrebt werden soll. Dies gilt ebenso für eine pragmatische Umsetzung des für die Schweiz grundsätzlich verbindlichen Schengen-Rechtsakts. Da es sich bei der angeführten Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands indessen lediglich um eine Richtlinie und damit keinen direkt anwendbaren Rechtsakt handelt, ist der innerstaatliche Umsetzungsspielraum vergleichsweise hoch. Die nun vorgeschlagene Änderung des Waffengesetzes erscheint uns in wesentlichen Punkten als noch nicht ausgereift. Der vorhandene Spielraum wird nicht ausgeschöpft, um die versprochene pragmatische Lösung zu erreichen. Insbesondere sind die hohen administrativen Mehrbelastungen für die Kantone durch den stark erhöhten Verwaltungs- und Kontrollaufwand infolge des Gesetzesentwurfes als unverhältnismässig zu bezeichnen, weshalb die Revisionsvorlage spürbar zu reduzieren ist.

2/8

Im Wesentlichen werden folgende anvisierten neuen Massnahmen einen beträchtlichen und dauerhaften Mehraufwand für die Kantone zur Folge haben und müssen daher eingehend überprüft werden:

- das vorgesehene Prüfsystem für Sammlerinnen und Sammler sowie für Sportschützinnen und -schützen;
- die regelmässige Überprüfung der Bewilligungen;
- die explizite Vorgabe eines Überwachungssystems für die Einhaltung der Voraussetzungen für den Besitz von Feuerwaffen der Kategorie B.

Der erhoffte Gewinn an Sicherheit im Umgang mit Waffen und der dadurch zusätzlich entstehende administrative Aufwand müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Ziel der gesetzlichen Anpassungen soll unter anderem sein, die Zugänglichkeit zu Waffen zu erschweren, deren Verwendung viele Menschenleben fordern kann. Betroffen von den vorgeschlagenen Änderungen werden indessen fast ausschliesslich Personen sein, die aktuell legal im Besitze solcher Waffen sind und somit über einen entsprechenden Zugang verfügen. Dies bedeutet, dass unter anderem auch bereits registrierte Waffen neue Bewilligungen benötigen, was einen grossen und unnötigen administrativen Aufwand verursacht.

Vorsichtig berechnet, würden von dieser neuen Regelung ca. ein Fünftel der 35'500 im Kanton Thurgau registrierten Waffen betroffen sein, da diese gemäss Entwurf verboten wären. Rechnet man mit einem Zeitaufwand von zehn Minuten pro Registraturvorgang, ergäbe dies 600 Stunden oder 71 Arbeitstage. Nicht enthalten in diesen Berechnungen sind die nicht gemeldeten, aber legal in Besitze stehenden Feuerwaffen, die zukünftig verboten wären. Unter Berücksichtigung der Zahl der bis heute hergestellten Ordonnanzwaffen und davon ausgehend, dass die Hälfte der entsprechenden Besitzerinnen und Besitzer ihre Waffen und Magazine nachmelden, muss schweizweit mit 500'000 Registratur- und Bestätigungsvorgängen gerechnet werden. Proportional auf den Kanton Thurgau umgelegt, belief sich der reine Registraturbedarf auf ca. 16'000 Waffen. Wird für einen Registratur- oder Bestätigungsvorgang wiederum ein Zeitfenster von zehn Minuten berechnet, ergäbe dies für die zuständige Stelle einen Aufwand von ca. 2'700 Arbeitsstunden oder 314 Arbeitstagen. Nicht eingerechnet in diesen zehn Minuten sind allfällig notwendige Abklärungen und Überprüfungen, ob eine Meldeerstatterin oder ein Meldeerstatter überhaupt berechtigt ist, Waffen zu besitzen. Ebenfalls nicht einberechnet ist der Zeitaufwand, der notwendig ist, bei negativen Entscheiden die verwaltungsrechtlichen Massnahmen durchzuführen und die Lagerverwaltung von eingezogenen Feuerwaffen sicherzustellen. Der vorliegende Entwurf würde zusammenfassend ausgedrückt zu einem dauerhaften Mehraufwand im Kanton Thurgau von mindestens 25 % führen, was mit entsprechenden Personalaufstockungen verbunden wäre.

3/8

Ein Revisionsbedarf bei den gesetzlichen Vorgaben im Waffenbereich besteht aus unserer Sicht nicht bei den Feuerwaffen oder deren Bestandteilen, sondern bei den Voraussetzungen für den eigentlichen Waffenerwerb. Die Hinderungsgründe gemäss Art. 8 WG sollten daher konkretisiert und ergänzt werden, damit eine präzisere und effektivere Bearbeitung der Gesuche erfolgen kann. Als wirksames Mittel erachten wir zudem auch eine Überarbeitung der Liste der Nationalitäten, die gemäss Art. 12 der Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffenverordnung WV; SR 514.541) vom Waffenerwerb ausgeschlossen sind.

Im Weiteren ist Handlungsbedarf beim Waffenzubehör festzustellen. Dies hauptsächlich im jagdlichen Bereich. So haben sich auch auf diesem Gebiet die Vorgaben geändert, und an einigen Orten besteht mittlerweile die Auflage, die Jagd unter Verwendung von Schalldämpfern durchzuführen. Schalldämpfer sind auch in vielen europäischen Ländern frei erhältlich. Wir schlagen deshalb vor, die Beschaffung von Schalldämpfern mittels Erwerbsschein zu regeln. Dasselbe gilt für Nachtsichtzielgeräte, die vermehrt jagdlich eingesetzt werden. Auch diese sollten nach unserem Dafürhalten mittels Erwerbsschein erworben werden können.

Ungeachtet unserer grundsätzlichen Ablehnung des vorliegenden Entwurfs, gestatten wir uns zu einzelnen Bestimmungen die nachfolgenden Bemerkungen:

Art. 4 Abs. 2^{bis}

Im Zusammenhang mit Ladevorrichtungen mit hoher Kapazität führen die Begriffe „Handfeuerwaffen“ und „Faustfeuerwaffen“ zu Unsicherheiten. Gemäss dem aktuellen Waffenrecht ist nicht abschliessend definiert, was genau Handfeuerwaffen und Faustfeuerwaffen sind. Aus unserer Sicht definiert sich die Gefährlichkeit einer Waffe indes nicht über eine Magazinkapazität, sondern über das Kaliber der Munition, den Typus der verwendeten Munition und über eine allfällige Seriefuermöglichkeit. Seriefuere Waffen benötigen bereits heute eine Ausnahmegewilligung für den Erwerb und unterliegen somit strengeren Vorgaben. Eine Kategorisierung von Ladevorrichtungen im Sinne von Art. 4 Abs. 2^{bis} des Entwurfs macht daher keinen Sinn.

Art. 5 Abs. 1 lit. c

Neu sollen halbautomatische Zentralfeuerwaffen (Faust- und Handfeuerwaffen) verboten sein, wenn sie mit einer Ladevorrichtung (nachstehend als Magazin bezeichnet) mit hoher Kapazität ausgestattet sind.

Magazine sind generell als Verbrauchsartikel zu bezeichnen, da sie im Verlaufe der Lebensdauer einer Waffe unter Umständen mehrfach ersetzt werden müssen. Die Durchsetzung dieser Bestimmung würde zu einem enormen administrativen Aufwand führen.

4/8

Im Weiteren ändert ein gesetzlicher Eingriff, der die Magazine betrifft, nichts am tatsächlichen Vorhandensein der Waffen. Ebenso weisen wir darauf hin, dass Magazine auf einfache Art und Weise gekoppelt werden können. Dies ist zum Beispiel bei Magazinen der Sturmgewehre 90 ohne weitere Hilfsmittel möglich.

Ebenso ist es durchaus möglich und auch vorgesehen, dass Magazine waffentypübergreifend benützt werden können. Konkret bedeutet dies, dass eine Person eine Ausnahmebewilligung z.B. für den Erwerb einer Waffe des Typs „Glock“ mit grossem Magazin beantragen und erhalten kann. Besitzt diese Person nun gleichzeitig andere Waffentypen, könnte sie das grosse Magazin auch für diese Feuerwaffen verwenden. Ein solcher Umstand bzw. Missbrauch kann, selbst wenn die Waffen registriert wären, nicht kontrolliert werden. Ein Missbrauch käme erst im Ereignisfall zutage. Somit erweist sich das eigentliche Ziel dieser Bestimmung als nicht umsetzbar, weshalb sie ersatzlos zu streichen ist.

Art. 5 Abs. 1 lit. d

Art. 5 Abs. 1 lit. d des Entwurfs möchte auch Handfeuerwaffen verbieten, die aufgrund des Schaftes unter 60 cm gekürzt werden können. Dies würde zu ähnlichen Problemen wie bei den Ladevorrichtungen mit hoher Kapazität (vgl. die Bemerkungen zu Art. 4 Abs. 2^{bis}) führen. Schäfte, in welcher Form auch immer, sind heute frei erwerbbar und gelten nicht als eigentliches Waffenzubehör. Es werden auch hier von den Waffenherstellerinnen und -herstellern unterschiedliche Produkte angeboten, die für ein und dieselbe Waffe verwendbar sind. Somit kann auch weiterhin ein Klapp- oder Teleskopschaft frei erworben werden. Verfügt die Käuferin oder der Käufer bereits über eine dazu passende Waffe, kann der Schaft bei Bedarf ohne weiteres montiert werden. Ein Feststellen dieses Umstandes ist wiederum nur im Ereignisfall möglich. Im Weiteren weisen wir darauf hin, dass diese Längenbeschränkung mit der Montage einer entsprechenden Mündungsbremse zur Makulatur wird und nichts an der Waffenart oder der Funktionsweise ändert. Diese Bestimmung ist deshalb ebenfalls zu streichen.

Art. 15 und 16a

Wie bereits zu Art. 4 Abs. 2^{bis} des Entwurfs erwähnt, macht eine Kategorisierung der Ladevorrichtungen keinen Sinn, weil dies ausser einem grossen administrativen Aufwand keinen effektiven Sicherheitsgewinn mit sich bringt.

Art. 18a Abs. 1

Gemäss dem vorgeschlagenen Gesetzestext sollen Herstellerinnen und Hersteller von Feuerwaffen deren wesentliche Bestandteile und deren Zubehör einzeln und unterschiedlich markieren. Eine solche Regelung macht aus unserer Sicht keinen Sinn und erschwert das korrekte Registrieren ungemein. Eine Feuerwaffe und deren Bestandteile

5/8

sollten jeweils nur mit einer identischen Nummer versehen werden. In der Praxis zeigt sich, dass bereits durch den Umstand, wonach bei Waffenimporten sogenannte Importmarkierungen angebracht werden müssen, für die Waffenbesitzerin oder den Waffenbesitzer nicht mehr klar erkennbar ist, welches die effektive Waffennummer ist. Dies kann zu Fehlern in der Registratur und bei Dokumenten führen. Als Folge davon ergeben sich Rechercheprobleme und Schwierigkeiten bei den Kontrollen sowie Unstimmigkeiten bei Ausschreibungen und Fahndungen.

Art. 21 Abs. 1^{bis}

Waffenhändlerinnen und -händler sollen verpflichtet werden, der zuständigen kantonalen Behörde über Beschaffung, Verkauf oder sonstigen Vertrieb von Waffen usw. innerhalb von zehn Tagen elektronisch Meldung zu erstatten. Die kantonalen Waffenbüros müssten diese Meldungen in ihren Waffenregistern verarbeiten. Aus den Erläuterungen auf S. 13 geht hervor, dass unter sonstigem Vertrieb auch die gewerbsmässige Verbringung ins schweizerische Staatsgebiet fällt.

Diese Regelung erachten wir als unverhältnismässig. Waffenhändlerinnen und -händler sind bereits gemäss geltendem Waffengesetz verpflichtet, Übertragungen zwischen den Waffenhandelsgeschäften der Behörde zu melden. Der Verkauf einer Waffe wird somit bereits heute durch die Waffenhändlerin oder den Waffenhändler der Behörde gemeldet. Die Einfuhren aus dem Ausland werden zudem durch die zuständige Bundesbehörde in der Waffeninformationsplattform ARMADA erfasst. Nach der vorgeschlagenen Regelung müssten die Waffenhandelsbetriebe die Einfuhren auch noch dem kantonalen Waffenbüro melden, welches wiederum die entsprechenden Meldungen im Waffenregister erfassen müsste. Im Endergebnis würde die exzessive Registrierung auf kantonaler Ebene quasi der Buchführungspflicht der Waffenhändlerinnen und -händler entsprechen, da alle Waffenvorgänge gemeldet werden müssten. Dieser Aufwand ist unverhältnismässig und den kantonalen Waffenbüros nicht zumutbar.

Mit der Änderung des Waffengesetzes ist vielmehr sicherzustellen, dass keine Meldungen mehr in Papierform möglich sind. Um den Aufwand für die Kantone zu minimieren, ist eine Verpflichtung der Waffenhändlerinnen und -händler unerlässlich, ein vom Bund finanziertes und zur Verfügung gestelltes elektronisches Erfassungssystem zu verwenden, das mit den relevanten behördlichen Systemen verlinkt ist. In den Erläuterungen auf S. 13 wird ein solches System zwar angedeutet, aber noch nicht hinreichend konkretisiert.

Art. 28b Abs. 2

Als achtenswerter Grund wird in Art. 28b Abs. 2 lit. d des Entwurfs die Sammlertätigkeit angegeben. Es wird jedoch nicht definiert, was eine Sammlerin oder einen Sammler

6/8

genau ausmacht. Kann eine solche Person ohne bereits Waffen zu besitzen mit einem Erwerb von ausnahmebewilligungspflichtigen Waffen starten? Benötigt eine solche Person spezielle Fachkenntnisse? Aus unserer Sicht ist dieser Begriff daher zu präzisieren.

Art. 28d

Gemäss Art. 28d Abs. 1 des Entwurfs soll die Erteilung von Ausnahmebewilligungen im Hinblick auf das sportliche Schiesswesen auf Feuerwaffen und wesentliche Waffenbestandteile nach Art. 5 Abs. 1 lit. b und c des Entwurfs sowie auf besonders konstruierte Bestandteile und Waffenzubehör beschränkt werden, die für diesen Zweck tatsächlich benötigt werden. Mit diesem Vorschlag wird nicht berücksichtigt, dass Sportschützinnen und Sportschützen aus unterschiedlichen Gründen die Schiessdisziplin wechseln können oder müssen. Dabei ist es durchaus möglich, dass die von der Ausnahmebewilligung betroffene Waffe nicht mehr benutzt wird. Muss nun eine solche Waffe bei einem Disziplinenwechsel abgegeben werden oder nicht?

Gemäss dem vorgesehenen Gesetzestext ist ein Nachweis nur zehn Jahre lang notwendig. Eine Kontrolle über die effektive Verwendung und Nutzung durch die Besitzerin oder den Besitzer ist somit verunmöglicht, und eine Feststellung von Missbräuchen ist auch in solchen Fällen nur möglich, wenn ein Ereignis stattfindet.

Ausnahmebewilligungen können gemäss Art. 28d Abs. 2 des Entwurfs unter anderem an Mitglieder von Schiessvereinen erteilt werden. Diesbezüglich gestatten wir uns den Hinweis, dass gemäss Art. 23 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV; SR 101) niemand gezwungen werden kann, einer Vereinigung beizutreten oder anzugehören. Zusätzlich stellt sich bei dieser Bestimmung die Frage, was das sportliche Schiessen überhaupt umfasst. Der mit dieser Regelung verbundene Aufwand übersteigt einen allfälligen Nutzen. Ausserdem würde die Einführung der regelmässigen Kontrolle eine EDV-Lösung erfordern mit der Möglichkeit der Benennung der einzelnen Schützinnen und Schützen. Zudem ergeben sich zu viele Umsetzungsfragen.

Der Nachweis der Vereinsmitgliedschaft und des regelmässigen Schiessens nach Art. 28d Abs. 3 des Entwurfs ist gegenüber der zuständigen Behörde nach fünf und zehn Jahren erneut zu erbringen. Die Frage stellt sich dabei, wie es danach aussieht. Wird ein Nachweis anschliessend hinfällig bzw. die Berechtigung als gegeben betrachtet?

Gemäss Art. 28d Abs. 4 des Entwurfs sollen die Abs. 2 und 3 nicht für die Übernahme der Ordonnanzwaffe zu Eigentum beim Ausscheiden aus der Armee gelten. Gemäss dem vorliegenden Gesetzestext trifft dies aber nur für Sportschützinnen und –schützen zu, die dies effektiv belegen können. Für diese ist ein Erwerb weiterhin mittels Waffenwerbsschein möglich. Andere Personen, die aus der Armee ausscheiden, benötigen

7/8

demnach nach Art. 5 Abs. 1 lit. b des Entwurfs eine entsprechende Ausnahmegewilligung.

Art. 28e

Aus unserer Sicht ist Art. 28e des Entwurfs überflüssig und daher ersatzlos zu streichen.

Sowohl Sammlerinnen und Sammler wie auch Museen treffen bereits heute aus eigenem Interesse geeignete Massnahmen, um eine sichere Aufbewahrung der Waffen zu garantieren; dies nicht zuletzt auch aus versicherungstechnischen Gründen.

Ebenso muss bereits heute bei der Gesuchseingabe für den Erwerb von entsprechenden Waffen angegeben werden, aus welchem Grund die Sammeltätigkeit aufgenommen wird. Hierbei wären allerdings, wie zu Art. 28b Abs. 2 bereits angemerkt, Hinweise hilfreich, was eine Sammeltätigkeit genau ausmacht.

Ein Führen eines Verzeichnisses durch die Waffenbesitzerin oder den Waffenbesitzer ist in der Regel automatisch gegeben. Im Weiteren führt die zuständige Behörde aufgrund der erteilten Bewilligungen bereits ein aktuelles Verzeichnis. Somit entfällt der Bedarf für eine zusätzliche gesetzliche Regelung.

Auch der unter Art. 28e Abs. 2 lit. c des Entwurfs aufgeführte Umstand, dass eine Waffenbesitzerin oder ein Waffenbesitzer ein allfälliges Verzeichnis jederzeit vorweisen kann, ist nicht massgebend. Bei der Bewilligungserteilung wird mittels Auflagen geregelt, dass die Waffen jederzeit durch die zuständige Behörde kontrolliert werden können.

Art. 31

Da aus unserer Sicht die Kategorisierung von Ladevorrichtungen, wie zu Art. 4 Abs. 2^{bis} des Entwurfs angemerkt, keinen Sinn macht, sind Art. 31 Abs. 1 lit. f sowie Art. 31 Abs. 2 ersatzlos zu streichen.

Aufgrund unserer Ausführungen zu Art. 5 Abs. 1 lit. c und d des Entwurfs fallen solche Waffen aus dem Beschlagnahmehbereich. Der Verweis auf Art. 5 Abs. 1 lit. c und d ist somit in Art 31 Abs. 2^{bis} ersatzlos zu streichen.

Sollte das EU-Waffenrecht in der vorliegenden Form übernommen werden, hätte eine Besitzerin oder ein Besitzer gemäss Art. 42b Abs. 1 und 2 des Entwurfs den rechtmässigen Besitz von Feuerwaffen nach Art. 5 Abs. 1 lit. b - d innerhalb von zwei Jahren von der zuständigen Behörde des Wohnsitzkantons bestätigen zu lassen. Keine Bestäti-

8/8

gung benötigen Waffen, die bereits registriert sind und Ordonnanzwaffen, die direkt von der Militärverwaltung übernommen wurden. Der Beschlagnahmevergang gemäss Art. 31 Abs 2^{ter} betrifft nach unserem Verständnis somit Personen, deren Waffenbesitz von der Behörde bereits legitimiert wurde oder deren Waffenbesitz bisher legal und problemlos war. Die Auflage, für die Wiederübernahme eine Ausnahmegewilligung beantragen zu müssen, macht somit die behördliche Bestätigung nichtig bzw. wert- und zwecklos. Aufgrund dieses Umstandes ist dieser Absatz ersatzlos zu streichen. Zudem erwarten wir, dass auch für seinerzeit legal erworbene Waffen Bestätigungen verlangt werden, damit Magazine weiterhin erworben werden dürfen.

Aufgrund der vorgängigen Ausführungen ist der Verweis auf Art. 31 Abs. 2^{ter} in Art. 31 Abs. 3 lit. c ersatzlos zu streichen. Andernfalls könnte die zuständige Behörde entschädigungspflichtig werden, da es sich um einen behördlich bestätigten rechtmässigen Besitz handelt.

Art. 42b Abs. 2 lit. b

Da die Schweizer Armee erst seit 1991 die Waffenabgaben elektronisch erfasst hat, sollten frühere Übernahmen durch die blossе Vorlage des Dienstbüchleins dokumentiert werden können.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber



Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
DFGP
Palazzo federale ovest
3003 Berna

inviata per email: stab-rd@fedpol.admin.ch

Procedura di consultazione riguardante l'approvazione e la trasposizione nel diritto svizzero dello scambio di note tra la Svizzera e l'Unione europea concernente il recepimento della direttiva (UE) 2017/853 che modifica la direttiva UE sulle armi (Sviluppo dell'acquis di Schengen)

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 29 settembre 2017 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e ringraziamo per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio.

Si tiene innanzitutto ad elogiare lo sforzo della Confederazione al fine di limitare gli adattamenti della legislazione federale in materia di armi e di mantenere ad un livello attuabile i nuovi compiti di competenza dei Cantoni. Il progetto propone dei compromessi per un certo numero di problemi delicati.

In aggiunta ci preme tuttavia esporre alcune valutazioni di fondo.

Considerazioni generali

In primo luogo si condivide il parere secondo cui non sia necessario modificare le disposizioni della legge già in vigore in Svizzera al di fuori degli ambiti che devono essere obbligatoriamente regolamentati ai fini dell'attuazione degli standard minimi della direttiva. I provvedimenti non tenuti in considerazione (cf. Rapporto esplicativo, cap. 4.1, pag. 9 e 10) hanno in effetti un'utilità limitata e si sarebbero rivelati difficilmente applicabili nella pratica.

A titolo generale, si tiene ad ogni modo a sottolineare che le misure aggiuntive volute dalla direttiva europea non apportano, a nostro avviso, una plusvalenza concreta allo scopo che quest'ultima si è prestabilita, ovvero quello di lottare contro il terrorismo e l'utilizzo abusivo delle

armi. Si ritiene che la vigente legislazione in materia di armi sia già sufficientemente restrittiva. Lo dimostra anche il fatto che molte delle misure previste dalla direttiva sono già compatibili con le disposizioni attualmente in vigore. Come si vedrà più nel dettaglio in seguito, le misure proposte sono un semplice palliativo e non andranno a colpire i veri obiettivi, bensì le persone che già al giorno d'oggi agiscono nella legalità.

Non è quindi da escludere che così facendo si andrebbe ad alimentare ancor di più il mercato illegale delle armi, fenomeno questo che invece la direttiva vorrebbe scongiurare. Una delle vere criticità del disegno proposto è rappresentato dalla regolamentazione dei caricatori ad alta capacità di colpi, che di fatto non apporta nulla di realmente utile alla lotta contro il terrorismo. Il sistema prospettato è inoltre, a nostro avviso, troppo complesso e di difficile applicazione per le autorità. In buona sostanza, il carico di lavoro delle preposte autorità in materia di armi andrebbe ad aumentare in maniera importante, senza tuttavia che vi sia un reale e concreto beneficio nella lotta contro il terrorismo e l'utilizzo abusivo delle armi. Le armi da fuoco con le quali vengono perpetrati gli attacchi terroristici sono di regola armi acquisite illegalmente, mentre le restrizioni che si vogliono imporre andrebbero a penalizzare solamente i cittadini che desiderano detenere armi in modo legale.

Per il Canton Ticino si stima che l'aumento del carico di lavoro per Servizio armi, esplosivi e sicurezza privata in seguito al recepimento della direttiva UE sarà considerevole in quanto bisognerà prevedere, in particolare:

- il rilascio di conferme in merito al legittimo possesso (verifiche, rilasci, armi da registrare);
- un aumento di autorizzazioni eccezionali con relative verifiche dei requisiti (numero di tiri, condizioni particolari per collezionisti, ...);
- la registrazione di una grossa quantità di annunci da parte dei commercianti;
- un aumento delle multe, rispettivamente dei sequestri di armi;
- il supporto ai cittadini, colleghi e partner (per es. Ministero Pubblico) per spiegare i cambiamenti e le relative procedure;
- i sopralluoghi presso cittadini che non hanno conoscenze specifiche.

Di principio, quando viene aumentato il numero di condizioni e di verifiche, vi è anche un aumento proporzionale dei casi particolari e complessi da trattare. Tutto questo potrà essere gestito unicamente con 3 unità specialistiche supplementari.

Si approfitta inoltre della modifica della legge per far notare un'imprecisione riscontrata a livello linguistico, dovuta probabilmente alla traduzione letteraria del termine "*acquisto*" ("acquisition", "Erwerb") dalla lingua francese. Nella legge si fa più volte uso di questo termine, tuttavia le modalità di acquisizione di un'arma da fuoco alle quali la legge fa riferimento non sono limitate all'acquisto propriamente detto, bensì si estende anche alla permuta, alla donazione, alla successione ereditaria, al noleggio e al prestito gratuito (comodato) (cfr. Opuscolo "La legislazione svizzera sulle armi"). Siccome nella lingua italiana il termine "*acquisto*" è da intendersi come l'ottenimento della proprietà di un bene tramite il versamento di un corrispettivo in denaro, si suggerisce di sostituirlo con il termine più consono di "*acquisizione*".

Considerazioni sulla formulazione dei singoli articoli

Art. 4

cpv. 2bis

Di principio, si ritiene che definire la capacità dei caricatori non permette di raggiungere lo scopo della direttiva, ovvero quello di lottare contro il terrorismo e l'utilizzo abusivo delle armi. Appare infatti evidente che due caricatori da 10 colpi non sono meno pericolosi di un caricatore di 20.

Art. 5

cpv. 1 lett. a) e b)

Unitamente alle altre attività soggette a divieto, viene aggiunto il *possesso*. Per ragioni di sistematica l'articolo è stato sottoposto ad una revisione totale. Per quanto riguarda la lett. a) e b) non vi sono particolari cambiamenti siccome sono categorie già vietate ai sensi dell'attuale legislazione. Non vi sono pertanto particolari osservazioni.

cpv. 1 lett. c)

Preliminarmente si osserva che la soluzione proposta è difficilmente applicabile. Infatti, una determinata arma rientrerebbe nella nuova categoria di armi vietate solamente se dotata di un caricatore ad alta capacità. Se quest'ultima, per esempio, venisse acquisita, o venduta, senza caricatore si applicherebbe invece l'attuale regime di permesso d'acquisto. Questo creerebbe alle competenti autorità non poche difficoltà per quanto riguarda il rilascio delle autorizzazioni e la registrazione nelle banche dati cantonali. Non da ultimo i controlli di polizia, considerate le molteplici varianti, risulterebbero decisamente più complicati e poco praticabili.

Secondariamente, mal si comprende come possa essere la capienza del caricatore a determinare la categoria dell'arma. Seguendo questo ragionamento, la natura pericolosa o meno di un'arma è data dalla capacità del caricatore, ciò che ha poco senso. Infatti, secondo il disegno di legge, i caricatori ad alta capacità non rientrano nemmeno nelle parti essenziali di armi. Sarebbe invece più logico che sia l'arma stessa, in base alla propria natura, a stabilire o meno una pericolosità accresciuta e non la capacità del caricatore.

A nostro modesto parere, una valida alternativa al sistema proposto potrebbe essere far rientrare i caricatori ad alta capacità fra gli accessori di armi (art. 5 cpv. 2 lett. d) e assoggettare direttamente questi ultimi al regime dell'autorizzazione eccezionale. In questo modo si eviterebbe che un'arma ricada sotto categorie diverse soltanto a dipendenza della capacità caricatore. Di fatto, una determinata arma rientrerebbe in una delle categorie previste a prescindere dal tipo di caricatore e sarebbero i caricatori ad alta capacità ad essere sottoposti al regime dell'autorizzazione eccezionale.

L'art. 5 cpv. 1 lett. c andrebbe quindi modificato nel seguente modo:

"c. caricatori ad alta capacità di colpi ai sensi dell'art. 4 cpv. 2bis."

Sussidiariamente, qualora la proposta di cui sopra non dovesse essere ritenuta, si osserva che sarà necessario adattare l'attuale formulario di domanda di rilascio per un permesso d'acquisto in modo da renderlo utilizzabile anche per le autorizzazioni eccezionali. In tal modo, in base alla capacità del caricatore indicata dall'istante, l'autorità potrà valutare quale tipo di autorizzazione sarà necessaria: permesso d'acquisto o autorizzazione eccezionale. Siccome la stessa arma potrebbe ricadere in due categorie diverse a dipendenza della capacità del caricatore, l'autorità deve essere in grado di comprendere il tipo di caricatore che l'istante intende acquisire. In base alle indicazioni fornite dal richiedente, l'autorità rilascerà poi la relativa autorizzazione.

cpv. 1 lett. d)

Nessuna osservazione.

cpv. 1 lett. e) e f)

Nessuna osservazione.

cpv. 2 lett. d)

Corrisponde all'attuale art. 5 cpv. 1 lett. g), nessun cambiamento.

cpv. 4 e 5

Corrispondono all'attuale art. 5 cpv. 3 lett. c), nessun cambiamento.

cpv. 6

Corrisponde all'attuale art. 5 cpv. 4, nessun cambiamento.

cpv. 7

Corrisponde all'attuale art. 5 cpv. 5, nessun cambiamento.

Ai fini di preservare le tradizioni legate all'arma d'ordinanza svizzera, si ritiene indispensabile inserire un nuovo capoverso con il quale viene sancita esplicitamente l'eccezione secondo la quale l'arma da fuoco d'ordinanza svizzera per il tiro a raffica (fucile d'assalto 57 e 90) modificata in arma da fuoco semiautomatica non soggiaccia al regime dell'art. 5 cpv. 1 lett. b del disegno di legge.

In altre parole si chiede che venga mantenuta l'eccezione prevista dall'art. 5 cpv. 6 dell'attuale LArm.

Art. 11

cpv. 2 lett. d)

Da un confronto con il testo in lingua francese e con quello tedesco, riteniamo che il termine "ovvero" debba essere sostituito con "oppure". Di seguito perciò il testo corretto:

*"d. tipo e numero del documento ufficiale di legittimazione dell'acquirente dell'arma o della parte essenziale di arma **oppure**, se sono alienate armi da fuoco, copia del documento di legittimazione."*

cpv. 3

Nessuna osservazione.

Art. 15

cpv. 1

Qualora la proposta formulata al commento ad art. 5 cpv. 1 lett. c, secondo paragrafo, non dovesse essere ritenuta, questa disposizione, così come formulata, potrebbe prestarsi a confusione. Da una prima lettura si potrebbe infatti pensare che coloro che hanno formalmente ottenuto un permesso d'acquisto possono, per l'arma corrispondente, acquistare in seguito gli oggetti ivi elencati. A nostro avviso è dunque necessario precisare che, per acquisire caricatori ad alta capacità, la persona in questione deve disporre di un'autorizzazione eccezionale.

Proposta di modifica:

"¹Solamente le persone autorizzate ad acquisire un'arma da fuoco possono acquisire munizioni e elementi di munizione.

²Esse possono inoltre acquisire dei caricatori ad alta capacità ma devono a tal fine ottenere l'autorizzazione di cui all'art. 5 cpv. 6".

Art. 16a

Nessuna osservazione.

Art. 18a

Come già segnalato in una precedente occasione, a nostro modesto parere, al fine di poter garantire una miglior tracciabilità delle armi è fondamentale che tale obbligo si estenda a tutte le armi e relative parti essenziali che vengono alienate, anche se queste sono state fabbricate quando vigevano altre disposizioni. Non ha infatti alcun senso, in termini di tracciabilità e sicurezza, che possano venir alienate armi o parti essenziali di armi senza numero di serie solo perché queste sono state fabbricate quando l'apposizione di un contrassegno non era obbligatorio.

Art. 19

cpv. 1

L'unica modifica riguarda la sostituzione del termine *armi* con quello di *oggetti* per quanto concerne la modifica a titolo non professionale (art. 19 cpv. 1 *in fine*). In merito non vi sono osservazioni.

cpv. 2

Nessuna osservazione.

cpv. 3

Corrisponde all'attuale art. 19 cpv. 2, nessuna osservazione.

cpv. 4

Corrisponde all'attuale art. 19 cpv. 3, nessuna osservazione.

Art. 21

cpv. 1

Nessun cambiamento rispetto al testo attuale se non per l'aggiunta dei "*caricatori ad alta capacità di colpo*". Come già suggerito in entrata, si reputa che l'uso del termine "*acquisto*" sia improprio e che vada pertanto sostituito con il termine "*acquisizione*".

cpv. 1bis

La modalità di trasmissione (elettronica) non è di grande interesse se il termine dei 10 giorni viene rispettato, pertanto non è essenziale precisarlo in un testo di legge in senso formale. A tal proposito sembra assurdo obbligare un commerciante, ad esempio, a dover scansionare ed inviare tramite e-mail un documento immediatamente reperibile in formato cartaceo. Oltre a ciò, l'autorità preposta dovrà ad ogni modo controllare i dati trasmessi dal commerciante ed inserirli in seguito nella propria banca dati (che di principio è elettronica). Imporre ai commercianti un investimento in ambito informatico, di per sé oneroso, è ritenuto sproporzionato rispetto alla potenziale plusvalenza che potrebbe discendere da tale esigenza. È peraltro chiaro che il futuro sarà digitale ma un'implementazione in questo senso sarà possibile unicamente con uno studio approfondito sulla fattibilità.

Oltre a ciò, è doveroso puntualizzare come l'obbligo per il commerciante di trasmettere ogni tipo di transazione porterebbe di fatto ad avere una doppia contabilità: una presso il commerciante e una presso l'autorità. Ciò è palesemente inutile dal momento che la contabilità del commerciante è già disponibile in qualsiasi momento presso lo stesso. La tracciabilità non sarebbe nemmeno garantita, se si considera che l'arma in questione potrebbe venir alienata ancor prima che la transazione relativa all'importazione venga trasmessa all'autorità. L'utilità di tale misura appare quindi molto limitata.

A nostro avviso, una soluzione potrebbe essere quella che sia la Confederazione a farsi carico di tale onere, mettendo a disposizione dei commercianti uno strumento adeguato per poter annunciare ogni importazione e acquisto. I dati verrebbero poi messi a disposizione, se necessario, dei vari Cantoni.

Si ribadisce quindi che simile compito posto a carico dei Cantoni, oltre ad essere oltremodo sproporzionato, risulterebbe anche impraticabile.

cpv. 1ter

Nessuna osservazione.

Art. 28b

Nessuna osservazione.

Art. 28c

cpv. 2 lett. a

Di fatto è poco verosimile che una delle citate attività possa giustificare il possesso di armi simili.

Art. 28d

cpv. 1

Nessuna osservazione.

cpv. 2

A nostro avviso l'espressione "*utilizzare con regolarità*" di cui alla lett. b è da interpretare come al minimo due volte l'anno. Il concetto di regolarità andrebbe ad ogni modo precisato, ad esempio, nel rapporto esplicativo o nell'ordinanza, evitando così interpretazioni di sorta che porterebbero ad avere prassi diverse tra i vari cantoni.

Si osserva altresì che attualmente l'art. 34 LArm non prevede di poter sanzionare chi viola un tale obbligo. Sarebbe pertanto auspicabile prevedere una base legale che permetta di procedere con la relativa procedura contravvenzionale e con il sequestro definitivo in caso di commissione reiterata.

cpv. 3

La prova dell'appartenenza ad una società di tiro dopo 5 e 10 anni è a nostro avviso superflua, in quanto l'autorità, già con le attuali normative (in applicazione dei disposti combinati di cui all'art. 8 e 31 LArm), ha la facoltà in ogni momento di sequestrare le armi al cittadino che non adempie più i requisiti di legge. Si ritiene quindi che ciò soddisfi lo spirito voluto dalla direttiva (cf. Rapporto esplicativo, cap. 4.1, pag. 9 e 10). Inoltre questa ulteriore verifica comporterebbe un aggravio

notevole di lavoro agli uffici cantonali delle armi. Anche in tal caso vi sarebbe un'evidente disproporzione tra l'aumento del lavoro richiesto e i reali benefici che se ne potrebbe trarre.

Si propone pertanto lo stralcio di questo capoverso.

cpv. 4

Al fine di semplificare il tutto, non si dovrebbe fare la distinzione tra l'arma d'ordinanza privata acquisita in occasione del proscioglimento degli obblighi militari e l'arma d'ordinanza acquisita in altro modo. Tutte le armi d'ordinanza privatizzate dovrebbero godere dello stesso regime previsto da questa disposizione ed essere considerate dunque come armi civili a tutti gli effetti (cf. art. 5 cpv. 6 dell'attuale LArm).

Si suggerisce inoltre di prevedere nell'Ordinanza un emolumento pari a CHF 50.- per le autorizzazioni eccezionali in quest'ambito (come per un attuale permesso d'acquisto), affinché i tiratori non si trovino pregiudicati da un emolumento troppo elevato.

Art. 28e

cpv. 1

Si condivide la precisazione riguardante le misure di custodia anche se in pratica ciò avviene già. In relazione a questa disposizione, si propone di completare l'art. 27 cpv. 4 lett. b LArm aggiungendo: «[...] *storici o in occasione di manifestazioni culturali*». Si propone parimenti di delegare la competenza della valutazione delle misure di sicurezza appropriate ai Cantoni.

cpv. 2

Si propone lo stralcio delle condizioni poste al presente capoverso in quanto ritenute di difficile applicazione per le autorità preposte al controllo e non atte a perseguire gli scopi voluti dalla direttiva. Si ritiene infatti che l'autorità debba concentrarsi sulla verifica dei requisiti e le conoscenze della persona che intende acquisire armi vietate piuttosto che sullo scopo della collezione, il quale è ininfluenza dal punto di vista della sicurezza.

A tal proposito è bene evidenziare come in virtù della facoltà ammessa dall'art. 5 cpv. 4 LArm, nel Canton Ticino già da tempo sia necessario beneficiare della patente da collezionista, quale requisito indispensabile per l'ottenimento di autorizzazioni eccezionali concernenti l'acquisizione di armi vietate. In Ticino la patente da collezionista è rilasciata solamente a chi, cumulativamente:

- dispone dei requisiti di cui all'art. 8 cpv. 2 LArm;
- ha superato un esame teorico (simile a quello del porto d'armi);
- dispone di locali e misure di sicurezza idonee alla custodia di tali armi (vengono applicate le disposizioni analoghe a quelle richieste ai commercianti di armi).

Considerata l'esistenza di questa patente, in vigore dall'anno 2000, la quale ha sempre fornito riscontri positivi, il Canton Ticino chiede che essa possa mantenere il proprio *status quo*. Si invita pertanto a valutare la possibilità di inserire una disposizione che permetta ai Cantoni in cui una patente è richiesta, di esonerare i collezionisti dalle condizioni di cui al cpv. 2. Qualora ciò non dovesse essere possibile si domanda che venga prevista la possibilità per i Cantoni di prevedere condizioni più restrittive, di modo che il sistema vigente possa essere mantenuto.

In conclusione, si ritiene che un sistema volto a verificare le conoscenze accresciute del collezionista (simile a quanto attualmente vigente in Ticino), sia maggiormente idoneo per raggiungere gli scopi voluti dalla direttiva.

Art. 31

cpv. 1 lett. f

Nessuna osservazione.

cpv. 2

Nessuna osservazione in quanto trattasi di un semplice adattamento del testo.

cpv. 2ter

Si propone la seguente modifica: «*Se l'autorità competente sequestra o constata il possesso di caricatori ad alta capacità [...]*».

cpv. 3

Nessuna osservazione.

Art. 32a - 32c

Nessuna osservazione.

Art. 42b

Si prevede una situazione analoga alla comunicazione successiva avvenuta con la modifica della LArm del 12.12.2008, inclusi i problemi che ne sono emersi. Ad esempio vi erano state non poche difficoltà a registrare le armi a causa di problemi di diversa natura: incomprensibilità di alcuni dati scritti a mano, difficoltà ad indentificare con certezza le persone; dati di pessima qualità a causa delle scarse conoscenze dei cittadini. Per questi motivi sarebbe auspicabile che, qualora venga previsto un formulario, si richiedano anche le seguenti informazioni:

- copia di un documento di legittimazione valido;
- data in cui l'arma in questione è stata acquisita. Questo per poter stabilire se l'arma è stata acquisita regolarmente.

Armi acquistate regolarmente, al più tardi a partire dal 2008, sono recepite nei registri cantonali. Quelle acquistate in precedenza e non ancora presenti saranno recepite al prossimo cambiamento di proprietà/detentore. A seguito del fatto che queste armi erano state acquistate legalmente in base alla legislazione allora vigente, e anche a seguito delle decisioni di popolo (2011) e parlamento (2015) si può rinunciare a questa registrazione a posteriori che non porta un reale miglioramento di sicurezza in quanto si tratta di armi legalmente detenute.

Ci permettiamo inoltre di segnalare che l'articolo 42b, così come esposto nell'avamprogetto in consultazione, è composto da due capoversi numerati con le cifre 1 e 3. Presumiamo che si tratti di una svista.

Conclusione

Nonostante alcuni punti siano generalmente ritenuti condivisibili, si considera del tutto sproporzionato l'onere di lavoro aggiuntivo rispetto all'efficacia dei provvedimenti previsti, i quali, come detto, non sono idonei a raggiungere gli scopi prestabiliti. Ad essere maggiormente

penalizzato non sarebbe il mercato clandestino, il quale rischierebbe invece di essere alimentato ulteriormente, bensì le persone che, per motivi rispettabili, detengono legalmente delle armi.

In aggiunta, si propone l'introduzione di un'ulteriore disposizione (ad esempio art. 31e) che autorizzi le competenti autorità in materia di armi a comunicare ai responsabili degli stand di tiro l'identità delle persone colpite da un sequestro di armi o da un rifiuto d'acquisizione di armi in ragione dell'assenza dei requisiti di cui all'art. 8 cpv. 2 LArm. Allo stato attuale delle cose, l'autorità non dispone di alcuna base legale che permetta di comunicare queste informazioni. Analogo discorso va inoltre fatto per quanto riguarda i commercianti d'armi e ciò allo scopo di evitare che persone pericolose continuino ad acquisire armi da fuoco.

Visto quanto sopra esposto, lo scrivente Consiglio di Stato ritiene necessario un ulteriore adattamento del Decreto federale facendo maggiormente uso del margine di manovra che la Confederazione dispone, in modo da permettere un recepimento delle Direttive UE sulle armi nella maniera più pragmatica possibile e più vicina possibile alla nostra realtà e particolarità svizzere.

Vogliate gradire l'espressione della nostra stima.

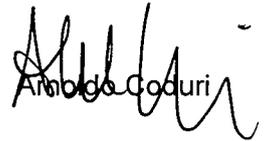
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Manuele Bertoli

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Polizia cantonale (servizio.giuridico@polca.ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3003 Bern

Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und äussern uns gerne wie folgt:

Gestützt auf die Verpflichtungen aus dem Schengen-Assoziierungsabkommen (SAA) hat der Bundesrat am 16. Juni 2017 die Übernahme und Umsetzung der geänderten EU-Waffenrichtlinie unter Vorbehalt der parlamentarischen Genehmigung beschlossen. Vor dem Hintergrund der Terrorbedrohung in Europa und damit auch in der Schweiz werden mit der Richtlinie (EU) 2017/853 die Vorschriften der EU-Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG) in verschiedenen Punkten präzisiert und teilweise auch mit neuen Vorgaben ergänzt. Die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie in das nationale Recht setzt eine Anpassung der Schweizerischen Waffengesetzgebung voraus. Wie aus den Unterlagen zum vorliegenden Vernehmlassungsverfahren des Bunds hervorgeht, ist dieser bestrebt, sich dabei auf jene Regelungsgegenstände im Waffengesetz zu beschränken, welche für die Umsetzung der Mindeststandards der Richtlinie zwingend umgesetzt werden müssen. Dies ist zu begrüßen. Nichtsdes-

totrotz müssen die kantonalen Waffenbüros mit Blick auf die geplanten Änderungen des Waffengesetzes mit einem erheblichen Mehraufwand rechnen, welcher sich entgegen der Meinung des Bunds wohl kaum auf die Umsetzungsphase beschränken wird. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Punkte hinzuweisen:

Erweiterung des Katalogs der «verbotenen Waffen» (Kat. A)

Die kantonalen Waffenbüros werden den rechtmässigen Besitz von Feuerwaffen, die neu in die Kategorie der verbotenen Waffen fallen, zu bestätigen haben. Die Erteilung von Ausnahmegewilligungen für den Neuerwerb verbotener Waffen (im Vergleich zur bisherigen Erteilung von Waffenerwerbsscheinen) gestaltet sich für die kantonalen Waffenbüros insofern aufwändiger, als Sportschützen sowie Museen und Sammler zusätzliche Nachweise zu erbringen haben. Die Prüfung dieser Unterlagen dürfte das Verfahren zur Erteilung von Ausnahmegewilligungen verlängern.

Rückverfolgbarkeit von Feuerwaffen

Weiter müssen die Kantone die Voraussetzungen erst noch schaffen, damit die kantonalen Waffenbüros die Meldungen über Transaktionen der Waffenhändler und Makler gemäss Artikel 21 Absatz 1^{bis} Waffengesetz (WG; SR 514.54) entgegennehmen und in den kantonalen Informationssystemen zwecks Nachvollziehbarkeit des Werdegangs einer Waffe speichern können. Dies wird Anpassungen in den kantonalen Informationssystemen sowie im harmonisierten Informationssystem gemäss Artikel 3 WG nach sich ziehen. Neben den Anschaffungskosten neuer Informatikmittel ist von einem beachtlichen Mehraufwand seitens der Waffenbüros auszugehen.

Sportschiessen - Erbringung des Vereins- oder Schiessnachweis/Bestätigung Waffenbesitz

Damit der Wahrheitsgehalt der Erbringung des Verein- oder Schiessnachweises rechtsgenügend abgeklärt werden kann, sollte die Polizei zumindest auf das Lizenzverzeichnis des Schweizerischen Schiesssportverbands (SSV) elektronisch Zugriff haben. Es muss jedoch festgehalten werden, dass nicht alle Schützen lizenziert sind. Die Kriterien und Anforderungen der Erbringung des Schiessnachweises ausserhalb einer Vereinszugehörigkeit müssen abschliessend geregelt werden, ansonsten die Gefahr von Gefälligkeitsbescheinigungen im Raum stehen würde.

Der Waffenbesitzer hat nach fünf und nach zehn Jahren den Schiessnachweis zu erbringen. Eine Überprüfung, ob ein Waffenbesitzer diesen Nachweis erbracht hat oder nicht, ist aktuell jedoch nicht möglich. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass Waffenbesitzer ihren Wohnsitz auch in einen anderen als den ehemaligen Bewilligungskanton verlegen könnten. Nach heutiger Praxis erfährt die kantonale Meldestelle meistens nur durch Zufall oder bei Einreichung eines Gesuchs vom Domizilwechsel. Da die Waffenbesitzer diesen Nachweis zu erbringen haben, kann nicht überprüft werden, ob alle den Nachweis erbracht haben.

Sammler und Museen

Der Gesetzgeber hat die Begriffe «sicheres Aufbewahren» und «angemessene Vorkehrungen» genau

zu umschreiben und abschliessend zu definieren. Dasselbe gilt für das Kriterium der Zweckbestimmung einer Waffensammlung. Ohne eine Konkretisierung dieser Begriffe würde sich die Entscheidung im Zusammenhang mit der Ausstellung von Ausnahmegewilligungen für die kantonalen Waffenbüros als schwierig gestalten.

Kontrollen - Waffen der Kategorie A

Die kantonalen Waffenbüros sind gemäss Artikel 29 WG angehalten und befugt, periodische Kontrollen betreffend Einhaltung von Bedingungen und Auflagen bei den Besitzern von Seriefirewaffen gemäss Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a WG durchzuführen. Da die Kategorie A mit zusätzlichen Waffen ergänzt wird, ist von zusätzlichen Aufwendungen auszugehen.

Kontrollen - Waffenhandel

Die kantonalen Waffenbüros sind gemäss Artikel 29 WG angehalten, alle zwei Jahre Waffenhandelskontrollen durchzuführen. Der Umfang und Inhalt der Kontrolle ist in Artikel 53 Waffenverordnung (WV; SR 514.541) umschrieben. Aus unserer Sicht wird künftig auch in diesem Bereich ein Mehraufwand generiert, da die Kontrollen aufgrund der neuen Bestimmungen zeitintensiver ausfallen werden.

Personelle Auswirkungen

Bei der Kantonspolizei Uri stehen heute im Dienst «Waffen und Sprengstoffe» 70 Stellenprozente zur Verfügung. Eine systematische Schätzung des personellen Ressourcenbedarfs bei der Übernahme der geänderten EU-Richtlinie hat ergeben, dass neu für wiederkehrende Arbeiten (Bewilligungen, Registrierungen, Kontrollen usw.) mit rund 80 zusätzlichen Stellenprozenten gerechnet werden muss. Dies entspricht mehr als einer Verdoppelung des Arbeitsaufwands im Bereich Waffenrecht. Zusätzlich ist mit einem beträchtlichen einmaligen Aufwand durch Nach- und Neuregistrierungen zu rechnen.

Bei der Schätzung des Ressourcenbedarfs mussten Annahmen getroffen werden, weil zum heutigen Zeitpunkt unter Fachleuten vieles noch nicht klar ist. Beispielsweise ist nicht geklärt, wer als Sammler von Waffen gilt, beziehungsweise wer als Sammler anerkannt werden kann und wie die Sammlertätigkeit überprüft werden kann. Noch unklar ist auch, wie der Schiessnachweis ohne Vereinszugehörigkeit gehandhabt werden kann. Der effektive Mehraufwand kann erst endgültig beziffert werden, wenn die eingesetzte Arbeitsgruppe des Bunds alle strittigen Fragen geklärt hat. Es ist nicht auszuschliessen, dass der künftige Personalaufwand sogar noch höher als berechnet ausfallen könnte.

Nebst dem personellen Mehraufwand werden auch Anpassungen in den kantonalen Informationssystemen notwendig werden. Wie hoch dieser finanzielle Aufwand für den Kanton Uri ausfallen wird, kann noch nicht definiert werden. Eine Kostenschätzung muss vom Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen zuerst noch erarbeitet werden.

Die Übernahme der Richtlinie zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie bringt für den Kanton Uri einen erhöhten Aufwand, der nur durch zusätzliche Personalstellen bewältigt werden kann.

Fazit

Der Gewinn an Sicherheit durch die Übernahme der geänderten EU-Waffenrichtlinie lässt sich nicht beziffern. Insbesondere terroristische Anschläge mit Feuerwaffen, die oftmals minutiös geplant werden, dürften durch das angestrebte Regelwerk kaum verhindert werden können. Die vorgesehene Übernahme der EU-Waffenrichtlinie dürfte damit zu erhöhtem bürokratischem Aufwand und vermehrten Kosten bei geringem zu erwartenden Ertrag führen.

Die Schweiz ist jedoch im Rahmen Schengen-Assoziierungsabkommen (SAA) verpflichtet, die EU-Waffenrichtlinien im schweizerische Recht umzusetzen. Aufgrund der sicherheitspolitischen Tragweite des Abkommens steht eine Nicht-Übernahme der Richtlinien nicht zur Debatte. Aufgrund der dargelegten personellen Auswirkungen, verbunden mit den angeführten notwendigen Anpassungen im technischen Bereich, wünscht sich der Regierungsrat jedoch weitere Anstrengungen des Bundesrats, um eine schlanke und pragmatische Umsetzung mit minimalen Zusatzaufwendungen zu gewährleisten.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 19. Dezember 2017



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor-Stv.

Beat Jörg

Adrian Zurfluh



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : MFP/15023080

Lausanne, le 27 décembre 2017

Consultation fédérale

Approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes; (Développement de l'acquis de Schengen)

Madame, Monsieur,

Par la présente, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud répond à la consultation citée en titre.

1. Commentaire général

En préambule et de manière générale, le Conseil d'Etat tient à apporter son soutien à tout projet qui va dans le sens d'un contrôle renforcé et d'une traçabilité accrue des armes, en particulier des armes semi-automatiques.

Considérant que les armes semi-automatiques seraient à l'avenir soumis à des autorisations exceptionnelles dans le cadre de la traduction en droit suisse de la directive de l'UE concernée, et que les usagers devraient soit faire partie d'une société de tir ou prouver l'usage régulier à des fins sportives, il ne peut que se rallier à l'objectif de la directive de l'UE et au projet fédéral de modification de la Loi sur les armes qui va dans ce sens.

Le Conseil d'Etat soutient également le projet mis en consultation dès lors qu'il vise à renforcer et à améliorer encore l'échange d'informations avec les autres Etats Schengen en la matière.

Enfin, il convient de saluer l'effort de la Confédération de maintenir à un niveau réaliste les nouvelles tâches à accomplir par les cantons tout comme pour la solution équilibrée ainsi trouvée afin de préserver les intérêts légitimes des collectionneurs, des chasseurs et des personnes pratiquant le tir sportif. En ce sens, le projet du Conseil fédéral constitue une solution pragmatique respectueuse de la tradition suisse du tir.

S'agissant des incidences financières, pour le Canton de Vaud, suite à une entrée en vigueur telles quelles de ces modifications, elles peuvent être évaluées à environ fr. 500'000.- en projets et développements informatiques et à 1 ETP pour le personnel qui devrait être affecté à la mise en œuvre des nouvelles dispositions.

2. Commentaire par articles

Art. 5

Al. 1 litt. a et b : Sans changement par rapport au texte actuel.

Al. 1 litt. C : Il est entendu que les armes de poing en soi ne sont pas concernées, mais seulement les chargeurs.

Ce système paraît viable pour les transactions par l'intermédiaire d'un titulaire de patente de commerce d'armes. En revanche, il présente une difficulté s'agissant de la vente entre particuliers au moyen d'un permis d'acquisition d'armes (PAA) : il est à prévoir que les parties n'identifieront pas couramment la capacité du chargeur.

Principalement :

Modification proposée :

« c. de chargeurs de grandes capacité au sens de l'art. 4 al. 2bis. »

Subsidiairement :

Il s'agirait d'adapter la formule de demande de PAA pour la rendre mixte : « PAA ou autorisation exceptionnelle », avec notamment l'indication à fournir par le demandeur de la capacité des chargeurs. En d'autres termes, c'est à l'autorité de définir quelle autorisation (PAA ou exceptionnelle) est requise, sur la base des indications que le demandeur fournit. Pour cela, il faut une formule générale, à remplir par le demandeur, sur laquelle la mention des précisions utiles est prévues. Ici : « capacité du chargeur = ... ». Dans ce cas, l'émolument, qui est aujourd'hui couramment payé d'avance dans la plupart des cantons, devra aussi être unifié pour éviter des mouvements financiers, complexes et coûteux, postérieurs à la définition du type d'autorisation à retenir.

Al. 1 litt. D :

Il appartiendra au vendeur des crosses en question d'informer l'acquéreur sur la longueur à respecter pour déterminer le type d'autorisation. Devra être prévue une information aux titulaires de patente de commerce d'armes.

Al. 1 litt. e et f : sans changement.

Al. 2 litt. d = art. 5 al. 1 litt. g actuel, sans changement.

Al. 4 et 5 = actuel art. 5 al. 3 litt. c, sans changement.

Al. 6 = art. 5 al. 4 actuel, sans changement.

Al. 7 = art. 5 al. 5 actuel, sans changement.

Suppression de l'al. 6 actuel de l'art 5 (exception en faveur des armes d'ordonnance suisses) : cette exception aurait dû être maintenue. Sa suppression causera de vastes problèmes de gestion, en raison du nombre extrêmement élevé de telles armes actuellement détenues légalement en Suisse. Voir ci-dessous ad art. 28d al. 4.

Art. 11

Al. 2 litt. 2 : pas de remarques.

Al. 3 : sans commentaire.

Art. 15

Al. 1 : Cette disposition signifie que quelqu'un ayant obtenu formellement un PAA peut, pour l'arme ayant fait l'objet de ce PAA, acheter ensuite les objets énumérés ici. Mais il faut préciser que, pour les chargeurs, la personne en question doit ensuite, en plus de ce PAA existant, demander l'autorisation exceptionnelle.

Proposition :

« ¹ Seules les personnes autorisées à acquérir une arme peuvent acquérir des munitions et des éléments de munition.

² Elles peuvent également acquérir des chargeurs de grande capacité mais doivent, à cette fin, obtenir en sus l'autorisation prévue à l'art. 5 al. 6. »

Art. 16a

Proposition d'al. 2 : « Les dispositions concernant le séquestre et la confiscation d'armes sont réservées. »

A défaut, des personnes dangereuses en possession de ces objets pourraient s'estimer à tort, par la seule lecture du texte brut de l'art. 16a, légitimées à les conserver sur la base de cet article.

Art. 18a

Al. 1 : sans commentaire.

Art. 19

Al. 1 = art. 19 al. 1 actuel.

Al. 2 : sans commentaire.

Al. 3 = art. 19 al. 2 actuel.

Al. 4 = art. 19 al. 3 actuel.

Art. 21

Al. 1 = texte actuel, avec ajout des chargeurs.

Al. 1bis : à mettre en relation avec l'art. 9c LArm, qui prévoit un délai de 30 jours. Cette nouvelle disposition signifie, à la lettre, qu'un délai plus bref (10 jours) serait prévu quand l'arme est acquise par un acquéreur suisse auprès d'un titulaire de patente de commerce d'armes. On peut se poser la question de l'utilité d'une telle distinction, qui n'apparaît pas évidente.

Le mode de transmission (électronique) importe peu à cet égard, du moment que le délai est respecté, et n'a pas à être précisé dans un texte de rang légal au sens formel. Il paraît à cet égard absurde d'obliger un commerçant, par exemple, à scanner et à envoyer par e-mail un document par ailleurs immédiatement disponible sous forme papier. En outre, l'autorité récipiendaire devra de toute manière contrôler les données transmises par le titulaire de patente et les confirmer ou les saisir ensuite elle-même dans ses propres bases de données, qui sont aujourd'hui en principe toujours électroniques. Imposer aux commerçants un investissement en développement informatique, par essence lourd, paraît par ailleurs disproportionné en regard de la plus-value toute relative apportée par cette exigence.

Al. 1ter : norme sans portée réelle. De fait, cela existe déjà au sein des polices cantonales.

Art. 28b

Cette disposition correspond au texte actuel.

Art. 28c

Al. 2 litt. a : de fait, il est peu probable qu'une de ces activités justifie la détention de telles armes (ultima ratio).

Art. 28d

Al. 1 : sans commentaire.

Al. 2 : « régulièrement » = en principe deux fois par an au minimum. A préciser, comme exemple, dans le rapport explicatif.

Al. 3 :

- Même remarque qu'à l'al. 2, pour « régulier ».
- Cela signifie deux contrôles ultérieurs au maximum (aucun contrôle ne sera plus opéré ensuite, p. ex. à 15 ans).
- Vu le très grand nombre de cas concernés, des relances systématiques auprès des particuliers concernés mobiliseront des ressources importantes, dont le financement n'est qu'insuffisamment évoqué dans le projet.

Al. 4 :

Il convient de distinguer ici la remise de l'arme militaire au militaire en fin de service, d'une part, et d'autre part le changement ultérieur de détenteur d'anciennes armes d'ordonnances suisses en général.

- La remise de l'arme à une personne à la fin de ses obligations militaires est réglée par le droit militaire et la LArm ne s'y applique pas. A cet égard, il est souhaitable qu'un militaire qui désire acquérir son arme à la fin des obligations militaires continue à devoir respecter la procédure actuelle prévue par le droit militaire et, sous réserve du respect de celle-ci, obtienne au final l'arme privatisée sur la base d'un simple permis d'acquisition.
- Nombre d'anciennes armes d'ordonnance suisses ont été privatisées à l'origine, selon la procédure militaire, mais ne se trouvent plus forcément, depuis, en possession de celui dont elles étaient l'arme d'ordonnance. Cette circonstance est au demeurant impossible à déterminer aisément de cas en cas. Par mesure de simplification, il paraît donc opportun d'exempter ces armes d'ordonnance suisse, anciennes, du régime de l'autorisation exceptionnelle, comme le fait l'art. 5 al. 6 actuel. Toutes les armes d'ordonnance suisses devraient donc être mises au bénéfice de la dérogation prévue par le projet à l'al. 4 de l'art. 28d. A défaut, il est à prévoir que la vérification des conditions prévues aux al. 2 et 3 deviendra ingérable.

Rédaction proposée pour l'art. 28d al. 4 :

"⁴ Sous réserve du respect des dispositions prévues à ce sujet par le droit militaire, les al. 2 et 3 ne s'appliquent pas à la conservation en toute propriété de l'arme d'ordonnance à la fin des obligations militaires. Les al. 2 et 3 ne s'appliquent pas non plus aux transactions portant sur des armes d'ordonnance suisses privatisées."

Il s'agit quoi qu'il en soit de prévoir, dans l'ordonnance, un émolument maintenu à fr. 50.-, pour ne pas préteriter les sociétés de tir.

Art. 28e

Cette précision est bienvenue. Cela se pratique de fait déjà aujourd'hui. En relation avec cette disposition, il est proposé de compléter l'art. 27 al. 4 litt. b LArm : « ...historiques ou dans le cadre d'évènements culturels. Sont réservées les décisions cantonales ou communales en matière de manifestations ou spectacles. » En effet, il n'est pas toujours aisé de déterminer si les personnages ou évènements décrits dans une pièce de théâtre ou dans un film de cinéma sont historiques ou non et, de ce fait, ces cas sont mis au bénéfice, par analogie, de l'exception prévue par la LArm. Cependant, il convient aussi de réserver expressément ici la compétence du canton et des communes dans le cadre de l'autorisation ou de l'interdiction de certaines manifestations ou spectacles.

Art. 31

Al. 1 litt. f : sans commentaire.

Al. 2 : sans commentaire (= texte actuel adapté).

Al. 2bis :

- Proposition : « Si l'autorité saisit ou constate la possession des chargeurs... ». En fonction du contexte, une saisie ne s'avérera en effet pas toujours opportune.
- Il serait incitatif de pouvoir dispenser la personne de l'émolument dans ce cas.

Al. 3 : sans commentaire.

Proposition complémentaire

Il est proposé ici l'introduction d'une disposition supplémentaire, qui autorise les autorités compétentes en matière d'armes à communiquer aux responsables de stands de tir l'identité des personnes se trouvant sous le coup d'un séquestre d'armes ou d'un refus d'acquisition d'armes, c'est-à-dire ne remplissant pas les conditions de l'art. 8 LArm liées à la dangerosité. En effet, on constate parfois que ces personnes continuent néanmoins, de manière par ailleurs illicite, à fréquenter des stands de tir et à y faire usage d'armes. Or l'autorité compétente ne dispose à l'heure actuelle pas d'une base légale permettant expressément de faire ce type de communication. Elle ne peut y procéder que sur la base de la légitime défense d'autrui (art. 15 CP), ce qui est pour le moins inadéquat. Il en va de même s'agissant de communiquer ces éléments aux titulaires de patentes de commerce d'armes, pour éviter que des personnes dangereuses continuent d'aller acquérir des armes.

Une telle communication n'interviendrait que de manière sporadique, en fonction des cas, ce qui accentue sa conformité au principe de proportionnalité du point de vue de la protection des données. Les autorités cantonales d'application de la LArm détermineront également si les informations seront transmises à tous les stands de tir ou uniquement au(x) stand(s) de tir dans le(s)quel(s) la personne concernée s'entraîne, en fonction des informations connues de l'autorité.

Parallèlement, il faudra également déterminer s'il découle ou non de cette transmission une obligation pour les stands de tir de tenir une liste des personnes faisant l'objet d'un séquestre d'armes ou d'un refus d'acquisition d'armes et de vérifier que les personnes pratiquant dans leur stand ne le font pas de manière illicite (notamment en cas de nouvel utilisateur). Il sera nécessaire d'informer les responsables des stands de tir recevant ces données personnelles qu'elles doivent être rendues accessibles à un minimum de collaborateurs, qu'elles doivent être utilisées uniquement dans le but prévu par la loi, qu'elles ne doivent en aucun cas être divulguées et qu'elles doivent être détruites dès qu'elles ne sont plus utiles. Les informations transmises devront par ailleurs être mises à jour régulièrement conformément au principe d'exactitude.

Les personnes concernées devront également être informées de la transmission, à moins qu'il soit expressément prévu dans la loi que tel ne sera pas le cas.

Art. 32a et art. 32b : sans commentaire.

Art. 32c al. 3bis

Le droit européen ne semble pas imposer une transmission des données par le biais d'une procédure automatisée. Il pourrait être préférable, comme le mentionne le rapport explicatif (p. 14), que l'Office central des armes puisse se déterminer sur chaque demande émanant d'autres Etats Schengen et, le cas échéant, qu'il obtienne du canton concerné des clarifications supplémentaires. Cela permettrait notamment de s'assurer de l'exactitude des données transmises à d'autres Etats.

Art. 42b

Sans commentaire.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



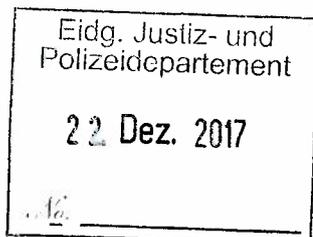
Nuria Gorrite



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- Polcant



Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
3003 Berne

Références CV
Date **20 DEC. 2017**

Consultation fédérale - Approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes (Développement de l'acquis de Schengen)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir consulté dans le cadre de l'approbation et de la mise en œuvre précitée et se détermine ainsi qu'il suit.

Le canton du Valais a pris connaissance avec intérêt du commentaire annexé au projet de directives dans le cadre du développement des acquis Schengen et adhère à l'application de ces derniers.

Pour ce qui concerne les remarques de fond, nous nous référons à la détermination ci-après élaborée par le groupe de travail romand sur les armes.

1. Résumé

Le 29 septembre 2017, le Conseil fédéral a chargé le DFJP de consulter les cantons, les partis politiques, les associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national, les associations faïtières de l'économie qui œuvrent au niveau national et les autres milieux intéressés sur l'avant-projet d'arrêté fédéral portant approbation et mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'UE concernant la reprise de la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive de l'UE sur les armes (développement de l'acquis de Schengen).

Le délai imparti pour la consultation court jusqu'au 5 janvier 2018.

Le 17 mai 2017, le Parlement européen et le Conseil de l'UE ont adopté la directive (UE) 2017/853 modifiant la directive 91/477/CEE du Conseil relative au contrôle de l'acquisition et de la détention d'armes et l'ont notifiée à la Suisse le 31 mai 2017 en tant que développement de l'acquis de Schengen.

Il est proposé d'émettre une détermination sous l'égide de la CCDJP.

2. Commentaire

Le texte qui suit constitue la prise de position commune des cantons romands et du Tessin. Il a été élaboré à l'occasion d'une séance intercantonale des autorités compétentes en matière d'armes, le 10 novembre 2017.

2.1. **Commentaire général**

Il convient de saluer l'effort de la Confédération pour limiter au maximum les adaptations de la LArm et maintenir à un niveau réaliste les nouvelles tâches à accomplir par les cantons.

A cet égard, les mesures écartées (rapport explicatif, ch. 4.1 pp. 9 et 10) sont effectivement inutiles et se seraient révélées inapplicables en pratique.

D'une manière générale, on relèvera que les mesures supplémentaires découlant de la directive européenne n'apportent aucune plus-value évidente par rapport au but proposé, qui est de lutter contre le terrorisme et l'utilisation abusive d'armes.

En particulier, le contrôle de l'inscription dans une société de tir pose problème (cf. commentaire ad 28d al. 3 ci-dessous).

2.2. **Commentaires par articles**

Art. 5

Al. 1 litt. a et b : sans changement par rapport au texte actuel.

Al. 1 litt. c

Il est entendu que les armes de poing en soi ne sont pas concernées, mais seulement les chargeurs. Ce système paraît viable pour les transactions via un titulaire de patente de commerce d'armes. En revanche, il présente une difficulté s'agissant de la vente entre particuliers au moyen d'un permis d'acquisition d'armes (PAA) : les parties n'identifieront pas la capacité du chargeur.

Principalement :

Modification proposée : « c. de chargeurs de grandes capacités au sens de l'art. 4 al. 2bis. »

Subsidiairement :

Il s'agirait d'adapter la formule de demande de PAA pour la rendre mixte : « PAA ou autorisation exceptionnelle », avec notamment l'indication à fournir par le demandeur de la capacité des chargeurs. En d'autres termes, c'est à l'autorité de définir quelle autorisation (PAA ou exceptionnelle) est requise, sur la base des indications que le demandeur fournit. Pour cela, il faut une formule générale, à remplir par le demandeur, sur laquelle la mention des précisions utiles est prévue. Ici « capacité du chargeur = ? ».

Al. 1 litt. d

Il appartiendra au vendeur des crosses en question d'informer l'acquéreur sur la longueur à respecter pour déterminer le type d'autorisation. Est à prévoir une information aux titulaires de patente de commerce d'armes.

Al. 1 litt. e et f : sans changement.

Al. 2 litt. d = art. 5 al. 1 litt. g actuel, sans changement.

Al. 4 et 5 = actuel art. 5 al. 3 litt. c, sans changement.

Al. 6 = art. 5 al. 4 actuel, sans changement.

Al. 7 = art. 5 al. 5 actuel, sans changement.

Art. 11

Al. 2 litt. 2 : pas de remarques.

Al. 3 : sans commentaire.

Art. 15

Al. 1 : Cette disposition signifie que quelqu'un ayant obtenu formellement un PAA peut, pour l'arme ayant fait l'objet de ce PAA, acheter ensuite les objets énumérés ici. Mais il faut préciser que, pour les chargeurs, la personne en question doit ensuite, en plus de ce PAA existant, demander l'autorisation exceptionnelle.

Proposition :

« ¹ Seules les personnes autorisées à acquérir une arme peuvent acquérir des munitions et des éléments de munition.

² Elles peuvent également acquérir des chargeurs de grande capacité mais doivent, à cette fin, obtenir en sus l'autorisation prévue à l'art. 5 al. 6. »

Art. 16a

Proposition d'al. 2 : « Les dispositions concernant le séquestre et la confiscation d'armes sont réservées. »

A défaut, des personnes dangereuses en possession de ces objets pourraient s'estimer légitimées à les conserver sur la seule base de cet article.

Art. 18a

Al. 1 : sans commentaire.

Art. 19

Al. 1 = art. 19 al. 1 actuel.

Al. 2 : sans commentaire.

Al. 3 = art. 19 al. 2 actuel.

Al. 4 = art. 19 al. 3 actuel.

Art. 21

Al. 1 = texte actuel, avec ajout des chargeurs.

Al. 1bis : à mettre en relation avec l'art. 9c LArm, qui prévoit un délai de 30 jours. Cette nouvelle disposition signifie, à la lettre, qu'un délai plus bref (10 jours) serait prévu quand l'arme est acquise par un acquéreur suisse auprès d'un titulaire de patente de commerce d'armes.

Le mode de transmission (électronique) importe peu à cet égard, du moment que le délai est respecté, et n'a pas à être précisé dans un texte de rang légal au sens formel. Il paraît à cet égard absurde d'obliger un commerçant, par exemple, à scanner et à envoyer par e-mail un document par ailleurs immédiatement disponible sous forme papier. En outre, l'autorité récipiendaire devra de toute manière contrôler les données transmises par le titulaire de patente et les saisir ensuite elle-même dans ses propres bases de données, qui sont aujourd'hui en principe toujours électroniques. Imposer aux commerçants un investissement en développement informatique, par essence lourd, paraît par ailleurs disproportionné en regard de la plus-value toute relative apportée par cette exigence.

Al. 1ter : = norme sans portée réelle. De fait, cela existe déjà au sein des polices cantonales.

Art. 28b = texte actuel.

Art. 28c

Al. 2 litt. a : de fait, il est peu probable qu'une de ces activités justifie la détention de telles armes (*ultima ratio*).

Art. 28d

Al. 1 : sans commentaire.

Al. 2 : « régulièrement » = en principe deux fois par an au minimum. A préciser, comme exemple, dans le rapport explicatif.

Al. 3 :

- Même remarque qu'à l'al. 2, pour « régulier ».
- Cela signifie deux contrôles ultérieurs au maximum (aucun contrôle ne sera plus opéré ensuite, p. ex. à 15 ans).
- Vu le très grand nombre de cas concernés, l'autorité n'aura pas la possibilité de procéder systématiquement aux relances nécessaires auprès des particuliers. Une solution pourrait donc consister à responsabiliser les sociétés de tir. Quoi qu'il en soit, le suivi intégral de cette exigence paraît pour le moins aléatoire, voire utopique.

Al. 4 :

Il convient de distinguer ici la remise de l'arme militaire au militaire en fin de service, d'une part, et d'autre part le changement ultérieur de détenteur d'anciennes armes d'ordonnances suisses en général.

- La remise de l'arme à une personne à la fin de ses obligations militaires est réglée par le droit militaire et la LArm ne s'y applique pas. A cet égard, il est souhaitable qu'un militaire qui désire acquérir son arme à la fin des obligations militaires continue à devoir respecter la procédure actuelle prévue par le droit militaire et, sous réserve du respect de celle-ci, obtienne au final l'arme privatisée sur la base d'un simple permis d'acquisition.
- Nombre d'anciennes armes d'ordonnance suisses ont été privatisées à l'origine, selon la procédure militaire, mais ne se trouvent plus forcément, depuis, en possession de celui dont elles étaient l'arme d'ordonnance. Cette circonstance est au demeurant impossible à déterminer aisément. Par mesure de simplification, il paraît donc opportun d'exempter ces armes d'ordonnance suisse, anciennes, du régime de l'autorisation exceptionnelle. Elles devraient donc aussi être mises au bénéfice de la dérogation prévue par le projet à l'al. 4 de l'art. 28d. A défaut, il est à prévoir que la vérification de ces conditions deviendra ingérable.

Il s'agit par ailleurs de prévoir, dans l'ordonnance, un émolument maintenu à fr. 50.-, pour ne pas prêter les sociétés de tir.

Rédaction proposée pour l'art. 28d al. 4 :

"⁴ Sous réserve du respect des dispositions prévues à ce sujet par le droit militaire, les al. 2 et 3 ne s'appliquent pas à la conservation en toute propriété de l'arme d'ordonnance à la fin des obligations militaires, ni aux transactions portant sur des armes d'ordonnance suisses privatisées."

Art. 28e

Précision bienvenue. Se pratique de fait déjà aujourd'hui. En relation avec cette disposition, il est proposé de compléter l'art. 27 al. 4 litt. b LArm : « ...historiques ou dans le cadre d'événements culturels. »

Art. 31

Al. 1 litt. f : sans commentaire.

Al. 2 : sans commentaire (= texte actuel adapté).

Al. 2bis :

- Proposition : « Si l'autorité saisit ou constate la possession des chargeurs ... ». En fonction du contexte, une saisie ne s'avérera en effet pas toujours opportune.
- Il serait incitatif de pouvoir dispenser la personne de l'émolument dans ce cas.

Al. 3 : sans commentaire.

Il est proposé ici l'introduction d'une disposition supplémentaire, qui autorise les autorités compétentes en matière d'armes à communiquer aux responsables de stands de tir l'identité des personnes se trouvant sous le coup d'un séquestre d'armes ou d'un refus d'acquisition d'armes, c'est-à-dire ne remplissant pas les conditions de l'art. 8 LArm. En effet, on constate parfois que ces personnes continuent néanmoins, de manière par ailleurs illicite, à fréquenter des stands de tir et à y faire usage d'armes. Or l'autorité compétente ne dispose à l'heure actuelle pas d'une base légale permettant expressément de faire ce type de communication. Elle ne peut y procéder que sur la base de la légitime défense d'autrui (art. 15 CP), ce qui est pour le moins inadéquat. Il en va de même s'agissant de communiquer ces éléments aux titulaires de patentes de commerce d'armes, pour éviter que des personnes dangereuses continuent d'aller acquérir des armes.

Art. 32a à art. 32c : sans commentaire.

Art. 42b : sans commentaire.

Nous relevons que la mise en œuvre de cette directive impliquera toutefois l'affectation de collaborateurs supplémentaires à ces tâches, environ 1.5 collaborateurs pour notre canton.

Veuillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Jacques Melly



Le chancelier


Philipp Spörri



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 19. Dezember 2017 hs

Teilrevision des Waffengesetzes: Vernehmlassung des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. September 2017 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Zug eingeladen, sich bis am 5. Januar 2018 zum «Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)» vernehmen zu lassen. Speziell baten Sie uns, zu folgender Frage Stellung zu nehmen: «Mit der geänderten Waffenrichtlinie kommen neue Aufgaben auf die Kantone zu. Wie hoch schätzen Sie den zusätzlichen Ressourcenbedarf?». Wir nehmen diese Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr.

Wir stellen nachstehende

Anträge:

1. Art. 28d Abs. 2 (Besondere Voraussetzungen für Sportschützen) sei derart umzuformulieren, dass der Nachweis der «regelmässigen Nutzung» von Feuerwaffen für das sportliche Schiessen im Vordergrund steht (und nicht «die Vereinszugehörigkeit»). Die erforderliche «regelmässige Nutzung» sei zudem detailliert und abschliessend zu definieren. Dabei ist darauf zu achten, dass der behördliche Aufwand möglichst gering gehalten werden kann.
2. Art. 28d Abs. 3 (Erneute Nachweispflicht nach 5 und 10 Jahren) sei ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Allgemeine Bemerkungen

Der Kernpunkt der Vernehmlassungsvorlage besteht darin, dass halbautomatische Schusswaffen, welche gemäss geltendem Recht in die Kategorie der waffenerwerbsscheinpflichtigen Waffen fallen, neu der Kategorie der verbotenen Waffen zugeordnet werden. Von dieser Neuregelung betroffen sind insbesondere Sportschützinnen und Sportschützen, die ihre sportliche Tätigkeit mit einer halbautomatischen Feuerwaffe ausüben möchten. Sie bedürfen zukünftig statt eines Waffenerwerbsscheines (wie bisher) neu einer Ausnahmegewilligung. Darunter fällt insbesondere auch das «Sturmgewehr 90» (in der zivilen Version).

Um eine Ausnahmegewilligung im Hinblick auf den Erwerb einer solchen Feuerwaffe zu erlangen, müssen Gesuchstellende im Vergleich zu der Erlangung eines Waffenerwerbsscheins erhöhte Anforderungen erfüllen. Sie müssen insbesondere nachweisen, dass sie die Feuerwaffe regelmässig für das sportliche Schiessen nutzen. Von praktischer Relevanz ist die Vorlage auch für jene Personen, die bereits im Besitz einer halbautomatischen Schusswaffe sind, welche jedoch noch nicht registriert ist. Diese Personen müssen sich den Besitz dieser Waffe innerhalb von zwei Jahren beim kantonalen Waffenbüro bestätigen lassen. Dabei gibt es für die kantonalen Waffenbüros keine Verpflichtung zur Prüfung von Hinderungsgründen. Von dieser Besitzes-Bestätigungspflicht ausgenommen sind Waffen, für welche die Besitzerin oder der Besitzer bereits über einen Waffenerwerbsschein verfügt.

Sowohl vom Erfordernis zur Einholung einer Ausnahmegewilligung als auch von der Besitzes-Bestätigungspflicht sieht der Bundesrat jedoch eine gewichtige Ausnahme vor. Diese führt dazu, dass die vorgeschlagene Gesetzesänderung hinsichtlich der Ordonnanzwaffe für sämtlichen ehemaligen, gegenwärtigen und zukünftigen Armeeangehörigen keine praktische Auswirkung hat: Wer die Ordonnanzwaffe nach Beendigung des Militärdienstes behalten möchte, kann das auch in Zukunft unter den derzeit geltenden Bedingungen tun. Insbesondere müssen diese Personen für den Erwerb zu Eigentum keinen zusätzlichen Nachweis erbringen, dass sie ihre Feuerwaffe regelmässig für das sportliche Schiessen nutzen. Und wer noch nicht registrierte Ordonnanzfeuerwaffen besitzt, welche direkt aus den Beständen der Militärverwaltung zu Eigentum übernommen worden sind, ist auch von der Pflicht, diesen Besitz bestätigen zu lassen, ausgenommen (vgl. die entsprechenden Ausnahmebestimmungen in Art. 28d Abs. 4 und Art. 42b Abs. 2 Bst. b).

Zum Antrag 1: Besondere Erwerbsvoraussetzungen für Sportschützen

Die Polizei wird künftig die für Sportschützinnen und Sportschützen erforderlichen Ausnahmegewilligungen erteilen und in dieser Hinsicht vor der Bewilligungserteilung überprüfen müssen, ob das Erfordernis der «regelmässigen Nutzung von Feuerwaffen für das sportliche Schiessen» im Sinne von Art. 28d Abs. 2 erfüllt ist. Dieser Aufwand ist möglichst gering zu halten. In dieser Hinsicht erweist sich die Nachweismöglichkeit über die Mitgliedschaft in einem Schiessverein als für Gesuchstellende und Behörden schlanke Lösung. Gesetzestechnisch ist jedoch – entgegen der Formulierung im bundesrätlichen Entwurf – vom Grundsatz her das Erfordernis der

«regelmässigen Nutzung» zu fordern, und nicht die Vereinsmitgliedschaft. Nebst mindestens einer andersartigen Nachweismöglichkeit für diese «regelmässige Nutzung» kann dann – alternativ – auf die Vereinsmitgliedschaft abgestellt werden. Um eine einheitliche Auslegung des Erfordernisses der «regelmässigen Nutzung» zu garantieren und um aufwändige Beschwerdeverfahren vermeiden zu können, ist dieser Begriff sodann detailliert und abschliessend zu regeln. Die Formulierung sollte inhaltlich in Anlehnung an Art. 11 Abs. 1 Bst. b der Verordnung über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen vom 5. Dezember 2003 (VPAA; SR 514.10) erfolgen:

«Angehörige der Armee erhalten beim Ausscheiden aus der Armee das Sturmgewehr zu Eigentum, wenn sie in den letzten drei Jahren zweimal das obligatorische Programm 300 m und zweimal das Feldschiessen 300 m absolviert haben und dies im Schiessbüchlein oder im Militärischen Leistungsausweis eintragen liessen».

Um die behördliche Überprüfung der «regelmässigen Nutzung» (hinsichtlich der Nachweisvariante Vereinsmitgliedschaft) weiter zu erleichtern, ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen geschaffen werden können, dass die zuständigen kantonalen Stellen elektronisch Zugriff auf das Lizenzverzeichnis des Schweizer Schiesssportverbandes SSV haben.

Zum Antrag 2: Erneute Nachweispflicht nach 5 und 10 Jahren

Die in Art. 28d Abs. 3 vorgesehene Pflicht *zum erneuten Nachweis* der «regelmässigen Nutzung» von Feuerwaffen für das sportliche Schiessen nach 5 und noch einmal nach 10 Jahren würde einen kaum zu unterschätzenden Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Dies insbesondere auch, weil im Verlaufe von 10 Jahren erfahrungsgemäss eine Vielzahl der betroffenen Personen umziehen und dannzumal nicht mehr im ursprünglichen (Bewilligungs-) Kanton wohnhaft sind. Nach 5 und 10 Jahren müssten die kantonalen Polizeistellen demnach den derzeitigen Wohnsitz der Bewilligungsinhaberinnen und Bewilligungsinhaber ermitteln. Der entsprechende Nachforschungsaufwand auch im Zusammenhang mit der Klärung entsprechender Zuständigkeitsfragen wäre kaum zu unterschätzen. Weil aber demgegenüber eine Person, welche bei der Bewilligungserteilung eine entsprechende Prüfung durchlaufen hat, in der Regel nicht nach vor 5 (oder 10) Jahren plötzlich terroristisch tätig werden wird, ist auch der Nutzen der wiederkehrenden Überprüfungen anzuzweifeln. Aus diesen Gründen beantragen wir die ersatzlose Streichung von Art. 28d Abs. 3.

Schätzung des Aufwands

Gestützt auf die bundesrätliche Vorlage ist weder die Anzahl der zukünftig für den Erwerb verbotener Waffen zu erteilender Ausnahmegewilligungen noch die Anzahl der Feuerwaffen, deren Besitz zu bestätigen sein wird, bekannt. Auch die Art und Weise, wie die kantonalen Behörden die Besitzes-Bestätigungs-Meldungen entgegenzunehmen und weiterzubearbeiten haben werden, ist noch nicht definiert; das Gleiche gilt insbesondere auch für die elektronischen Meldungen der Inhaberinnen und Inhaber einer Waffenhandelsbewilligung. Schliesslich ist auch das anzuwendende Prüfungsverfahren hinsichtlich der «regelmässigen Nutzung» noch nicht ab-

schliessend definiert. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, den zusätzlichen Ressourcenbedarf zu schätzen.

Unter Berücksichtigung der vorstehend gestellten Anträge erachten wir die bundesrätliche Vorlage zusammenfassend als angemessene innerstaatliche Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie. Zweck- und auch verhältnismässig erscheint insbesondere, dass einerseits an ehemalige Angehörige der Armee, welche ihre persönliche Waffe behalten wollen, im Vergleich zum geltenden Recht keine erhöhten Anforderungen gestellt werden, und dass andererseits aber an Dritte, welche keine militärische Schulung (und entsprechende Abklärungen) durchlaufen haben, für den Erwerb von halbautomatischen Schusswaffen erhöhte Anforderungen gestellt werden als für den Erwerb von beispielsweise einschüssigen Pistolen. In diesem Sinn begrüssen und unterstützen wir die bundesrätliche Vorlage und fordern Sie auf, den eingangs gestellten Anträge umzusetzen.

Zug, 19. Dezember 2017

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Kopie per E-Mail an:

- stab-rd@fedpol.admin.ch (Word- und PDF-Format)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Sicherheitsdirektion
- Direktion des Innern
- Zuger Polizei
- Amt für Zivilschutz und Militär
- Elisabeth Käppeli (zur Aufschaltung der Vernehmlassung im Internet)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Polizei
3003 Bern

6. Dezember 2017 (RRB Nr. 1159/2017)

**Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches
zwischen der Schweiz und der EG
betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung
der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands;
Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 29. September 2017 haben Sie uns den Vorentwurf zur Änderung des Waffengesetzes im Zusammenhang mit der Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Richtlinie 91/477/EWG) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Bereits im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage des Kantonsrates durch den Regierungsrat im April 2017 (KR-Nr. 83/2017) und in einem vorgängigen Schreiben des Vorstehers der Sicherheitsdirektion an die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements hat der Kanton Zürich die Erwartung an den Bund geäussert, dass er bei der Erarbeitung der Umsetzungsvorlage zur geänderten Waffenrichtlinie den Spielraum zugunsten des Schiesssports nutzt. Ebenso hat er gefordert, dass die Umsetzung der geänderten EU-Waffenrichtlinie den Bestand des Schengen- und damit auch des Dublin-Abkommens nicht gefährden dürfe. Die Sicherheitsorgane des Bundes und der Kantone sind namentlich auf den Schengen-Informationsaustausch zwingend angewiesen.

Der Übernahme der geänderten EU-Waffenrichtlinie stimmen wir im Grundsatz zu. Wir ersuchen Sie, im Einzelnen zu prüfen, ob und inwieweit die Regelung im bestehenden Waffengesetz nicht bereits den Anforderungen der geänderten EU-Richtlinie entspricht. Allgemein ist eine möglichst schlanke innerstaatliche Umsetzung des EU-Rechts zu suchen.

Sie erkundigen sich zudem nach dem zusätzlichen Bedarf an Mitteln in den Kantonen, der sich aus der Umsetzung der geänderten EU-Waffenrichtlinie ergibt. Wir gehen für den Kanton Zürich davon aus, dass der Vollzug des angepassten Waffengesetzes vor allem für die Kantonspolizei bzw. deren kantonales Waffenbüro einen Mehraufwand bringt. Dieser wird von der konkreten Ausgestaltung der Umsetzungsvorlage abhängen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:



Der Staatsschreiber: